



Foto: Picture Alliance

Kommunale Unternehmen leisten einen Beitrag zur Zukunftssicherung

Grußwort des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zum 70-jährigen Bestehen des Verbands kommunaler Unternehmen

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

dem Verband kommunaler Unternehmen gratuliere ich herzlich zu seinem 70-jährigen Bestehen.

Die Geschichte des Verbandes reicht zurück in das Gründungsjahr der Bundesrepublik Deutschland. War es in den Mangeljahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch jedem aus leidvollem Erleben bewusst, von welch

existenzieller Bedeutung etwa eine verlässliche Energie- und Wasserversorgung für die Bewältigung des täglichen Lebens ist, halten wir sie heute für eine Selbstverständlichkeit. Umso wichtiger ist es, dass die kommunalen Unternehmen in Deutschland mit ihrem Verband über eine starke Stimme verfügen, die in der Öffentlichkeit und in der Politik den Leistungen, Problemen und Anliegen der

kommunalen Unternehmen Gehör verschafft. Denn natürlich ist es keine Selbstverständlichkeit, was uns die über 250 000 Beschäftigten in den mehr als 1400 Mitgliedsunternehmen täglich zur Verfügung stellen: sauberes Trinkwasser, eine sichere Energieversorgung, eine umweltgerechte Abfall- und Abwasserentsorgung, ansehnliche Straßen und Grünanlagen. Sie leisten damit einen ganz wesent-

lichen Beitrag zum Wohl unserer Gesellschaft. Und sie leisten zugleich einen unverzichtbaren Beitrag zur Zukunftssicherung unseres Landes. Mein Wunsch ist, dass sich die Unternehmen der kommunalen Wirtschaft diesen Aufgaben auch in Zukunft mit aller Kraft stellen und sich dabei auch weiterhin auf einen starken Dachverband stützen können. Denn die Energiewende ebenso wie der demogra-

fische Wandel und die Digitalisierung stellen uns alle vor große Herausforderungen. Ich wünsche dem Verband kommunaler Unternehmen und seinen Mitgliedern vor Ort für die kommenden Jahrzehnte alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Frank-Walter Steinmeier

70 Jahre VKU – eine Erfolgsgeschichte

So alt wie das Grundgesetz Die Geschichte des VKU ist so spannend wie die Geschichte der Bundesrepublik: Bei Herausforderungen von der Energiekrise bis zur Digitalisierung steht der Verband seinen Mitgliedern beiseite

Die Geschichte könnte so anfangen: Am 11. März 1949 wird auf der Sitzung des Beirats 8 des Deutschen Städtetags in Rüdesheim der Beschluss gefasst, einen Verband kommunaler Unternehmen der Orts- und Kreisstufe zu gründen. Und dann könnte man viele Fakten, die Namen vieler Präsidenten und Hauptgeschäftsführer aufzählen und das war's dann. Aber so kann man die Geschichte des VKU nicht erzählen.

Die Geschichte des VKU beginnt in den ersten Jahren nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Diese Jahre waren schrecklich. Man kann es sich heute nicht mehr vorstellen, wie unsere Städte damals aussahen: zertrümmerte Häuser, die teilweise in die Straßen gefallen waren.

Wiedergründung des Deutschen Städtetags

Dann kam das Jahr 1949. Der Parlamentarische Rat der Westzonen arbeitete an einem neuen Grundgesetz. Die Besatzungsmächte schickten sich an, sich zurückzuziehen: Die sowjetische Besatzungszone bewegte sich auf einen neuen Staat DDR zu, die westlichen Besatzungsmächte stimmten einer Staatsgründung Bundesrepublik Deutschland in

den Westzonen zu. Sie hatten vorher schon auf Initiative von Konrad Adenauer der Wiedergründung des Deutschen Städtetags (DST) zugestimmt. 1949 wurde Ernst Reuter, Berlin, sein erster Präsident und Peter van Aubel, Chef der Wibera Wirtschaftsberatung AG, wurde der erste Hauptgeschäftsführer des DST.

van Aubel formte sehr energisch den neu entstandenen Städtetag zu einem politisch agierenden Instrument der kommunalen Ebene und trennte ihn von allen Funktionen, die eher auf wirtschaftliches Handeln gerichtet waren (Versorgung, Wohnungswesen, Gesundheitswesen, Ernährung). Auf seine Initiative gründete der Beirat 8 des Städtetags, dem zwölf Direktoren großer Stadtwerke angehörten, am 11. März 1949 in Rüdesheim/Rhein den Verband kommunaler Unternehmen der Orts- und Kreisstufe (VKU). Zunächst mussten eine zukunftsfähige Verbandsatzung erarbeitet und die Mitglieder des Städtetags und des Städtebundes davon überzeugt werden, mit ihren Werken dem VKU nun auch beizutreten und Beiträge zu bezahlen.

In der Folge lösten sich die Stadtwerke aus den Stadtverwaltungen, sie wurden Unternehmen mit eigener Satzung (Eigen-



Geschichtlicher Hintergrund: In dem Jahr, in dem der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland das Grundgesetz unterzeichnete, wurde der Verband der kommunalen Unternehmen gegründet.

betriebe), mussten jetzt richtig kaufmännisch arbeiten und hatten damit auch eigene rechtliche und wirtschaftliche Probleme zu lösen. 1955 war die VKU-Verbandsatzung fertig und beschlossen, und der VKU konnte ins Vereinsregister eingetragen werden.

In die Präsidentenzeit von Manfred Rommel fiel die Wiedervereinigung Deutschlands. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden übernahm der VKU energisch die Aufgabe, den ostdeutschen Städten und Kreisen wieder zu ihren 1952 enteigneten kommunalen Unternehmen zu verhelfen. Das Hindernis bestand vor allem darin, dass die 1990 frei gewählte DDR-Regierung parallel zum Einigungsvertrag mit der Bundesrepublik einen separaten Vertrag mit großen westdeutschen Verbundunternehmen abgeschlossen hatte, der diesen das Recht zusicherte, die in Bezirkskombinaten organisierte ostdeutsche Versorgungswirtschaft zu übernehmen. Der nachfolgende Streit mit der westdeutschen Verbundwirtschaft ging bis vor das Verfassungsgericht, das kein Urteil sprach, sondern eine Verständigungslösung empfahl.

/// Lesen Sie weiter auf Seite 23

1949

11. März: Gründung des Verbands kommunaler Unternehmen der Orts- und Kreisstufe als »energiepolitischer Kampfverband« mit zehn Mitgliedern. Im September erscheint erstmals der »VKU-Nachrichtendienst«.

1950

Zu Jahresbeginn gibt es 300 Mitglieder in sechs Ländergruppen.
15. Dez.: Die erste VKU-Hauptversammlung verabschiedet die Verbandsatzung.



Walther Hensel
Oberstadtdirektor
von Düsseldorf,
VKU-Präsident
1950-1955

1951

Dezember: In einer Denkschrift beklagt der VKU, dass die großen Konzerne die Elektrizitätswirtschaft »von der Erzeugung bis zur letzten Lampe« in die Hand bekommen wollen. Beim Gas sei die Lage aber entspannter.

1952

Im Sommer steigt die Zahl der VKU-Mitglieder auf 505.
Die Strompreise für Sonderkunden werden freigegeben. Stadtwerke sehen sich dadurch massiv benachteiligt – die Energiekonzerne beliefern Industriekunden deutlich günstiger als ihre Weiterverleiher.

1953

1954

Im Juni wird die ZfK als »Zeitung für Kommunalwirtschaft« gegründet – redaktionell unabhängig vom VKU »im Rahmen einer grundsätzlich positiven Einstellung zur kommunalen Wirtschaft«. Der VKU beklagt »Mangelware Wasser« – Kapitalmangel behindert dringende Investitionen.

»Der VKU war und ist die starke Stimme, die kommunale Unternehmen brauchen«

Interview VKU-Präsident Michael Ebling zur Bedeutung der kommunalen Interessenvertretung, zur zentralen Rolle der kommunalen Unternehmen für Daseinsvorsorge und gesellschaftlichen Zusammenhalt, Klimaschutz, Kohleausstieg sowie Partnerschaften als Schlüssel zum Erfolg im digitalen Zeitalter

70 Jahre VKU, ein starkes Jubiläum. Was bedeutet das?

Ein tolles Jubiläum: Der VKU ist nur wenige Wochen jünger als die Bundesrepublik. Zwar gibt es Stadtwerke schon länger – einige sind heute über 150 Jahre alt. Dennoch ist die Gründung des VKU sehr eng verwoben mit der Geschichte der Bundesrepublik und vor allem mit der sozialen Marktwirtschaft. Stadtwerke versorgen die Menschen mit ganz Grundlegendem: Strom und Wärme, Wasser und schnellem Internet. Sie entsorgen Abfall und Abwasser. Das gilt für die Menschen in Metropolen, aber auch für die Menschen auf dem Land. In einer »rein« marktgetriebenen Wirtschaft wäre diese Versorgung zu fairen Preisen keine Selbstverständlichkeit. Der VKU war, ist und bleibt die starke Stimme, die kommunale Unternehmen gegenüber der Politik brauchen. Das ist heute wichtiger denn je.

Warum?

Urbanisierung, demografischer Wandel, Digitalisierung, Energiewende: Wir stehen heute vor größeren und schnelleren Veränderungen denn je. Das verunsichert viele, weil Wandel nicht nur Chancen, sondern auch Risiken beinhaltet. Kommunale Unternehmen beziehungsweise ihre Daseinsvorsorge sind für die Menschen ein Stabilitätsanker und geben ihnen Orientierung. Ob Strom aus der Steckdose oder Wasser aus dem Hahn: Das ist selbstverständlich, immer und überall und seit der Gründung der Bundesrepublik über alle Generationen hinweg. Wie wichtig diese Selbstverständlichkeit ist, sollte keiner unterschätzen: Unsere Daseinsvorsorge mit ihren Infrastrukturen ist ein Generationenvertrag für Wirtschaftskraft, Zusammenhalt und Lebensqualität.

Glauben Sie, dass man aus früheren Fehlern der Privatisierung gelernt hat? Stichwort Reprivatisierung kommunaler Wohnungen in den 1990er-Jahren und aktuelle Wohnungskrise in den Städten?

Es gibt ein Umdenken. Einige haben geglaubt, dass private Unternehmen alles besser könnten als öffentliche. Das hat sich als Irrglaube und vielerorts als Irrweg erwiesen. Es hat sich herausgestellt, dass Privatisierung nicht nachhaltig ist: Wenn Kommunen bestimmte Bereiche der Daseinsvorsorge aus der Hand geben, verlieren sie nicht nur das entsprechende Know-how, sondern auch die Kontrolle, Schiefgelaufenes wieder einzufangen. Die Menschen erwarten zu Recht, dass ihre Grundbedürfnisse vor Ort zu fairen Preisen sichergestellt werden. Wohnen, Strom, Wasser und Verkehr dürfen nicht als Spekulationsobjekte von Finanzinvestoren erhalten. Ökonomisches Handeln und gesellschaftliche Interessen zusammenzubringen, das können öffentliche Unternehmen wie Stadtwerke viel besser als private Akteure.

Wie wichtig ist denn die verbandliche kommunale Interessenvertretung, um künftig der öffentlichen Daseinsvorsorge genügend Gehör und Schlagkraft zu verschaffen?

Die Bedeutung der Interessenvertretung nimmt weiter zu. Einige Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft im Moment steht, habe ich ja schon genannt. Während die Aufgaben breiter und komplexer werden, scheint das Bedürfnis nach einfachen Lösungen zu steigen. Der VKU übernimmt hier eine wichtige Übersetzungsfunktion. Er muss die Bedürfnisse der Stadtwerke bündeln und so vermitteln, dass Politik das Anliegen aufgreifen kann.

Können Sie hierfür ein aktuelles Beispiel nennen?

Nehmen wir etwa die CO₂-Bepreisung. Fast jeder ruft jetzt danach. Es ist auch richtig, Emissionen im Nicht-ETS-Bereich mit einem CO₂-Preis zu versehen. Im Detail zeigt sich jedoch, wie komplex die dahinterstehenden Fragen sind. Der VKU hat hier ein Modell mit einem Gutachter erarbeitet, das das gesamte System der Abgaben und Umlagen verein-



Bild: Alexander Heimann

fachen könnte. Dazu bräuchte es jedoch eine grundlegende Reform. Für Politik ist es dann verführerisch, einfach einen Schnellschuss zu wagen, um das Thema vom Tisch zu haben. Es ist jetzt aber wichtig, sich verschiedene Modelle und deren Auswirkungen genau anzuschauen.

Das ist ein bundespolitisches Beispiel für die Themen des VKU. Wie wichtig ist die Arbeit des VKU auf Landesebene?

Mindestens genauso wichtig. Auch auf Landesebene werden etwa im Bereich der Energiewende die Aufgaben komplexer. Die Energieversorgung von morgen ist dezentral. Das fordert vor allem Landesbehörden und zunehmend Genehmigungsbehörden vor Ort. Schwierig ist, wenn diese Behörden unterschiedliche politische Signale vom Bund und vom Land bekommen. Wir beobachten gerade, wie der Windenergieausbau stockt, weil die Genehmigungen nicht Schritt halten mit den Ausbauzielen. Da braucht es viel Engagement der Landesgruppen des VKU, damit Hemmnisse abgebaut werden. Das Gleiche gilt aber auch für die Arbeit des VKU in Brüssel. Was dort diskutiert und entschieden wird, hat direkte Auswirkungen auf die Arbeit der kommunalen Unternehmen. Es ist daher wichtig, dass der VKU auch in Brüssel weiterhin gut aufgestellt ist.

Brauchen wir mehr Mut und Tempo beim Klimaschutz und bei der Energiewende, wie dies »Fridays for Future« einfordern, auch um die neue Geschäftsfelder der Stadtwerke rund um die neue Energiewelt besser voranzubringen? Ich finde es gut, dass sich junge Menschen für den Klimaschutz engagieren und damit

Wir tun viel für Klimaschutz, reden jedoch die Energiewende und unsere Erfolge klein. Politik hat sehr wohl die Bedeutung des Feldes erkannt. Bundesumweltministerin *Svenja Schulze* wirbt seit ihrem Amtsantritt für wichtige Maßnahmen. Und auch das Bundeswirtschaftsministerium arbeitet intensiv an der Umsetzung der Energiewende.

Viel ist die Rede von der entscheidenden Bedeutung der Digitalisierung und den Chancen, die diese auch für die kommunalen Unternehmen bietet. Stimmt das?

Sicher, aber hier gibt es Unterschiede. Es gibt Stadtwerke, die sind sehr weit. Und es gibt Stadtwerke, die stehen eher noch am Anfang. Mein Eindruck ist übrigens, dass das weniger eine Frage von Groß und Klein ist, sondern oftmals mit äußeren Rahmenbedingungen und handelnden Akteuren zusammenhängt. Es ist auch wichtig, dass die kommunalen Eigner ihren Stadtwerken genügend Spielraum beim Betreten neuer Geschäftsfelder lassen.



Es ist wichtig, dass der VKU auch in Brüssel weiterhin gut aufgestellt ist.

Können die Stadtwerke hierbei mit den Internetriesen wie Google oder Amazon und Co wirklich mithalten?

Mithalten ist hier nicht der richtige Begriff. Sicher, aus dem Silicon Valley kamen in den vergangenen Jahren große Innovationen. Aber: Für viele der gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen, haben Google und Amazon keine Lösung. Es gibt sogar Stimmen, die sagen, das Silicon Valley hätte viele Probleme eher noch verschärft. Hier kommen die Stadtwerke wieder ins Spiel. Sie stehen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse vor Ort. Digitale Lösungen sind dafür ein wichtiger Baustein. Die Stadtwerke können diese besser als ein anonymer Konzern aus den USA auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort zuschneiden. Und was noch wichtiger ist: Die Digitalisierung stellt uns vor ganz neue Aufgaben im Bereich des Datenschutzes. Die Stadtwerke schaffen auch hier Vertrauen, indem sie verantwortungsvoll mit den Daten der Menschen umgehen. Ich weiß nicht, ob sich das auch für globale Internetkonzerne so sagen lässt.

Braucht es nicht noch mehr Kooperationen und Partnerschaften?

Kooperationen sind der Schlüssel zum Erfolg im digitalen Zeitalter und haben erheblich an Bedeutung gewonnen. Das gilt für Kooperationen der Stadtwerke miteinander, aber auch für Kooperationen mit Unternehmen anderer Branchen. Neue Energielösungen erfordern anderes Know-how, das man am effizientesten in Kooperationen gewinnt. Beim Energiepark Mainz etwa arbeiten wir mit Siemens, der Linde Group und der Hochschule RheinMain zusammen, um verschiedene Sektoren für die neue Energiewelt zu vernetzen. Für die Stadtwerke bedeuten Kooperationen daher auch, dass sie neue Geschäftsfelder betreten, mit denen sie bisher weniger zu tun hatten.

Die Fragen stellte Hans-Christoph Neidlein

Impressum

ZfK Zeitung für kommunale Wirtschaft

Gegründet 1954 von Georg Trunbitz Berkenhoff + Die ZfK - Zeitung für kommunale Wirtschaft erscheint in der VKU Verlag GmbH München/Berlin.

Adresse Redaktion, Anzeigen, Vertrieb:

ZfK - Zeitung für kommunale Wirtschaft, Postfach 80 16 11, 81616 München. Besucheradresse: Neumarkter Straße 87 81673 München, Telefon: 089-43 19 85-0 Fax: 089-43 12 258, E-Mail: info@zfk.de Internet: www.zfk.de

Chefredakteur: Klaus Hinkel (030-58 580-340)

k-hinkel@zfk.de, Vi.S.d.P.

Chefreporter: Armin Leßner (030-58 580-851)

a-lesner@zfk.de

Chef vom Dienst: Jürgen Walk (089-43 19 85 28)

j-walk@zfk.de

Redaktionsleitung München: Elwine Happ-Frank

(089-43 19 85 31)

Wirtschaft & Politik: Klaus Hinkel, verantwortlich,

Jürgen Walk – Recht –

Unternehmen & Märkte, Finanzierung: Hans-Peter

Hoeren, verantwortlich (089-43 19 85 30),

h-hoeren@zfk.de,

Georg Eble – Handel, Vertrieb, Gas, Daten –

(089-43 19 85 25), g-eble@zfk.de

Technik & Innovation: Stephanie Gust, verantwortlich

(s-gust@zfk.de)

Armin Leßner – Erneuerbare, Dezentrale, Entsorgung,

Wasser, Gas –

Lisa Schwab – Erneuerbare, Panorama –

Jürgen Walk – Mobilität, Dienstleistungen, Beleuchtung –

Beruf & Erfolg: Georg Eble, verantwortlich

Anzeigen- und Marketingleiter: Rudolf Gruber (089-

43 19 85 10) verantwortlich für den Anzeigenteil, gruber@vku-verlag.de

Stellv. Anzeigenleiter: Bernd Maywald (030-58 580-339), b-maywald@zfk.de

Anzeigendisposition: Margot Wirthwein (089-43 19 85 50), anzeigen@zfk.de, Fax 089-43 12 211. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 65 von 2019.

Vertrieb: (06123-92 38-243), zfk-abo@vuser-service.de.

Geschäftsführer: Carsten Wagner (030-58 580-220), wagner@vku-verlag.de - **Anschrift:** VKU Verlag GmbH, Invalidenstraße 91, 10115 Berlin

Gerichtsstand: Amtsgericht Charlottenburg, HRB 123696B.

Print+Digital-Jahres-Abonnement, mtl. 29,90 € plus Versand, **Digital-Only-Jahres-Abonnement,** mtl. 24,90 €. Bestandskunden erhalten einen Rabatt von 50 % und zahlen 179,40 €. Alle Preise zzgl. der gesetzl. MwSt.

Mengenbezug-Staffelpreise: ab 10 Expl. 5 %, ab 20 Expl. 10 %, ab 50 Expl. 15 %, ab 100 Expl. 20 %.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse IBAN: DE69 1005 0000 0190 0629 40 SWIFT/BIC: BELA3333, USt-Ident-Nr.: DE 123061627 SEPA/Gläubiger-ID: DE46ZZ00000220398

Druck: Rheinische Druckmedien GmbH Zülpicher Straße 10, D-40549 Düsseldorf

Die Verbreitung der ZfK wird von der IVW e.V. kontrolliert. Beiträge, die mit Namen oder Initialen gekennzeichnet sind, geben die Meinung des Verfassers wieder. Bei Briefen an die Redaktion wird, wenn nichts Gegenteiliges vermerkt ist, das Einverständnis zur vollen oder auszugsweisen Veröffentlichung vorausgesetzt. Für unbestellte, nicht verwendete Einsendungen wird nicht gehaftet. Kein Teil dieser Zeitschrift (außer die Ausnahmefälle der §§ 53, 54 UrhG) darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie verpflichtet gemäß § 54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung. – ISSN 0946-2740.

Jede Veränderung ist eine Chance und ein Aufbruch

70 Jahre VKU Stadtwerke sind Begleiter vor Ort und geben Orientierung, denn sie waren und sind Change-Manager

Kann ich auch künftig die Stromrechnung zahlen? Wie gelingt die Sicherung meines Wohlstands? Wie schütze ich die Erde für meine Kinder? Welche Kosten kommen für den Klimawandel auf mich zu? Kann ich in meiner Heimat bleiben oder lassen die da oben unser Dorf fallen? Übernehmen Populisten das Ruder? Kann mein Unternehmen ohne 5G wettbewerbsfähig bleiben? Nehmen mir in zehn Jahren Algorithmen und Roboter den Job weg? Wer gibt mir Orientierung in Zeiten des Wandels?

Diese Fragen stellen sich viele Menschen, weil wir in einer Zeit tief greifender, rapider Veränderung leben: Die Megatrends des demografischen und gesellschaftlichen Wandels, der Digitalisierung, Urbanisierung und des Klimawandels fordern uns heraus. Sie sind Umbrüche, in denen die einen Chancen sehen und von denen sich andere verunsichert und bedroht fühlen. Wahlen stellen alte Gewissheiten auf den Kopf, Leitartikel diagnostizieren eine gesplante Gesellschaft. Wir wissen, Umbrüche sind Ausgangspunkte für Veränderung. Das Ergebnis hängt von unseren Entscheidungen und unserem Handeln ab – Stadtwerke geben Orientierung und sind Begleiter für den Aufbruch vor Ort, seit 70 Jahren und in Zukunft. Das ist unsere kommunale DNA.

Der permanente Wandel fordert uns

Fakt ist: Wir werden älter, unsere Lebensentwürfe vielfältiger. Und schnelles Internet ist längst so wichtig wie Strom und Wasser. Auf dem Land schultern immer weniger die Kos-

ten für Erhalt und Betrieb der Infrastrukturen, während in den Städten immer mehr versorgt werden müssen. Die einen haben schnelles Internet, die anderen stecken im Funkloch.

Daraus entstehen die eingangs formulierten Fragen, deren Kern das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse ist – Basis für eine starke Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand, für Lebensqualität, Zusammenhalt und die Freiheit, nach Glück zu streben. Daseinsvorsorge ist fest im Grundgesetz verankert. Stadtwerke und kommunale Unternehmen versorgen uns mit Wasser, Strom, Wärme und schnellem Internet und entsorgen Abwasser und Abfall – zuverlässig, sicher und bezahlbar, in Stadt und Land. Und, das ist mit Blick auf die Herausforderungen vielleicht noch entscheidender: immer im Wandel der Zeit – mit allen jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen und Herausforderungen. Das zeigt ein Blick auf die vergangenen 70 Jahre.

Made in Germany braucht made for Germany

Am Ende des Zweiten Weltkriegs lag Deutschland in Schutt und Asche. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wagten den Aufbruch: Sie schufen mit der sozialen Marktwirtschaft die Basis für unseren heutigen Wohlstand. Die Stadtwerke widmeten sich den zerstörten Infrastrukturen: den Kanälen, Stromleitungen und Gasnetzen. So leisteten sie ihren Beitrag zum Wiederaufbau – und legten zugleich einen elementaren Teil des Fundaments, auf dem die Deutschen wenig später das Wirtschaftswunder erbauen sollten.



Katherina Reiche, Hauptgeschäftsführerin des Verbands kommunaler Unternehmen Bild: VKU-Chaparon

In den folgenden Jahrzehnten leisteten die Stadtwerke verlässlich ihren Beitrag zum Aufstieg Deutschlands zu einer führenden Wirtschaftsnation, zu Wachstum und Wohlstand sowie Zusammenhalt, indem sie das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse einlösten, für Konzerne in München und für Hidden Champions in Westfalen, für hippe Leipziger und bodenständige Friesen. In Bonn und Berlin sammelten die Stadtwerke ihre Kräfte im Verband kommunaler Unternehmen, um gute Rahmenbedingungen für die Verwirklichung dieses Versprechens zu schaffen – auch in Zeiten der Liberalisierung und

Privatisierung wie in den 1990er- und 2000er-Jahren. Bei der Wiedervereinigung stemmte sich der VKU gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden erfolgreich gegen die Pläne, den Osten an den freien Markt preiszugeben. »Made in Germany«-Erfolgsgeschichten wurden auf dem Papier »Daseinsvorsorge – made for Germany« geschrieben. Stadtwerke leisten ihren Beitrag, das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse zu erfüllen. Sie wollen den Wandel zum Wohle aller prägend mitgestalten.

Heute gibt es in ganz Deutschland strukturschwache Regionen – im Osten und Westen und, ja, auch in Ballungsgebieten. Mit Blick auf die Megatrends empfehlen manche Ökonomen sogar, Dörfer aufzugeben. Auf der gesellschaftlichen Ebene sei den Ökonomen gesagt: Unsere Heimat und das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse haben einen Wert, den kein Rechenschieber erfassen kann. Sie haben weder die ökonomischen und sozialen Folgen einer forcierten Urbanisierung noch die Potenziale der Digitalisierung (insbesondere für den ländlichen Raum) eingepreist.

Von der Funkloch- zur Gigabit-Republik

Smarte Städte und Regionen sind die Chance, die ökonomischen und sozialen Chancen der Digitalisierung zum Wohle von Wirtschaft und Bürgern zu nutzen. Drei Beispiele:

- Sie wertet den ländlichen Raum als Wohn- und Arbeitsort auf. Autonomes Fahren kann den ÖPNV verbessern; schnelles Internet ermöglicht Homeoffice.

- Sie kann die Wachstumsschmerzen der Großstädte lindern, zum Beispiel den Verkehr intelligent steuern oder Bürger vor Überflutungen durch Starkregen schützen.
- Sie ermöglicht den Umbau zu einer sicheren, bezahlbaren und klimafreundlichen Energieversorgung, zum Beispiel durch smarte Netze.

Gelingt der Umbau von der Funkloch- zur Gigabitrepublik, sind smarte Städte und Regionen die Chance, das zentrale Versprechen auch künftig einzulösen: gleichwertige Lebensverhältnisse 4.0.

70 Jahre VKU – Zeit, ein Versprechen zu erneuern

Es mag kommunale DNA sein, dass wir bleiben und Verantwortung übernehmen, wenn andere sich angesichts der Herausforderungen mit schlotternden Knien aus dem Staub machen. Doch gerade in Zeiten des Umbruchs, in denen so vieles infrage gestellt wird, brauchen Wirtschaft und Bürger Institutionen, auf die sie sich ohne Wenn und Aber verlassen können. Die Geschichte zeigt: Stadtwerke können Wandel gestalten, sind geborene Change-Manager. Statt mit Schwarzrechnung Unsicherheit zu schüren und unser Land zu spalten, ist unser Anspruch, erneut die Herausforderungen zu meistern. Wir wollen die sein, die den Wandel zum Wohle aller gestalten – in den Städten und auf dem Land. Dafür wird der VKU auch künftig in Berlin und Brüssel sowie in allen Landesgruppen vor Ort um politische Unterstützung werben. Für den Aufbruch im Wandel – für Zusammenhalt, Mut und Zuversicht.

Software leistungsstark, Partnerschaft langfristig –

genau die **Zuverlässigkeit,**

die ich brauche.

DATEV gratuliert dem VKU herzlich zum 70-jährigen Bestehen.

Für Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen ist DATEV der zukunftsweisende Digitalisierungspartner: mit moderner Standard-Software für Finanz- und Personalwesen sowie weitere Verwaltungsaufgaben. Flexibel anpassbar auf Ihre spezifischen Anforderungen, rechtssicher und zertifiziert. So bekommen Sie die ideale Lösung, die Sie für die Prozesse in Ihrer Verwaltung benötigen.

www.datev.de/public-sector



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Akteure einer aktiven Strukturpolitik

Gleichwertige Lebensverhältnisse Die Bundesregierung wird demnächst die strukturpolitischen Weichen dazu stellen. Die Leistungen der kommunalen Unternehmen bilden die Basis dafür



Lebensqualität in Stadt und Land: In der Kommission arbeiten Vertreter von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden, darunter auch des VKU, zusammen. Den Vorsitz hat Bundesinnenminister Horst Seehofer (3. v. l.).

Bild: Picture Alliance

Kommunen sind Orte politischer Wirklichkeit. Dort zeigt sich, ob das Zusammenleben von Menschen gut organisiert ist. Die kommunalen Unternehmen haben einen wesentlichen Anteil daran, dass die Daseinsvorsorge in Deutschland sehr gut funktioniert. Ein breites Spektrum an Ver- und Entsorgungsdienstleistungen garantiert den Menschen in den Städten und Gemeinden eine funktionierende Infrastruktur.

Doch auch kommunale Unternehmen müssen sich den Herausforderungen der Zukunft, insbesondere dem digitalen Wandel, stellen. Sie leisten bereits heute einen wirksamen Beitrag. Sie sind wichtige Akteure der Energiewende und der Recyclingwirtschaft. Sie sichern die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser. Sie entwickeln nachhaltige Formen der Mobilität, dezentrales Energiemanagement, intelligente Wohnungen und neue Wege der Kundenkommunikation.

Mit ihrem Know-how sind deutsche Unternehmen weltweit führend. Als Partner der Entwicklungsarbeit leisten sie auch einen wesentlichen Beitrag zum entwicklungspolitischen Engagement Deutschlands.

Mit ihrem Engagement im Breitbandausbau werden kommunale Unternehmen selbst zu Akteuren einer aktiven Strukturpolitik. Die flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigem Internet und Mobilfunknetz ist die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden.

Eine neue Heimatpolitik

Die Bundesregierung hat sich eine neue Heimatpolitik auf ihre Fahne geschrieben. Sie soll dazu beitragen, verloren gegangenes Vertrauen in Politik und Verwaltung zurückzugewinnen. Die Lebensbedingungen der Menschen sollen spürbar verbessert werden. Die Bundesregierung wird deshalb demnächst struk-

turpolitische Weichen stellen, die auch und vor allem dem Wohlergehen der Kommunen dienen sollen. Unser Ziel ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen unseres Landes zu schaffen.

Dazu hat die Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« Vorschläge erarbeitet. In der Kommission haben Vertreter von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zusammengearbeitet. Aufgrund der Empfehlungen der Kommission werden meine beiden Kolleginnen (die Bundesministerinnen *Julia Klöckner* und *Franziska Giffey*) und ich richtungsweisende Maßnahmen vorschlagen.

Ob diese Erfolg haben, wird sich in den Kommunen zeigen. Denn, wie gesagt: Kommunen sind Orte politischer Wirklichkeit. Dort beweist sich, ob politische Strategien fruchten. Dort zeigt sich, ob sie das Leben der Menschen tatsächlich verbessern.

Die Leistungen der kommunalen Unternehmen bilden die Basis, mit der wir die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sichern wollen. Kommunale Unternehmen genießen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Kommunale Unternehmen sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie gewährleisten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eine Dienstleistungsstruktur, die dezentral ist und Marktkonzentrationen entgegenwirkt.

Bewährte Interessenvertretung

Der Verband kommunaler Unternehmen, 1949 in Rüdeshheim am Rhein gegründet, vertritt die Interessen kommunaler Unternehmen und feiert in diesem Jahr sein 70-jähriges Jubiläum. Eine starke Interessenvertretung gegenüber der Politik ist notwendig und hat sich bewährt. Es gab starke Stimmen, die Privatisierungen forderten, weil eine private Erbringung von Leistungen der Daseinsvor-

sorge besser und billiger sei. Auch auf europäischer Ebene werden immer wieder Versuche unternommen, die Handlungsfähigkeit kommunaler Unternehmen zugunsten von mehr Wettbewerbsfreiheit zu beschneiden.

Letztlich hat sich jedoch die Leistungskraft der kommunalen Unternehmen durchgesetzt. Ich wünsche mir auch weiterhin eine starke Interessenvertretung der kommunalen Wirtschaft.



Horst Seehofer
Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat

Wegbereiter der deutschen Energiewende

Aufgaben im Wandel Während es früher um klassischen Umweltschutz ging, bieten kommunale Unternehmen heute sektorenübergreifende Konzepte an



Umwelt- und Klimapolitik: Viele Unternehmen in Niedersachsen zählen auf diesem Gebiet zu den Vorreitern.

Bild: AdobeStock

Die kommunalen Unternehmen in Deutschland bieten nichts weniger als öffentliche Daseinsvorsorge an. Sie versorgen uns mit sauberem Trinkwasser, sie kümmern sich um unsere Abfall- und Abwasserentsorgung, sie beliefern uns mit Strom, Gas oder Fernwärme und sie sorgen mit ihren Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs dafür, dass wir zuverlässig von A nach

B kommen. Für uns Bürgerinnen und Bürger sind diese Leistungen meist eine Selbstverständlichkeit, und ihre Bedeutung wird uns häufig erst dann bewusst, wenn wir einmal darauf verzichten müssen.

Die kommunalen Unternehmen haben in den vergangenen 70 Jahren gute, aber auch durchaus schwierige Zeiten erlebt. Als vor 20 Jahren Liberalisierung und Deregulierung

den Zeitgeist bestimmten, stand auch das unternehmerische Handeln der Kommunen unter hohem Druck, Privatisierungen waren an der Tagesordnung. Inzwischen wird der hohe gesellschaftliche Wert der kommunalen Unternehmungen wieder anerkannt. Starke kommunale Unternehmen tragen zu Beschäftigung und Wertschöpfung in den Kommunen bei. Sie sind am Gemeinwohl

orientiert, regional verankert und haben das Ohr nah an den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Nicht zuletzt dadurch leisten kommunale Unternehmen mit ihren Angeboten einen wichtigen Beitrag für eine hohe Lebensqualität und eine nachhaltige Entwicklung unserer Kommunen – den Orten, in denen wir leben.



Kommunale Unternehmen haben oft die richtigen Antworten auf drängende Umweltprobleme gefunden.

Insbesondere im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik zählten und zählen die kommunalen Unternehmen auch in Niedersachsen häufig zu Vorreitern. Sie haben oft die richtigen Antworten auf drängende Umweltprobleme gefunden.

Vom Wasser bis zum Abfall

In den 1970er/1980er-Jahren galt dies vor allem für den klassischen Umweltschutz. So haben die kommunalen Unternehmen einen großen Anteil an der hohen Qualität unserer Wasserversorgung, an einer erfolgreichen Kreislaufwirtschaft und der umweltgerechten Abwasserentsorgung und -aufbereitung.

Seit den 1990er-Jahren engagieren sich kommunale Unternehmen im Bereich der nachhaltigen Energieversorgung und leisten elementare Beiträge zum Klimaschutz.

Die Kommunen haben früh die Notwendigkeit einer auf erneuerbaren Energien basierenden Strom- und Wärmeversorgung erkannt. Gerade kommunale Unternehmen bieten immer stärker sektorenübergreifende Konzepte an, die neben der klassischen Strom- und Wärmeversorgung auch die Bereiche Mobilität, Abfall oder Abwasser integrieren.

Nahe bei den Menschen

Kommunale Unternehmen zählen damit ohne Frage zu den Wegbereitern der deutschen Energiewende. Gleichzeitig arbeiten sie vor Ort, nahe bei den Menschen, eng orientiert an den Bedürfnissen der örtlichen Gemeinschaft. Kommunale Unternehmen sind ein ungemein wichtiger Teil der kommunalen Selbstverwaltung.

Herzlichen Glückwunsch dem VKU und den kommunalen Unternehmen für 70 Jahre erfolgreiches Wirken!



Stephan Weil
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen. Er war von 2007 bis 2012 Präsident des VKU

1955

1956

1957

1958

1959

Hermann Brügelmann
Hauptgeschäftsführer des VKU 1949–1956



VKU und Wibera legen nach vierjähriger Arbeit die erste Version des »Betriebsvergleichs« vor. Ziel: durch Erfahrungsaustausch von mittleren und kleineren Betrieben zur Rationalisierung der kommunalen Wirtschaft.
Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) tritt in Kraft.

Absatzkrise im deutschen Steinkohlebergbau. Die Förderung sinkt innerhalb von zwei Jahren um ein Fünftel.



Max Adenauer, Oberstadtdirektor von Köln, VKU-Präsident 1956–1965

Wasser- und Gaspreise werden aus der staatlichen Preisbindung entlassen.

Ein neues Energiezeitalter

Dezentralität Das ist ein Hauptprinzip der Energiewende. Den Stadt- und Gemeindewerken kommt dabei eine entscheidende Rolle zu

Die Energieerzeugung ist eine der tragenden Säulen des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Vor 70 Jahren dachte man dabei unwillkürlich noch an rauchende Schornsteine: Schornsteine von Kraftwerken. Sie waren viele Jahre und Jahrzehnte Symbol für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und Aufstieg Deutschlands nach dem Krieg. Spätestens nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima ist Deutschland allerdings in eine neue Entwicklungsstufe der Energieerzeugung eingetreten. Es geht nicht mehr nur um die Stromerzeugung, sondern um den Umgang mit Energie insgesamt. Dieses neue Energiezeitalter muss nicht nur durch Windkraft- und Solaranlagen, Biomasse- und Wasserkraftwerke geprägt werden, sondern auch durch einen intelligenten, technologisch anspruchsvollen und nachhaltigen Umgang mit Energie. Dann bringt die Energiewende neue Produkte und Geschäftsmodelle hervor, die sowohl für große Energiekonzerne als auch für kommunale Energieunternehmen neue Chancen und Möglichkeiten bieten.

Die Energiewende ist ein Großprojekt, aber eines ihrer Prinzipien ist die Dezentralität. Stadt- und Gemeindewerken kommt als

den »mittelständischen Betrieben« der Energiewirtschaft bei ihrer sinnvollen Umsetzung deshalb eine entscheidende Rolle und Verantwortung zu.

Für die kommunalen Versorgungsunternehmen bedeutet der Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle die Chance, sich auch und gerade bei der Energieerzeugung noch stärker zu engagieren. Vor allem der Ausbau der erneuerbaren Energien findet ja vor allem vor Ort in den Städten und Gemeinden und in ihrer Umgebung statt. Hier gilt es also, stärker als bisher die vorhandenen Potenziale für die Erneuerbaren, allen voran Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen in der Freifläche, zu nutzen. Gerade die Stadt- und Gemeindewerke haben als örtlich verankerte Unternehmen die Gelegenheit, so gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den Klimaschutz vor Ort voranzutreiben.

Seit Jahren investieren die Stadt- und Gemeindewerke in die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung. Mit diesen Anlagen leisten sie einen bedeutsamen Beitrag zur Erreichung unserer Klimaziele. Wenn es nun darum geht, die mit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung wegfallenden Kapazitäten in einem

angemessenen Umfang zu ersetzen, sind wirksame Investitionsanreize für CO₂-arme gesicherte flexible Leistungen insbesondere in Süddeutschland notwendig. Ich begrüße deshalb die Einführung eines Kapazitätsbonus zur Förderung von Kraft-Wärme-Kopp-



Es geht nicht mehr nur um die Stromerzeugung, sondern um den Umgang mit Energie insgesamt.

lungen-Anlagen, wie sie im Eckpunktepapier der Bundesregierung zur Umsetzung der strukturpolitischen Empfehlungen zum Kohleausstieg vorgesehen ist, ausdrücklich.

Auch benötigen wir für den erfolgreichen Kohleausstieg und damit die Steigerung der

Wirtschaftlichkeit anderer, klimaschonender Erzeugungsarten endlich einen adäquaten CO₂-Preis im europäischen Emissionshandelsystem. Darüber hinaus geht es darum, CO₂ insgesamt einen angemessenen Preis zu geben. Es ist höchste Zeit, dass wir die Anstrengungen auf allen Ebenen massiv verstärken. Mit einer solchen CO₂-Bepreisung würden die Preise von Waren und Dienstleistungen die ökologische Wahrheit sagen, und zwar bei jeder privaten und jeder unternehmerischen Entscheidung über alle Sektoren hinweg – vor dem Hintergrund der aktuell deutlich zunehmenden Sensibilisierung der Bevölkerung für den Klimaschutz ein kluge Entscheidung!

Für das Gelingen der Energiewende ist der Ausbau und die Modernisierung der Verteilnetze sowie deren Umbau zu so genannten »Smart Grids« mindestens genauso wichtig wie der Ausbau der Übertragungsnetze. Denn eine intelligente Vernetzung von Erzeugung, Speicherung, Transport, Verteilung und Verbrauch kann die Integration des fluktuierenden Stroms aus erneuerbaren Energien sowie die Effizienz der Energieversorgung verbessern. Auch in diesen Feldern sehe ich große Chancen und Betätigungsfelder für flexible,

leistungsfähige und innovative Stadt- und Gemeindewerke.

Gleichzeitig ist aber auch wichtig, dass die heute schon vielfach bestehende konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Stadtwerken und den vier großen Energieversorgungsunternehmen in Deutschland – zum Beispiel bei gemeinsamen Investitionen in erneuerbare Energien – fortgesetzt und verstärkt wird. Eine solche Kooperation auf Augenhöhe scheint mir der richtige Weg zu sein. Eine Kooperation, bei der jede Seite ihre spezifischen Stärken einbringt und diese zum Nutzen der Unternehmen und der Allgemeinheit einsetzt. Partnerschaft im Wettbewerb – ein solches Miteinander wird der Energiewende weiter starke Impulse geben.



Winfried Kretschmann
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

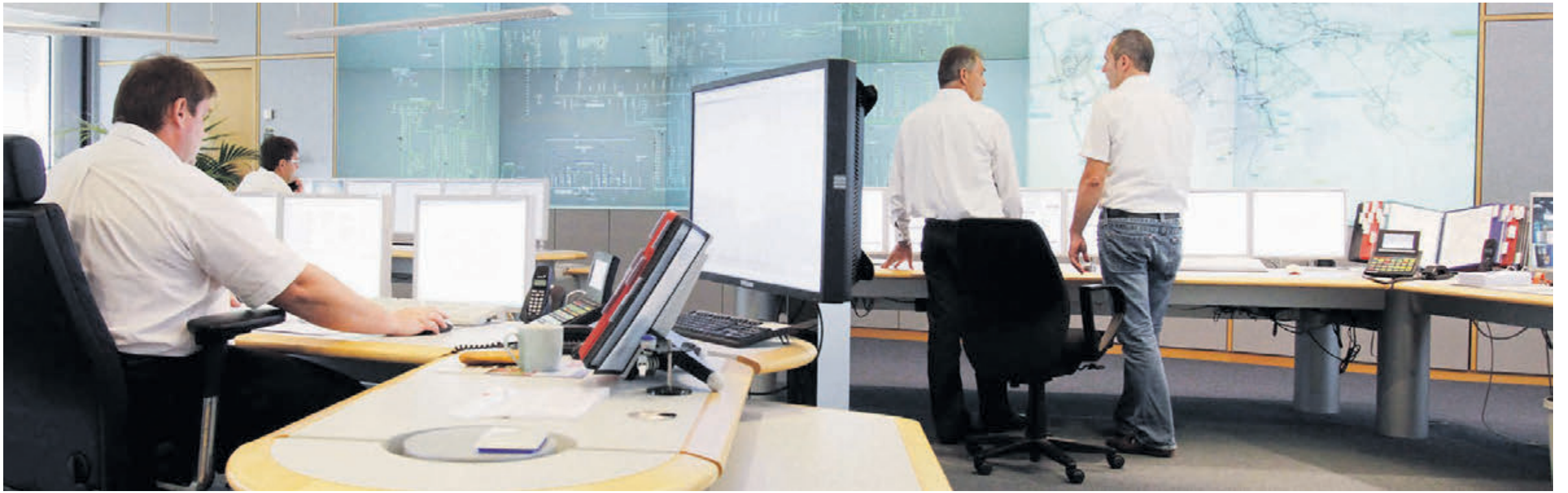
Alles Gude!

Herzlichen Glückwunsch aus Frankfurt Rhein-Main!

70 Jahre voller Energie und Dynamik! Mainova gratuliert und sagt Danke für das Engagement für lebenswerte Städte und Gemeinden.

Innovationskraft und Entwicklungsfreude

Kommunale Unternehmen Sie sind seit sieben Jahrzehnten eine »sichere Bank«. Für die Zukunft stehen wichtige Themenfelder wie saubere Mobilität, Digitalisierung, Energiewende und Kreislaufwirtschaft an



»Leitstelle« der regionalen Ver- und Entsorgung: Die kommunalen Unternehmen stellen hochwertige Dienstleistungen unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen zur Verfügung.

Bild: Stadtwerke Mainz

Der Verband kommunaler Unternehmen ist mit seinen rund 1500 Mitgliedsunternehmen seit sieben Jahrzehnten eine verlässliche Bank: Sie gewährleisten für die Bürger und Bürgerinnen sowie für die Wirtschaft eine nachhaltige, zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas, Fernwärme und Trinkwasser sowie eine umweltverträgliche Entsorgung von Abwasser und Abfällen. Darüber hinaus obliegt ihnen die Aufgabe des öffentlichen Personennahverkehrs, sodass sie mit den von ihnen betriebenen Bussen, Straßenbahn- und U-Bahn-Netzen entscheidend zur Mobilität der Einwohner beitragen.

Städte und Gemeinden als Eigentümer erwarten, dass sich das wirtschaftliche Handeln dieser Unternehmen an der gemein-



Weit über 80 Prozent der Kunden von Stadtwerken sind mit den Leistungen ihres Unternehmens vor Ort zufrieden.

wohlorientierten Wertschöpfung ausrichtet. Kommunale Unternehmen erbringen ihre Leistungen im Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Marktteilnehmern. Sie handeln dabei als Bürgerschaftsunternehmen im doppelten Sinne: Sie erwirtschaften Erträge, die den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft über die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen zugutekommen, und berücksichtigen außerdem die Verbraucherinteressen an einer Bereitstellung hochwertiger Ver- und Entsorgungsstrukturen.

Die aus ihrer Arbeit resultierende regional- und lokalwirtschaftliche Wertschöpfung ist ein volkswirtschaftlich beachtlicher Beitrag. Als Auftraggeber für die lokalen mittelständischen Unternehmen der Bauwirtschaft,

des Handwerks und des Dienstleistungssektors sichern die kommunalen Unternehmen mittelbar die Arbeitsplätze für circa 440 000 Menschen.

Regionaler Wirtschaftsfaktor

Die Bürgerinnen und Bürger kennen und schätzen die Vorteile öffentlicher Ver- und Entsorgung. Weit über 80 Prozent der Kunden von Stadtwerken sind mit den Leistungen ihres Unternehmens vor Ort zufrieden. Mit den Stadtwerken werden die Attribute Zuverlässigkeit, Kundennähe, wichtiger regionaler Wirtschaftsfaktor und Umweltorientierung verbunden.

Für die Zukunft stehen mit sauberer Mobilität, Digitalisierung als Element einer in-

telligenten Stadt sowie Energiewende und Kreislaufwirtschaft wichtige Themenfelder an. Ich wünsche dem Verband kommunaler Unternehmen und seinen Mitgliedern auch im 70. Jahr des Bestehens weiterhin Innovationskraft und Entwicklungsfreude.



Malu Dreyer
Ministerpräsidentin
des Landes Rheinland-Pfalz

Citizen Value statt Shareholder Value

Kommunalwirtschaft Sie ist ein zuverlässiger Auftraggeber für regionale Unternehmen und ein Jobmotor obendrein. Die Bürger schätzen ihre Leistung für das Gemeinwohl

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) kann nach 70 Jahren selbstbewusst auf die Vergangenheit und in die Zukunft blicken: Von der Energieversorgung über die Wasserwirtschaft und die Abfallentsorgung bis zum ÖPNV genießen öffentliche Unternehmen einen großen Vertrauensvorsprung. Die Kunden schätzen die Nähe ihrer Stadtwerke, ihrer Entsorgungsunternehmen und ihrer Wasserverbände wegen des Services, aber auch wegen der Kontrolle. Denn Stadtwerke, die Energiepreise erhöhen, müssen sich einer kritischen Diskussion vor Ort stellen. Den Bürgerinnen und Bürgern ist durchaus bewusst, was die Kommunalwirtschaft für das Gemeinwesen leistet: vom Sponsoring für Kultur über Angebote zur Energieeinsparung bis hin zur Gewinnabführung an die Rathäuser, die der Finanzierung von Kindertagesstätten und Sportplätzen zugutekommt – kurz: Citizen Value statt Shareholder Value. Die Kommunalwirtschaft ist zudem ein verlässlicher Auftraggeber für regionale Unternehmen und ein Jobmotor obendrein. Rund zehn Milliarden Euro investieren die Mitgliedsunternehmen des VKU jedes Jahr, und über 80 Prozent der Aufträge gehen an örtliche Unternehmen.

Partner der Politik

Die kommunalen Unternehmen genießen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kunden und sind starke Partner der Politik. Der VKU steht ihnen seit 70 Jahren mit Rat und Tat in allen wichtigen politischen Handlungsfeldern zur Seite. Gemeinsam können die Mitgliedsunternehmen des VKU manches dazu beitragen, gesamtstaatliche Zielsetzungen zu erreichen. Aktuell erfolgt dies ganz konkret bei der Umsetzung der Digitalisierung, die uns in nahezu allen Wirtschafts- und Lebensbereichen begegnet.



Gigabit-Strategie: Damit sorgt Hessen in den kommenden Jahren für Glasfaser-Hochleistungszugänge zum Internet.

Bild: Shutterstock

Die Hessische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Chancen der Digitalisierung verantwortungsvoll zu nutzen. Ihr Fundament ist der Breitbandausbau. Insgesamt summieren sich die Maßnahmen des Landes Hessen für den bisherigen Breitbandausbau auf insgesamt rund eine halbe Milliarde Euro.

Zudem unterstreicht das Land die Bedeutung seit Mitte Januar mit der Einrichtung des Ministeriums für Digitale Strategie und Entwicklung in der Hessischen Staatskanzlei. Mit der Umsetzung der Gigabit-Strategie für Hessen sorgen wir in den kommenden Jahren für Glasfaser-Hochleistungszugänge zum Inter-

net. Wichtig dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Land, Kommunen und kommunalen Unternehmen beim Ausbau. Wir wären in Hessen nicht so weit, wenn die kommunalen Unternehmen nicht so tatkräftig den Ausbau vorangetrieben hätten. Nur ein vollständiger Glasfaser-Rollout kann die Basis für die

wachsenden Anforderungen der Digitalisierung sein. Der Ausbau wird nicht ohne die kommunalen Unternehmen funktionieren, daher forcieren wir die zunehmende Einbindung der Energieversorger und des VKU beim FTTB-Ausbau, »der Glasfaser bis zum Gebäude«. Aktuell werden zusammen mit Akteuren aus dem kommunalen Raum die Anforderungen für ein hessisches Pilotprojekt beim Glasfaserausbau gesammelt und diskutiert. Denn nur gemeinsam kann die Digitalisierung erfolgreich gestaltet werden.

Selbstbewusster Auftritt

Keine Frage, die Kommunalwirtschaft steht vor einer ganzen Reihe von großen Herausforderungen. Für mich ist es aber auch keine Frage, dass sie diesen Herausforderungen mit großem Selbstbewusstsein begegnen kann. Anders als noch vor einigen Jahren muss sie sich nicht für ihre Existenz rechtfertigen, ganz im Gegenteil.

Der VKU feiert in diesem Jahr seinen 70. Geburtstag. Der Verband kann auf viele Erfolge zurückblicken, beruht auf Werten und verkörpert ein erfolgreiches Modell, das auch für die Zukunft passt. Insofern steht für den VKU und die Politik viel Arbeit an, aber diese Arbeit können wir frohgemut anpacken. Ich gratuliere zum Jubiläum und freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit.



Volker Bouffier
Ministerpräsident
des Landes Hessen



Herzlichen Glückwunsch, VKU!

Die Leipziger Stadtwerke gratulieren zu 70 Jahren
Zusammenhalt und Austausch zwischen kommunalen
Unternehmen in Deutschland.

Wir sind stolz, dabei zu sein, und freuen uns darauf,
gemeinsam die Zukunft zu gestalten.



Eine enge Verbindung

Im Dienst der Bürger In diesem Sinn wurde vor 70 Jahren auf Initiative der großen Städte und des Städtetags der VKU gegründet



Öffentliches Freibad in München: Kommunale Unternehmen sind Garant für die Lebensqualität vor Ort.

Bild: SWM/Markus Schlaf

Vor über 150 Jahren hat sich in Deutschland die Erbringung von Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger durch die Kommunen etabliert. Die überwiegende Aufgabenerfüllung durch Private entsprach nicht den Anforderungen derjenigen, die in den Städten Verantwortung trugen. Das war

die Geburtsstunde der kommunalen Daseinsvorsorge.

Der Deutsche Städtetag hat schon in einer Denkschrift im Jahr 1926 zum Thema »Städte, Staat, Wirtschaft« Position zur Aufgabenerfüllung der Kommunen bezogen: »Die Gemeinden betätigen sich wirtschaft-

lich, nicht um mit ihren Bürgern und Steuerzahlern in Wettbewerb zu treten, sondern um öffentliche Pflichten zu erfüllen, [...] So dient ihre wirtschaftliche Betätigung der Fürsorge für die breiten Schichten der Bevölkerung. Gas, Wasser und Elektrizität sind für viele unentbehrliche Lebensbedürfnisse,

Freut Mutter Natur:

Unser Kraftwerk am Vater Rhein.

In Düsseldorf arbeitet eines der effizientesten Gas- und Dampfkraftwerke der Welt.

Mit einem Wirkungsgrad von über 61 % für die Stromerzeugung und bis zu 85 % für die Kraft-Wärme-Kopplung setzt das GuD-Kraftwerk Maßstäbe. So gestalten und sichern wir auch in Zukunft eine umweltfreundliche und fortschrittliche Energieversorgung der Region.

Gemeinsam mit unserer Tochter Grünwerke GmbH investieren wir bereits seit Jahren intensiv in den Ausbau Erneuerbarer Energien. Dazu gehören die Beteiligungen an Windparks und die Errichtung von Photovoltaikanlagen, wie zum Beispiel der PV-Park am Düsseldorfer Flughafen mit fast 14.000 m² Kollektorfläche.

Das ist unser Beitrag zur Energiewende:
Nachhaltiger Klimaschutz, Versorgungssicherheit und die Integration Erneuerbarer Energien.

Mitten im Leben.

Stadtwerke
Düsseldorf



Sichere Versorgung: Stadtwerke stellen Elektrizität, Gas und Wasser für Wohnungen bereit. Bild: Shutterstock

deren sichere und angemessene Befriedigung heute mehr denn je öffentliche Aufgabe ist.«

Dieser Grundsatz galt auch schon, als vor 70 Jahren der Verband kommunaler Unternehmen auf Initiative der großen Städte und des Deutschen Städtetages gegründet worden ist. Stadtwerkechefs und Oberbürgermeister waren der Auffassung, dass die kommunalen Unternehmen eine starke Stimme brauchen. Es gab immer eine enge Verbindung zwischen dem Städtetag und dem VKU. Im Interesse der Menschen in den Städten pflegen wir seit jeher einen engen Austausch.



Kommunale Unternehmen sind Garant für die Lebensqualität vor Ort.

»Kommunale Unternehmen bilden mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen das Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie stellen sich dem Wettbewerb und arbeiten zuverlässig, effizient und innovativ für das Wohl ihrer Kunden [...] Kommunale Unternehmen sind Garant für die Lebensqualität vor Ort und stehen für eine moderne Daseinsvorsorge.« So beschreibt das aktuelle Leitbild des VKU die Aufgaben der kommunalen Unternehmen. Diese Gemeinwohlorientierung ist der Kern der Kommunalwirtschaft. Kommunale Unternehmen wirtschaften eben nicht renditegetrieben. Sie schaffen einen Mehrwert nicht nur für die Städte, sondern auch für die lokale Wirtschaft als Auftraggeber und insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger.

Zentrale Herausforderungen der Städte, wie die Digitalisierung und intelligente Vernetzung sowie der Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung, werden nur mit den kommunalen Unternehmen erfolgreich gestaltet werden können. Und die kommunalen Unternehmen brauchen einen starken



ÖPNV: Kommunale Unternehmen wirtschaften nicht renditegetrieben. Bild: Shutterstock

Verband. Der VKU ist dabei nicht nur eine starke Interessenvertretung, sondern auch eine Dialogplattform für den Austausch über gelungene Projekte und für Innovationen.

Wir wünschen dem VKU ein erfolgreiches Wirken in den für Kommunen elementaren Handlungsfeldern der Daseinsvorsorge: dezentrale Energiewende, ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft, qualitätsvolle Trinkwasserversorgung, umweltgerechte Abwasserentsorgung und Aufbau schneller Breitbandnetze. Ich freue mich auf viele weitere Jahre enger Zusammenarbeit.



Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags

1960

Das Atomgesetz tritt in Kraft.
Oktober: Oldenburg stellt als erste deutsche Großstadt auf Erdgas um. Kurze Zeit später folgt Bielefeld.



Werner Jacobi, Hauptgeschäftsführer des VKU 1956-1970

1961



1962

Der VKU hat 680 Mitglieder.
Februar: Die Sturmflut in Hamburg und an der Nordsee tötet mehr als 300 Menschen. Zehntausende sind tagelang von Strom, Gas und Wasser abgeschnitten.

Das alte Gaswerk verliert mit der Umstellung von Stadt- auf Erdgas seine Bedeutung.

1963

Durch das »Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlebergbau« gibt es erstmals Prämien für die Stilllegung von Steinkohlebergwerken.

1964

Das Bundeswirtschaftsministerium gibt einen Erlass an die Energieaufsichtsbehörden der Länder heraus. Kraftwerke mit einer Leistung von weniger als 300 Megawatt sollen nicht mehr genehmigt werden.

Vordenker der kommunalen Wirtschaft

Relevanz Der VKU ist heute eine starke Stimme, die auf Länder- und Bundes-, aber auch auf europäischer Ebene Gehör findet



und Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten. Damit meine ich insbesondere den Wohlstand einer zuverlässigen, transparenten Daseinsvorsorge in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser und Abfall in den Städten und Gemeinden.

Nach dem Wiederaufbau unseres Landes stellte die Liberalisierung der Energiemärkte Ende der 1990er Jahre eine Zeitenwende dar und verstärkte zusätzlich die Bedeutung des VKU. Nicht wenige haben damals den Stadtwerken den Untergang vorausgesagt. Kommunen und Stadtwerke haben dagegen bewiesen, dass sie in der Lage sind, Geschäftsmodelle zu überprüfen, anzupassen und fortzuentwickeln. Neben dem fachlichen Know-how spielen bei diesen Anpassungsprozessen vor allem die lokale und regionale Verankerung und damit Vor-Ort-Kennntnis, aber auch Verantwortung gegenüber den Menschen in der Kommune eine wesentliche Rolle. Zusammen mit der kommunalen Eigentümerschaft

sind dies die Kriterien für Beständigkeit, auch in Zeiten des Umbruchs.

Heute stehen Kommunen und Stadtwerke mit der Energiewende wieder vor einer Zeitenwende, die wir mit Blick auf die gewaltige Aufgabe nur gemeinsam bewältigen können. Wie damals müssen wir die richtigen Weichen stellen, um die erneuerbaren Energien dezentral so aufzustellen, dass Preisstabilität und Versorgungssicherheit für die Menschen, aber auch für die Unternehmen gewährleistet sind und die Wertschöpfung vor Ort verbleibt. Denn der Erfolg der Energiewende wird im ländlichen Raum, der 90 Prozent der Fläche Deutschlands ausmacht, entschieden.

Gleichzeitig müssen wir sektorenübergreifend denken, die Infrastruktur vernetzen und digitalisieren. Dazu benötigen wir den Mut, innovative Ideen zuzulassen, und die Entschlossenheit, qualifizierte junge Menschen für unsere kommunale Wirtschaft zu begeistern. Um dies umzusetzen, brauchen die

Städte und Gemeinden den VKU, der ebenfalls sein gesamtes politisches Gewicht in die Waagschale legen muss, um gleichwertige Lebensverhältnisse für die Menschen im gesamten Land zu gewährleisten. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund wird den VKU stets partnerschaftlich dabei unterstützen, die kommunale Wirtschaft für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen. Wir freuen uns auf die weitere gute, kooperative und vertrauensvolle Zusammenarbeit.



Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes



Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begeht in diesem Jahr den 70. Jahrestag seines Bestehens. Hierzu gratulieren die Kommunen ganz herzlich. Der VKU hat allen Grund zu feiern, denn er kann voller Stolz auf eine jahrzehntelange Erfolgsgeschichte zurückblicken. Der Verband und seine Verantwortlichen haben es stets verstanden, sich den Umständen der jeweiligen Zeit anzupassen und sich fachlich und personell gut aufzustellen. Der VKU ist heute eine unverzichtbare, starke Stimme, die überall Gehör findet, sowohl auf Länder- und Bundes-, aber auch auf europäischer Ebene.

Insbesondere gilt: Ohne einen starken Verband gibt es keine starken Stadtwerke. Und ohne starke Stadtwerke wiederum gibt es keine starken Kommunen. Die Bedeutung des VKU ergibt sich nicht ausschließlich aus der Anzahl seiner 1480 Mitglieder. Seine Kraft zieht er insbesondere auch aus seinen hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Verband hat stets bewiesen, ein Vordenker der kommunalen Wirtschaft zu sein. Eine Institution, die es versteht, stets wahrnehmbar und effizient die Interessen der kommunalen Unternehmen zu vertreten.



Geburtstage sind die Tage, an denen man das, was war, betrachtet, das, was ist, bewertet und das, was sein wird, voller guter Hoffnung erwartet.

(Samuel Butler*)



Damals wie heute: Die Kommunalwirtschaft ist Betreiber der grundlegenden Infrastrukturen, ohne die weder seinerzeit das Wirtschaftswunder noch heute die Bewältigung neuer Herausforderungen wie eine sektorenübergreifende Vernetzung denkbar sind.

Das Gründungsjahr 1949 ist nicht nur wegen der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und des Inkrafttretens des Grundgesetzes von großer Bedeutung. In gleicher Weise wie die staatspolitische und rechtliche Neuordnung unseres Staatswesens haben auch die Gründung und die Aufnahme der Arbeit des VKU gezielt dafür gesorgt, dass der Wiederaufbau unseres Landes überhaupt möglich war.

Gerade Artikel 28 des Grundgesetzes, also das garantierte Recht der Selbstverwaltung der Kommunen, dürfte der Treibstoff für den kommunalwirtschaftlichen Motor gewesen sein, der den Schwung gebracht hat, um Fragen der Daseinsvorsorge voranzutreiben. Denn ohne eine gut funktionierende kommunale Wirtschaft als Betreiber der grundlegenden Infrastrukturen für Menschen und Unternehmen wäre auch kein Wirtschaftswunder denkbar gewesen. Dies umfasste aber nicht allein volle Auftragsbücher in der Wirtschaft sowie Vollbeschäftigung, sondern war ein wesentlicher Grund für Wohlstand

* Samuel Butler war ein britischer Schriftsteller, Komponist, Philologe, Maler und Gelehrter.

Innovation nachhaltig gestalten

70 JAHRE VKU WIR GRATULIEREN!

Sehr geehrte Frau Hauptgeschäftsführerin Reiche, sehr geehrter Herr Präsident Ebling,

die items gratuliert Ihnen, den Mitarbeitern des VKU und allen Mitgliedern herzlich zu 70 Jahren Schaffenskraft.

Die steigende Komplexität und die Geschwindigkeit des Wandels wird auch in Zukunft eine solch starke Gemeinschaft benötigen. Wir freuen uns daher auf den weiteren gemeinsamen Weg im Verband.

Ludger Hemker
Geschäftsführer items GmbH

Wir, die items GmbH, sind gerne Teil dieses Netzwerkes und bringen uns auch zukünftig mit unserem Wissen, unserer Erfahrung und unserer Gestaltungskraft in die Gemeinschaft des VKU ein!

items GmbH | Halenweg 7 | 48155 Münster | +49 251 20 83-10 00 | kontakt@itemsnet.de | www.itemsnet.de | f t in @items_gmbh

Besser als der freie Markt

Moderne Daseinsvorsorge In den vergangenen Jahren hat es eine erfreuliche Renaissance der kommunalen Unternehmen gegeben. Sie engagieren sich nicht nur in den klassischen Feldern, sondern auch in der Telekommunikation und Breitbandversorgung



Flächendeckende Versorgung: Die allgemeine Verfügbarkeit von Telekommunikation und Breitband hat große wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung.

Bilder: Shutterstock

Die Gründung des VKU als Vertretung der kommunalen Unternehmen jährt sich 2019 zum 70. Mal, ebenso wie die Annahme des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Dort ist bekanntlich in Artikel 28 Absatz 2 den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht auf Selbstverwaltung

garantiert. Eine wesentliche Ausprägung dieses Rechts ist es, dass die Landkreise, Städte und Gemeinden – stets im Rahmen der geltenden Gesetze – eigenständig darüber entscheiden können, in welcher Organisationsform sie die ihnen obliegenden Aufgaben der Daseinsvorsorge erledigen. Die kommunalen

Gebietskörperschaften können diese Aufgaben etwa durch Regiebetriebe unmittelbar durch die Kommunalverwaltung erledigen, sie können mit anderen Kommunen hierfür Zweckverbände bilden, sie können private Dritte mit der Aufgabenerledigung beauftragen oder mit diesen eine öffentlich-private

Partnerschaft eingehen. Ebenso ist es möglich, für die Erledigung der Aufgaben der Daseinsvorsorge organisatorisch eigenständige kommunale Unternehmen zu gründen. So wie die Sparkassen in kommunaler Trägerschaft die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft in ihrer jeweiligen Trägerkommune sicherstellen, erfüllen die kommunalen Unternehmen ihre jeweiligen öffentlich-rechtlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge als Teil der mittelbaren Kommunalverwaltung. Auf diese Weise können eine strikte Verpflichtung auf das Gemeinwohl und unternehmerisches Denken und Handeln bei der Aufgabenerfüllung in Einklang gebracht werden.

Zu den Bereichen, in denen die Landkreise, Städte und Gemeinden mittels ihrer kommunalen Unternehmen Daseinsvorsorge betreiben, gehören klassischerweise die Energie- und Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Abfallbeseitigung und die Straßenreinigung. Kommunale Unternehmen aus all diesen Bereichen werden vom VKU vertreten, sodass dieser sich immer wieder mit der Frage konfrontiert sieht, ob einzelne Bereiche der Daseinsvorsorge nicht viel-



Wir gratulieren dem VKU.

21

WIR MACHEN'S EINFACH.

DSW21GRUPPE

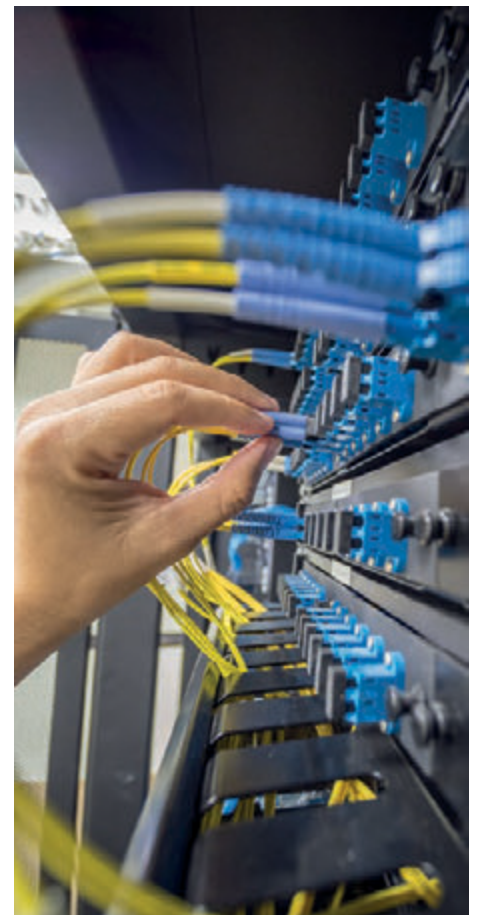


Kommunale Unternehmen dienen ausschließlich den Bedürfnissen der örtlichen Gemeinschaft.

leicht flexibler und kosteneffizienter durch den freien Markt erbracht werden können. Der VKU wird dem zumeist entgegenhalten können, dass die kommunalen Unternehmen auf Grundlage des kommunalen Selbstverwaltungsrechts als Dienstleister ausschließlich den Bedürfnissen der örtlichen Gemeinschaft dienen.

Da sich vielfach gezeigt hat, dass der freie Markt aufgrund seiner Ausrichtung auf kurzfristige Renditeziele jedenfalls nicht allein in der Lage ist, verlässlich und flächendeckend Versorgungs- und Entsorgungsleistungen zu erbringen, hat es in den vergangenen Jahren eine erfreuliche Renaissance der kommunalen Unternehmen gegeben. Diese engagieren sich auch in den Bereichen Telekommunikation und Breitbandversorgung, die aufgrund ihrer großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung zur modernen kommunalen Daseinsvorsorge gehören.

Der VKU mit seinen Sparten Energiewirtschaft, Wasser/Abwasser, Telekommunikation und Abfallwirtschaft als Vertretung der kommunalen Unternehmen ist in der ganzen Breite ihrer Daseinsvorsorgeaufgaben gut aufgestellt. Ich gratuliere dem VKU zu seinem 70-jährigen Bestehen und wünsche ihm, dass er auch in den kommenden Jahrzehnten innerhalb der kommunalen Familie als kompetente und kraftvolle Stimme der kommunalen Unternehmen auftritt.



Reinhard Sager
Präsident des
Deutschen Landkreistages

einundzwanzig.de



1965

Die Kartellbehörden erklären Preise und Tarife der Vorlieferanten zur Grundlage für die Tarife der Verteilunternehmen.

1966



Arnulf Klett
Oberbürgermeister von Stuttgart,
VKU-Präsident 1966–1974

1967

Die Energiebranche wehrt sich gegen die für Jahresbeginn 1968 geplante Einführung der Mehrwertsteuer von zehn Prozent – sie befürchtet Preissteigerungen für Strom, Gas, Wasser, Wärme und Investitionen.

1968

11. November: Die Wirtschaftsminister der Länder wollen bei Kommunalunternehmen die steuerliche Abzugsfähigkeit von Konzessionsabgaben abschaffen – mit ausdrücklich gewünschter Gewinnschmälerung nur für kommunale Unternehmen. Ohne Entscheidung verschwindet die Reform in den Aktschränken.

1969

Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft beschließen, die Wirtschafts- und Währungsunion stufenweise zu verwirklichen. Ruhrgas erhält das Monopol zum Import von russischem Erdgas.

Stadtwerke on stage

Lebensqualität Die Energiewende ist kein Rockkonzert mit nur einem Star, sondern ein buntes Festival mit vielen Playern. Mit dabei: die kommunalen Unternehmen

Wäre die Energiewende ein Rockkonzert, könnte man meinen, dass der Headliner gerade eine Pause macht. Kostüme werden gewechselt, Instrumente gecheckt, die Bühne umgebaut, aus den Lautsprechern sind bekannte Nummern von einer Playlist zu hören. Doch wer den etwas ruhigeren Moment nutzt und genauer hinhört, der kann weitere Klänge aus anderen Richtungen wahrnehmen. Wer sich umschaute, der sieht zahlreiche kleinere Bühnen mit Bands, die ihr Publikum gut zu unterhalten scheinen. Und wer sich schließlich auf den Weg zu diesen Bühnen macht, der kann viele neue, aufregende Stile und Sounds entdecken. Denn die Energiewende ist, genauer gesagt, kein einfaches Rockkonzert mit einer einzigen Bühne und einem Superstar. Sie ist ein buntes Festival, voller Überraschungen und wechselnden Höhepunkten. Zu den Entdeckungen, die man dabei machen kann, gehören insbesondere: kommunale Unternehmen.

In der Energiewende haben kommunale Unternehmen eine zentrale Bedeutung. Denn im Energiesystem Stadt kommen wichtige Infrastrukturen auf engem Raum zusammen – für Strom, Wärme und Gas, für Wasser, Abwasser und Abfall, für Wohnen, Arbeiten, Mobilität, Kommunikation und Freizeit. Die Entwicklung in all diesen Bereichen entscheidet über die Lebensqualität der Menschen und auch über das Gelingen der Energiewende. Die Energiewende ist in vielerlei Hinsicht eine urbane Energiewende. Wer die urbane Energiewende gestalten will, für den sind kommunale Unternehmen unerlässliche Partner.

Die Herausforderung liegt vor allem darin, die wachsende Zahl an Komponenten, die Energie erzeugen, übertragen, speichern oder verbrauchen, in einem System zu integrieren und aufeinander abzustimmen – und zwar so, dass das System gleichzeitig sicher funktioniert, bezahlbar ist, das Klima schützt und

den größtmöglichen Komfort bietet. Wie lässt sich zum Beispiel erneuerbare Energie für alle Sektoren nutzbar machen? Wie können Wärmespeicher, Elektrofahrzeuge oder elektrische Anlagen in Haushalten und Unternehmen als Puffer für das Stromnetz dienen? Wie kann die Digitalisierung genutzt werden? Und welche Rolle übernehmen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen in diesem Wandel?

Schwierige Rahmenbedingungen

Der aktuelle Rahmen macht es oft schwer, auf diese Herausforderungen zu reagieren. Aber der VKU kämpft als Spitzenverband der kommunalen Wirtschaft dafür, dass sich das ändert. Gleichzeitig gehen viele kommunale Unternehmen bereits voran und entwickeln Lösungen. Die Deutsche Energie-Agentur (Dena) arbeitet deshalb seit Langem mit dem VKU und vielen seiner Mitglieder zusammen. Gemeinsam engagieren wir uns zum Bei-

spiel für Energieeffizienznetzwerke, Energiespar-Contracting und Energiemanagement. Wir tauschen uns über Perspektiven für Strom- und Gasnetze sowie für digitale Märkte aus und suchen nach Strategien und Musterbeispielen für die urbane Energiewende. Schließlich nutzen wir in Dena-Projekten gerne vorbildliche Ansätze in den Kommunen als Anschauungsobjekte für Delegationen aus dem Ausland.

Mit Blick auf diese guten Erfahrungen wünsche ich, im Namen der Dena, dem VKU herzlich alles Gute zu seinem 70-jährigen Bestehen. Auf dem großen bunten Energiewende-Festival haben wir bereits viele spannende Partner in den Kommunen kennengelernt und freuen uns darauf, weitere zu entdecken. Die langfristige gemeinsame Perspektive kann ich mir schon gut vorstellen.

In 30 Jahren wollen wir die klimapolitischen Ziele erreicht haben. Deutschland und die ganze Welt sind klimaneutral. Der VKU

wird dann 100 Jahre und die Dena 50 Jahre alt sein. Dann organisieren wir zusammen ein Konzert und feiern den Erfolg. Denn der ist möglich, wenn wir den richtigen Rahmen setzen, Innovationen fördern, Akteure vor Ort zur tragenden Säule machen und die unterschiedlichen Ebenen bestmöglich vernetzen. Gemeinsam können wir noch viel bewegen – oder, um beim Konzert zu bleiben: Let there be light, sound, drums, guitar / Let there be rock!

Happy Birthday, VKU!



Andreas Kuhlmann
Vorsitzender der
Geschäftsführung der
Deutschen Energie-Agentur
(Dena)

7. November 2019
LWL Industriemuseum
Henrichshütte Hattingen

www.inside-kongress.de

#insidekongress

GUTE NACHBARN

„Mit Weitblick regional agieren. So setzen wir uns und unsere Produkte für die Menschen in und um Tübingen ein. Mit rku.it haben wir dabei einen Kooperationspartner, der uns trotz 471 km Entfernung mit viel IT-Know-how, Beratung auf Augenhöhe und Best-Practice-Erfahrungen immer zur Seite steht. Eben eine ganz besondere Form von Nachbarschaft.“

Dr. Achim Kötzle, Geschäftsführer der Stadtwerke Tübingen GmbH



VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche und VKU-Präsident Michael Ebling (l.) begrüßen auf der Matinee zum 70-jährigen Bestehen des Verbands den Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck.



»Sich frei zu verhalten, fällt Menschen leichter, wenn sie in ein vertrautes, sicheres Netz der Kommune eingebunden sind«, weiß Alt-Bundespräsident Joachim Gauck.



(v.l.n.r.) Bundespräsident a.D. Joachim Gauck, der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil, VKU-Präsident Michael Ebling, Rachel King, Botschaftsrätin der Botschaft Großbritanniens in Deutschland, VKU-Vizepräsident Karsten Specht und VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp.



Das Prinzip Dezentralität ist ein wesentlicher Teil der deutschen Verfassung, betont Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, der von 2007 bis 2012 VKU-Präsident war.



Ein Gewinnerteam im Wandel

Relevanz Auf der Matinee zum 70. Jubiläum des VKU war nicht nur Zeit für Glückwünsche, sondern es wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig die Kommunalen in Zeiten des Wandels für die Demokratie und die Menschen vor Ort sind

Zu seinem 70. Jubiläum am 26. Juni hatte der VKU zur festlichen Matinee in die britische Botschaft nach Berlin geladen und feierte mit rund 200 Gästen aus den Mitgliedsunternehmen, politischen Spitzenverbänden und dem Bundestag. Schon in der Eröffnungsrede von VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche wurde deutlich, dass Kommunen und ihre Unternehmen nicht nur viel erreicht haben in all den Jahren, sondern insbesondere in aktuell bewegten Zeiten eine entscheidende Rolle für die Bürger vor Ort

spielen: »Die Megatrends des demografischen und gesellschaftlichen Wandels, der Digitalisierung, Urbanisierung und des Klimawandels fordern uns heraus. Die Kommunalen geben den Menschen Orientierung und sind Begleiter vor Ort.«

Wie wichtig dieser Halt auch für die Freiheit und Demokratie in Deutschland ist, stellte Joachim Gauck, Bundespräsident außer Dienst heraus: Die Kommunalen seien »Partner der Demokratie vor Ort«, denn »sich frei zu verhalten, fällt Menschen leichter, wenn

sie in ein vertrautes, sicheres Netz der Kommune eingebunden sind, wo Dinge verlässlich funktionieren und Menschen vor Ort, die sich dort auskennen und die wir persönlich kennen, die dort wohnen und ansprechbar sind, entscheiden.«

In dieser wichtigen Rolle als stabilisierendes Element sind die kommunalen Unternehmen auch fest im Grundgesetz verankert: Das Prinzip der Dezentralität sei wesentlicher Teil der deutschen Verfassung, verdeutlicht Stephan Weil, niedersächsischer Minister-

präsident und VKU-Präsident in den Jahren 2007 bis 2012. Weil ergänzt: Der Staat habe als »aktiver Staat« die Aufgabe, sich um die grundlegenden Dinge der Daseinsvorsorge zu kümmern, lasse dem Bürger aber auf der anderen Seite auch die für ihn notwendigen Freiräume. In diesem Sinne leisteten die kommunalen Unternehmen »einen Beitrag zur Verfassung«.

VKU-Präsident Michael Ebling blickte abschließend noch einmal auf die Geschichte des VKU und seiner Mitglieder zurück:

»Wir haben viele Herausforderungen, wie den Wiederaufbau, die Rohstoffkrisen oder die Wiedervereinigung gemeistert«, so der Mainzer Oberbürgermeister. »Heute liegen die Herausforderungen im Klimaschutz, der Energiewende oder der Digitalisierung. Das sind globale Fragen, aber beantwortet und entschieden werden sie in den Städten und Gemeinden. Die Kommunalen schaffen also Zukunft und setzen sich kraftvoll für das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse ein.«

Lisa Schwabl



Der VKU ist mehr als ein Wirtschaftsverband. Unsere Mitglieder sind die Manufakturen für Lebensqualität und agieren in der kommunalen Familie.

VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche auf der Matinee zum 70-jährigen Jubiläum des VKU



VKU-Vizepräsident
Karsten Specht



Ins Gespräch vertieft:
(v.l.n.r.) Niedersachsens
Ministerpräsident Ste-
phan Weil, der frühere
VKU-Hauptgeschäftsführer
Hans-Joachim Reck und
Thomas Abel, Geschäftsführer
der Abteilung Wasser/Abwasser
und Telekommunikation
beim VKU mit weiteren
Gästen der Matinee.



VKU-Vizepräsident
Patrick Hasenkamp



VKU-Vizepräsident Guntram
Pehlke im Gespräch mit dem
Beigeordneten des Städtetags
Detlef Raphael, Leiter des
Dezernats Umwelt und
Wirtschaft, Brand- und
Katastrophenschutz.
Bilder der VKU-Matinee:
Till Budde (10), Catharina Tews (1)



„Die Energiewirtschaft steht vor komplexen Herausforderungen – unser Personal braucht den Rücken frei, um sie zu bewältigen. Einfache Routinetätigkeiten erledigen für uns deshalb schon heute Roboter. Weitere Innovationen und Einsatzfelder werden noch hinzukommen, wie das Arbeiten mit Holograms – einer Virtual-Reality-Brille, die eine natürliche Wahrnehmung mit künstlichen Darstellungen vermischt. Hier stehen wir noch am Anfang – aber unsere bisher umgesetzten Digitalisierungsprojekte zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“

Markus Kittl, Mitglied der Geschäftsleitung,
Thüga Energienetze GmbH



Wie gestalten Sie mit exzellenter Innovation digitale Transformation?

Mit Spezialisten für intelligente Zukunfts-Technologie.



Erfahren Sie mehr über die Leistungen und Projekte der Thüga und ihrer rund 100 Partnerunternehmen im Bereich Digitalisierung.
Besuchen Sie uns auf: www.thuega.de

1970

In Koblenz fährt der erste elektrische Bus.
22. Mai: Der VKU gründet einen Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit – in einer Zeit heftiger Angriffe aus der Politik gegen die Kommunalwirtschaft und wachsender Konzentrationstendenzen zugunsten der großen vier Energiekonzerne.

1971



1972

Eine vom VKU initiierte Umfrage ergibt zwar hohe Sympathie der Bürger für örtliche Versorgung – zeigt aber auch, dass nur die Hälfte der Befragten wusste, von kommunalen Unternehmen beliefert zu werden.

Verbandstagung 1971: Der VKU will stärker in der Öffentlichkeit wirken.

1973

Mai: Die Bundesregierung präsentiert in den Jahren des ersten Ölpreisschocks den »Obernolte-Entwurf« – einen Referentenentwurf für ein neues Energiewirtschaftsgesetz mit erheblichen staatlichen Eingriffsmöglichkeiten. Er wird nach viel Kritik der Verbände, aber dennoch ziemlich unvermittelt, zurückgezogen.

1974

Auch nach dem ersten Ölpreisschock liegt der Anteil von Mineralöl am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik noch deutlich über 50 Prozent.

Starke Stromnetze für die wachsende Mainmetropole

Versorgung Frankfurt ist einer der internationalen Top-Standorte der Datenverarbeitung. Die explodierende Kapazitätsnachfrage ist eine große Herausforderung

Mit ihrem mehr als 14000 Kilometer umfassenden Versorgungsnetz gewährleistet die Mainova AG die sichere Energie- und Wasserversorgung in Frankfurt und der Region Rhein-Main. Für die Stromversorgung stellt besonders der zunehmende Energiebedarf der Rechenzentren eine Herausforderung dar. Zusammen machen sie bereits ein Fünftel des Frankfurter Strombedarfs aus. Denn die Mainmetropole ist einer der internationalen Top-Standorte der Datenverarbeitung mit dem größten Internetknoten der Welt. Grund sind die hervorragenden Standortbedingungen: Neben der Anbindung an zahlreiche Hochgeschwindigkeits-Datenleitungen ist die Zuverlässigkeit des Frankfurter

Stromnetzes im europäischen Vergleich Spitze. 2017 lag die durchschnittliche Unterbrechungsdauer mit rund neunzehn Minuten deutlich unter dem bundesweiten Mittel von rund 15 Minuten.

Der sichere Betrieb der Frankfurter Stromnetze und die zuverlässige Versorgung der Kunden haben für Mainova oberste Priorität. Grundlage dafür ist ein auf drei Säulen ruhendes Konzept. Säule Nummer eins ist die optimierte Netzarchitektur. Ringnetzstrukturen im Mittelspannungsbereich sorgen dafür, dass beispielsweise im Falle eines Kabelfehlers eine Wiederversorgung mit Strom innerhalb kürzester Zeit erfolgen kann. Die zweite Säule bildet Frankfurts doppelte Anbindung

an das vorgelagerte Höchstspannungsnetz über Umspannwerke im Norden und Süden der Stadt. Die Mainmetropole liegt außerdem an der Grenze eines weiteren Übertragungsnetzgebietes und kann deshalb im Notfall auch Strom aus dieser Regelzone beziehen. Die Kraftwerke im Stadtgebiet stellen die dritte Säule dar. Diese bieten mit einer installierten elektrischen Erzeugungleistung von etwa 400 Megawatt eine zusätzliche Absicherung bei Engpässen.

Mainova hat in den vergangenen Jahren hohe Investitionen in die Infrastruktur und Erzeugung getätigt – zum Beispiel im Frankfurter Osten. Das Areal wandelt sich vom industriell geprägten Randbezirk zum Hot-



Transformatoranlieferung für ein neues Umspannwerk: Mainova baut die Infrastruktur aus. Bild: Mainova

Die N-ERGIE gratuliert zum 70-jährigen Bestehen.

Danke für den unermüdlichen Einsatz für mehr Lebensqualität in Stadt und Land.

www.n-ergie.de

spot für Digitalisierung. Damit wächst auch der Energiebedarf. Die Mainova-Tochter Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) verstärkt deshalb die dortige Energie-Infrastruktur auf Hoch- und Mittelspannungsebene.

Platzprobleme in der Stadt

Seit Gründung der Mainova 1998 ist das Frankfurter Stromnetz um rund 800 Kilometer auf knapp 7600 Kilometer angewachsen. Mehr als 30 Umspannwerke verteilen sich über das Frankfurter Stadtgebiet. Der wachsende Bedarf ist auch ein Platzproblem. 2010 machte der regionale Energieversorger mit dem ersten unterirdischen Umspannwerk auf sich aufmerksam. Oberirdisch kaum größer als eine Garage, reicht das handballfeldgroße Bauwerk 17 Meter tief unter die Erde.

Mit rund 800 Megawatt erreichte die Lastspitze im Frankfurter Stromnetz vergangenen Sommer einen neuen Höchstwert. Treiber der Entwicklung sind vor allem die Rechenzentren. Inzwischen zählt die NRM über 50 entsprechende Liegenschaften in ihrem Netzgebiet. 500 000 Quadratmeter Fläche nehmen die Serverfarmen in Frankfurt bereits ein, Tendenz weiter steigend.

Um die explodierende Kapazitätsnachfrage bedienen zu können, arbeitet die NRM eng mit den Kunden zusammen. So hat der Frankfurter Netzbetreiber vor rund zwei Jahren erstmals ein Umspannwerk mit der Leistung einer Kleinstadt von 25 000 Einwohnern im Auftrag eines Rechenzentrumsbetreibers gebaut. Der Vorteil: Da die Spannung direkt vor Ort von 110 Kilovolt auf 30 Kilovolt umgewandelt wird, entfallen Transportwege. Außerdem ist die Anlage bereits auf einen wachsenden Anschlussbedarf seitens des Kunden ausgelegt. Die Betriebsführung liegt weiterhin beim Netzbetreiber.

Allein in den vergangenen vier Jahren hat die NRM Anschlussverträge von zusammen rund 400 Megavoltampere abgeschlossen. Dies entspricht 50 Prozent der heutigen Gesamtnetzlast im Frankfurter Netz. Noch nie hat es eine derart hohe und kurzfristige Nach-

frage nach Stromnetzkapazitäten gegeben: Während alle bisher getätigten Leistungszusagen auch realisiert werden können, übersteigt die Summe der darüber hinaus aktuell angefragten Netzanschlüsse für Rechenzentren die langfristig zur Verfügung stehenden Kapazitäten. Denn auch wenn der tatsächliche Bedarf bisher noch hinter den angemeldeten Leistungen zurückbleibt, müssen diese vorgehalten werden. Mit dem Abschluss von Anschlussverträgen verpflichtet sich der Netzbetreiber, die vereinbarten Kapazitäten dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Bis zum Jahr 2030 werden die Verbraucher laut aktueller Netzlastprognose der NRM weiter stark steigen. Dabei sind neben den Rechenzentren auch das allgemeine Wachstum der prosperierenden Stadt Frankfurt sowie die Entwicklung der Elektromobilität und die insgesamt fortschreitende Digitalisierung berücksichtigt.

Neben den bereits geplanten oder schon im Bau befindlichen Netzausbaumaßnahmen prüft Mainova deswegen aktuell Möglichkeiten zur Ausweitung der Stromnetzkapazitäten für Frankfurt. Die Herausforderungen im Bereich der Netze werden also auch in Zukunft weiter steigen. Zudem muss der Ausgleich zwischen Stromverbrauch und -erzeugung vor allem auf der Verteilnetzebene organisiert werden. Dabei wird vieles davon abhängen, dass die Regulierungsbehörden den Ausbau der Verteilnetze attraktiv halten. Insbesondere muss sichergestellt sein, dass die Verteilnetzbetreiber für ihre Investitionen eine angemessene, das heißt auskömmliche Verzinsung für das von ihnen eingesetzte Kapital erhalten.



Constantin H. Alsheimer
Vorstandsvorsitzender
der Mainova AG

1975

Die Gaswirtschaft löst sich vom Kubikmeter und führt die Kilowattstunde als Abrechnungseinheit ein.

Herbst: Die Verbandstagung verabschiedet »zehn Thesen zur Stellung der kommunalen Versorgungsunternehmen in Wirtschaft und Gesellschaft«.



Hans Koschnick
Bürgermeister von Bremen, VKU-Präsident 1975–1978

1976

Am 15. Februar tritt die Trinkwasserverordnung in Kraft. Sie verpflichtet Industrie und Einleiter von Abwasser, Kläranlagen zu bauen oder (ab 1981) eine Abgabe zu zahlen.

1977

1978



14. April: Umzug des VKU innerhalb von Köln von der Marienburger Straße in einen Neubau an der Brohler Straße. Gast bei der Einweihung des Gebäudes ist Kanzler Helmut Schmidt, der per Hubschrauber eintrifft.

1979

Erster großflächiger Smog-Alarm im Ruhrgebiet – die Konzentration von Schwefeldioxid ist zu hoch.

Die Energiewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe

Transformationsprozess Dafür brauchen Organisationen wie die AEE die Unterstützung von starken Partnern wie den kommunalen Unternehmen und dem VKU

Die Energiewende in Deutschland ist in vollem Gang. Sie wird aber nur gelingen, wenn wir Kräfte bündeln und alle mitnehmen. Denn nicht nur Regierungen sind dafür verantwortlich, der menschengemachten Erderwärmung zu begegnen. Energiewende, Klimaschutz und Umweltschutz sind vielmehr Gemeinschaftsaufgaben, die Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgerinnen und Bürger stemmen müssen. Wir als Agentur für Erneuerbare Energien begleiten und unterstützen die Energiewende, brauchen aber Interessenvertretungen sowie starke Partnerinnen und Partner. Der für Deutschland so wichtige Transformationsprozess mit einem Upgrade des Energiesystems ist ohne kommunale Akteure wie Stadtwerke, Entsorgungsbetriebe und andere kommunale Unternehmen undenkbar. Diese genießen das Vertrauen der

Menschen vor Ort und können ein wichtiger Faktor für die Transformation sein. Seit 70 Jahren haben diese Unternehmen eine starke und verlässliche Stimme, die in Politik und Öffentlichkeit gehört wird: den VKU.

Erneuerbare bieten riesige Chancen

Der VKU ist Heimat für kommunale Unternehmen und trägt dazu bei, dass Deutschland ein starker Wirtschaftsstandort ist und bleibt. Das hilft, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranzubringen: Windräder, Photovoltaikanlagen, Geothermie, Wasserkraft und Bioenergie bieten eine sichere Stromversorgung, Wärmepumpen, Pelletheizungen, Solarthermieanlagen sowie Biogas halten unsere Gebäude warm und Biokraftstoffe, Elektromobilität sowie künftig erneuerbarer Wasserstoff machen uns mobil. Für Kommunen und kommunale Unternehmen

bieten die erneuerbaren Energien also riesige Chancen: Sie bringen Geld in die Kassen von Städten, Gemeinden und Landkreisen, schaffen Arbeitsplätze und verbessern somit die Kaufkraft in der jeweiligen Region.

Diese kommunale Wertschöpfung ist ein Treiber für die Energiewende in Deutschland. Sowohl größere Städte als auch ländlich geprägte Kommunen können Finanzmittel so in der eigenen Region halten – und müssen diese eben nicht für Energieimporte ausgeben. Stadtwerke sind ein entscheidender Akteur in diesem Feld. Sie setzen mit ihrer Expertise Erneuerbare-Energien-Projekte um, machen die Verteilnetze fit für Erneuerbare und kümmern sich neben der Strom- auch um die Wärmeversorgung.

Darum ist es so wichtig, dass der VKU seine Arbeit sichtbar macht und Forderungen an die Politik adressiert. Gleichzeitig bietet

Foto: Shutterstock

die dezentrale Energiewende die Möglichkeit, sich unabhängig zu machen und die erneuerbare Stromversorgung dezentral zu gestalten – davon profitieren dann vor allem die Bürgerinnen und Bürger, die sich an den Projekten beteiligen können.

Für den Ökostrom-Ausbau begeistern

Viele Menschen und Kommunen sehen und nutzen diese Chancen bereits. Die Agentur für Erneuerbare Energien erzählt seit über zehn Jahren ihre Geschichten und steht ihnen mit Rat und Tat zur Seite, um für die Energiewende und den Ausbau der Erneuerbaren zu be-

geistern – auch dank der Zusammenarbeit mit dem VKU an Publikationen, auf Veranstaltungen, in Workshops sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit konnten wir in den vergangenen Jahren gemeinsam wichtige Akteurinnen und Akteure vernetzen, sichtbar machen und zeigen: Erneuerbare Energien schaffen mehr Wert für alle.

Glückwünsche zum Jubiläum

Zum Jubiläum des VKU gratuliere ich persönlich und im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Erneuerbare Energien ganz herzlich! Wir freuen uns auf weitere Jahre einer vertrauensvollen und engen Zusammenarbeit – für und mit kommunalen Unternehmen, die die Energiewende in Deutschland nach vorn bringen und gemeinsam mit der Gesellschaft umsetzen.

Herzlichen Glückwunsch zu 70 Jahren starker Verbandsarbeit für kommunale Unternehmen!



Robert Brandt
Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE)

70 JAHRE

Ein Geschenk für kommunale Unternehmen.

Happy Birthday, lieber VKU!

Seit 70 Jahren bist Du der starke Partner für kommunale Unternehmen – dafür wollen wir DANKE sagen.

DANKE für Deine engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. DANKE für Deine klaren Positionen. Und DANKE dafür, dass wir von der Elektromobilität bis hin zu smarten Lösungen für zu Hause gemeinsam an einer nachhaltigen Zukunft arbeiten.

Auf die nächsten 70 – mit viel positiver Energie.

Deine energcity AG



energcity
positive energie

1980

Die vierte Kartellrechtsnovelle tritt in Kraft. Ihr Schwerpunkt ist die Missbrauchsaufsicht gegenüber Energieversorgern. Die Laufzeit von Konzessionsverträgen wird auf 20 Jahre beschränkt.

1981



Karl Ahrens
Hauptgeschäftsführer
des VKU 1970–1989

1982

Mai: Der VKU gründet den »Ausschuss für kommunale Wasserversorgungsfragen«. Hintergrund: Der Betriebsvergleich hatte gezeigt, dass Wasserpreise häufig zu günstig nach Aufwands-, aber nicht nach Vollkostenrechnung kalkuliert wurden.

1983

Im Juli tritt die Großfeuerungsanlagen-Verordnung in Kraft. In Großkraftwerken müssen Rauchgasfilter eingebaut werden. Kraftwerksbetreiber empfinden die neuen Grenzwerte als »katastrophal«.

1984



Manfred Rommel
Oberbürgermeister von Stuttgart,
VKU-Präsident 1979–1996

Moderne Versorger werden Umsorger

Kooperationen Die Thüga bietet Stadtwerken verschiedene Formen der Zusammenarbeit an: einfache Rahmenverträge, Beteiligungen an Start-ups oder gemeinsame Plattformen. Zu den Services gehören auch »Werkzeugkoffer« für die E-Mobilität und die intelligente Stadt



Batteriespeicher bei Eins Energie: Der Energiedienstleister gehört zum Beteiligungsportfolio der Thüga.

Bild: Eins Energie

Bereits vor 20 Jahren hat die Liberalisierung des Energiemarktes zu mehr Wettbewerb und höherem Kostendruck geführt. Die heutige Situation ist für uns also bei Weitem nicht neu und die Entwicklung von damals längst nicht abgeschlossen. Versorger, die ihre Prozesse nicht optimieren und ihre Produkte nicht erneuern, verlieren ihre Konkurrenz- und damit auch ihre Zukunftsfähigkeit. Eine weitere Folge der Liberalisierung ist die stark fragmentierte Energiewelt von heute. In jeder Wertschöpfungsstufe, ob

Erzeugung, Handel, Speicher, Vertrieb, Netz oder Messwesen, treffen unterschiedlichste Unternehmen aufeinander, auch solche, die sich auf einzelne Wertschöpfungsstufen spezialisiert haben.

Stadtwerke wollen für ihre Kunden Dienstleister entlang der kompletten Wertschöpfungskette sein. Sie verstehen sich nicht mehr als reine Versorger, sondern als Umsorger, die Ansprüche und Wünsche ihrer Kunden erkennen und zufriedenstellen. Denn deren Erwartungen und der sich ständig verändernde

Markt verlangen, dass sie sich – ihre Kultur, ihr Geschäftsmodell, ihre Produkte und Dienstleistungen – fortlaufend weiterentwickeln, wenn sie auf dem immer komplexeren Spielfeld der Energiebranche weiter mitspielen wollen. Für ein einzelnes Unternehmen ein erheblicher Kraftakt. Der bessere Weg: zusammen mit Gleichgesinnten den Wandel in Angriff nehmen.

Im Verbund der Thüga-Gruppe arbeiten rund 100 kommunale Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft gemeinsam an der

Stärkung ihrer Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit. Ganz gleich, ob es beispielsweise um die gemeinsame Beschaffung von Rohren und Zählern, um die digitalisierte Energiebeschaffung oder um die gemeinsame Entwicklung und den Betrieb von IT-Lösungen geht. Oder darum, attraktive Online-Angebote zu lancieren. Bereits seit vielen Jahren erarbeiten die Thüga-Partner gemeinsam Strategien, schaffen Standards, entwickeln White-Label-Produkte und erzielen Skaleneffekte, um den Wandel der Energiewelt von Anfang an mitzugestalten.

Grund zum Ausruhen ist das Erreichte für uns aber nie: Deshalb hat sich die Thüga im vergangenen Jahr grundlegend neu aufgestellt, um insbesondere unsere branchenweit anerkannte Beratung noch schlagkräftiger sowie noch flexibler zu machen und auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit der knapp 100 Fachfrauen- und -männer zu fördern. In den neu gegründeten Thüga-Kompetenzcentern arbeiten Ingenieure, IT-Experten, Kaufleute, Rechtsanwälte und Vertriebler in agilen Teams zusammen, um die Mitglieder unseres Stadtwerkverbands über alle Wertschöpfungsstufen hinweg individuell und ganzheitlich zu beraten.

Um Innovationsaktivitäten schneller vorantreiben zu können, scoutet zum Beispiel das Kompetenzzentrum Innovation unserer Beratung intensiv für die Thüga-Gruppe den »Markt an guten Geschäftsideen«. Dank unserer Beteiligung am dritten High-Tech Gründerfonds können wir Ideen aus Nischenbereichen der Energiewirtschaft identifizieren, die Potenzial für die Weiterentwicklung der Thüga-Gruppe haben. Inzwischen haben wir uns sogar an vier Start-ups beteiligt, die heute gut aufgestellt und im Markt etabliert sind – auch dank unserer Unterstützung bei der Skalierung ihrer Produkte und Dienstleistungen. Mit ihnen arbeiten unsere Partnerunternehmen vor allem in neuen Geschäftsfeldern zusammen.



Das Kompetenzzentrum Innovation scoutet gute Geschäftsideen.

Auch der sogenannte »E-celator«, der Thüga-eigene Inkubator für Elektromobilität, der als Beschleuniger für Ideen und Produkte fungiert, ist ein gelungenes Beispiel für unser Management von Innovationen und die Kooperation in der Gruppe. Im E-celator durchläuft jedes Projekt iterativ mehrere Phasen: von der Ideengenerierung über die Prototyp- und Produktentwicklung bis hin zur Vermarktung und zum Betrieb. Am Ende jeder Phase steht ein Pitch-Tag – hier entscheidet das interdisziplinär und gruppenübergreifend besetzte Entscheidungsgremium, ob und wie ein Projekt effizient weiter vorangetrieben und in ein konkretes Produkt oder eine Dienstleistung umgewandelt werden kann.

Skaleneffekte dank Baukastenprinzip
Das Ergebnis unserer zahlreichen Kooperationen und Projekte sind Produkte und Leistungen, mit denen wir für unsere Partnerunternehmen einen Mehrwert gegenüber Einzelengagements schaffen. Inzwischen bietet Thüga ihren Partnerunternehmen

beispielsweise im Bereich Elektromobilität einen »Werkzeugkoffer« an, mit dem Stadtwerke und Kommunen die Voraussetzungen für eine lokal emissionsfreie und vernetzte Mobilität schaffen können. Das Spektrum der Tools in diesem »Werkzeugkoffer« reicht von Muster- und Rahmenverträgen über White-Label-Lösungen, Informationsportale, Standortanalysen für Ladesäuleninfrastruktur sowie Carsharing-Modelle bis hin zu ganzheitlichen Mobilitätskonzepten für Städte und Gemeinden.



Stadtwerke werden zu Smart-City-Generalunternehmen.

Auch beim Umbau zur intelligenten Stadt bietet Thüga für Stadtwerke einen modularen Baukasten an: von der Erstberatung mit einem Smart-City-Workshop über konkrete Produkte wie intelligentes Parkplatzmanagement oder Zählerfernauslesung bis hin zum konkreten Ausrollen von Smart-City-Infrastruktur wie IoT-Funknetzplanung. Thüga möchte Stadtwerke zu Smart-City-Generalunternehmen machen. Das kommunale Know-how und die lokale und regionale Verankerung der Thüga bieten beste Voraussetzungen dafür. Aber wichtig ist, dass nicht jeder für sich aus eigenen Kapazitäten an seiner eigenen Lösung »tüftelt«, sondern dass wir gemeinsam Maßnahmen und Produkte entwickeln, die bei Bedarf individuell zugeschnitten werden können. Eine weitere Form der gelebten Kooperation bei Thüga.

Kooperationen sind kein Allheilmittel
Die genannten Beispiele zeigen: Standardisierung beschleunigt Prozesse, steigert die Effizienz und somit die Wertschöpfung und schafft damit Sicherheit für alle Kooperationspartner. Doch jenseits der Möglichkeiten, die eine Standardisierung bietet, sollte man auch immer mögliche Grenzen im Blick haben. Die beginnen zum Beispiel dort, wo die eigene Marke Gefahr läuft, durch die Kooperation zu verwässern.

Abhängig von der Komplexität der konkreten Aufgabenstellung muss die geeignete Kooperationsform gewählt werden. Bei Thüga praktizieren wir verschiedenste Formen der Zusammenarbeit: von der losen Zusammenarbeit bis zur ausgeprägten Standardisierung. Das kann über einen schlichten Rahmenvertrag geschehen oder, wie aufgezeigt, über Beteiligungen bei Start-ups oder gemeinsame Plattformen. Kooperationen sind kein Allheilmittel, aber sie sind gerade auf regionaler und kommunaler Ebene ein Erfolgsfaktor im Wettbewerb. Und nicht zuletzt können die Stadtwerke mit Kooperationen auf allen Gebieten auch weiterhin einen starken Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten.



Michael Riechel
Vorstandsvorsitzender
der Thüga AG

Sauguad, wia mia alle zammhalten!

Wir gratulieren zum Jubiläum und freuen uns auf weitere 70 Jahre VKU.

www.esb.de

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

Lieber VKU, nun bist Du 70 Jahre alt und kein bisschen leise. Das ist auch gut so! Wir selbst sind vor über 90 Jahren als Gemeindeverbund gegründet worden und bündeln die Ver- und Entsorgungsleistungen für mittlerweile 60 Gemeinden sowie den Kreis Ostholstein und vertreten ihre Interessen. Wir wissen also, wie wichtig es ist, sich mit Gleichgesinnten zusammenzuschließen, um gemeinsam Ziele zu erreichen.

Unser Geschäft ist die Daseinsvorsorge. Das klingt zunächst eher nüchtern, wer sich aber näher damit auseinandersetzt, merkt schnell, was sich hinter diesem Begriff versteckt: Die kommunalen Unternehmen halten Deutschland am Laufen. Das aufzuzeigen, daran arbeitet der VKU seit 70 Jahren beharrlich und erfolgreich.

Daseinsvorsorge – für uns heißt das in erster Linie, da zu sein für unsere KundInnen und die BürgerInnen in unserem Verbandsgebiet. Wir wollen, dass Menschen auch in Zukunft gut in der Region leben können. Dafür arbeiten über 530 KollegInnen Tag für Tag, das ganze Jahr über. Dass wir dabei nicht nur auf uns selbst gestellt sind, dafür sorgt der VKU. Er setzt sich auf regionaler und nationaler, aber auch europäischer Ebene für die Belange kommunaler Unternehmen ein. Der VKU versteht es, uns immer wieder auf die politische und die öffentliche Bühne zu setzen und wirksam zu inszenieren. Er gibt uns wichtige Rückendeckung für unsere tägliche Arbeit vor Ort.

Immerwährend wichtige Aufgaben

Unser Geschäft kommt nie aus der Mode. Ganz im Gegenteil: Heute sind Themen wie Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz aktueller denn je. Mit unseren Leistungen sorgen wir für die Grundpfeiler modernen Lebens in einer bei Einwohnern und Urlaubern beliebten Region: mit sauberem Trinkwasser, einer warmen Heizung, schnellem Internet, einer umweltschonenden Entsorgung von Müll und einer gewissenhaften Aufbereitung von Abwasser.

Was uns beim ZVO antreibt, ist das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse für die Menschen zu schaffen, ganz gleich wo sie wohnen – ob in der Stadt oder in ländlichen Gebieten. Die wenigsten würden heute in ein Haus ziehen, das keinen Strom- oder Trinkwasseranschluss hat. Ähnliche Ansprüche entwickeln sich gerade, was den Anschluss ans schnelle Internet angeht.

Die Gesellschaft entwickelt sich weiter und damit ihre Bedürfnisse. Auch der Klimawandel hinterlässt seine Spuren, sei es bei

Starkregenereignissen oder Hitzesommern, die unter anderem die Abwasserbeseitigung und Trinkwasserversorgung vor erhebliche Aufgaben stellt. Dem Klimawandel ist es nämlich gleichgültig, ob Menschen auf dem Land oder in der Stadt wohnen. Die Herausforderung für uns als kommunale Unternehmen wird es sein, hier Lösungen zu entwickeln und Innovationen mit voranzutreiben, die auch in mehreren Jahrzehnten noch Bestand haben.

Dabei einen starken Branchenverband wie den VKU an der Seite zu haben, der die kom-

munale Familie zusammenbringt, um sich gemeinsam Fragestellungen anzunehmen und an Lösungen zu arbeiten, ist unerlässlich und schafft wichtige Synergieeffekte. Diese Solidarität hilft jedem von uns, sein Geschäft vor Ort erfolgreich weiterzuentwickeln, denn hier kennen wir uns am besten aus und wissen, was gebraucht wird.

Beide Seiten sind für das gute Zusammenspiel verantwortlich. So hat der VKU ein offenes Ohr für die Anliegen seiner Mitgliedsunternehmen, und wir tun gut da-

ran, uns entsprechend einzubringen. Ich bin überzeugt, bei übergeordneten Aufgaben kommen wir nur gemeinsam voran und profitieren davon, dass der Verband unsere Interessen bei politischen Entscheidungen vertritt und gekonnt in der öffentlichen Wahrnehmung platziert.

Wir halten Deutschland am Laufen

Oft wird unsere Arbeit als selbstverständlich hingenommen. Was es aber bedeutet, zuverlässig Tag für Tag diese Leistungen abzuliefern, das können wir nur durch kontinuierliche Kommunikation in die Köpfe und Herzen unserer Kunden bringen. Gerade in den vergangenen Jahren hat es der VKU verstanden, unsere wichtige Arbeit aus dem »stillen Kämmerlein« herauszuholen und überregionale Aufmerksamkeit darauf zu lenken. Das hat auch zu einem Selbstverständnis geführt, dass wir heute mit Überzeugung sagen: Wir halten Deutschland am Laufen!

Dass der VKU trotz seiner 70 Jahre noch längst nicht zum alten Eisen gehört, merkt man auch daran, dass er aktuelle Trends aufgreift, als Impulsgeber für Neuerungen agiert oder auch innovative Lösungen selbst entwickelt – von der Crowdfunding-Plattform bis zur Serviceplattform KommunalDigital. Mit der digitalen Transformation der Kommunalwirtschaft wartet eine weitere wichtige Zukunftsaufgabe auf uns, die keines unserer Unternehmen gänzlich allein bewältigen muss.

Lieber VKU, bleib weiterhin so agil, hab immer ein offenes Ohr, misch Dich ein, geh voran – so können wir gemeinsam noch viel bewegen.



Sauberes Trinkwasser: Stadtwerke sind im Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz tätig – für Einwohner und Touristen.

Bild: Shutterstock

»Der VKU versteht es, uns wirksam zu inszenieren«

Gleichwertige Lebensverhältnisse Bei übergeordneten Aufgaben kommen wir nur gemeinsam voran



Gesine Strohmeier
Verbandsvorsteherin des
Zweckverband Ostholstein
(ZVO)

GELEBTE KOMMUNALE PARTNERSCHAFT

VERANTWORTUNGSBEWUSST FÜR MENSCHEN, UMWELT UND REGIONEN

Gelsenwasser ist ein Umweltunternehmen aus dem Ruhrgebiet und zu 98 Prozent in kommunaler Hand. In mehr als 70 Städten und Gemeinden ist Gelsenwasser in der Wasser- und Energieversorgung sowie in der Abwasserentsorgung tätig. Zudem bietet Gelsenwasser eine Vielzahl an Dienstleistungen im Bereich Infrastruktur an und kooperiert mit rund 30 Versorgungsunternehmen.

Die enge Zusammenarbeit mit Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge sorgt für eine hohe Effizienz, die Entlastung der öffentlichen Haushalte und für angemessene Preise und Gebühren.

Mit mehr als 80 Partnerunternehmen verfügt Gelsenwasser über ein breites Netzwerk, um komplexe Projekte umzusetzen und individuelle Lösungen anzubieten.

www.gelsenwasser.de



1985

November: Die öffentliche Wasserwirtschaft verabschiedet ein neues Grundsatzprogramm. Daran sind neben dem VKU der BDEW-Vorgänger Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) und der DVGW beteiligt. Die Kernforderungen: das Vorsorge- und das Verursacherprinzip.

1986

Am 26. April explodiert im nordukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl der Reaktor des Blocks 4. Radioaktiver Niederschlag verbreitet sich weiträumig vor allem über Nord- und Mitteleuropa.

1987

Juni: Sechstes Hauptgutachten der Monopolkommision. Zur Bekämpfung von Konzentration im Energiesektor soll der Querverbund aufgelöst werden. Doch der VKU setzt sich durch: Gerade die Zerschlagung des Querverbunds fördere die Konzentrationstendenz.

1988

In Baden-Württemberg wird der »Wasserpfeffig« eingeführt. Aus dieser Abgabe für die Nutzung von Grundwasser werden Zahlungen an Landwirte geleistet, die durch die Ausweisung von Wasserschutzgebieten Einnahmeausfälle haben.

1989

14. September: Gründung der ASEW – »Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung« im VKU.



Lebenswerte Stadt der Zukunft

Smart City Die Wiener Stadtwerke forschen intensiv zur Frage, wie eine starke Rolle in der »intelligenten Stadt« aussehen könnte

Vor 70 Jahren wurden aus den darniederliegenden Resten städtischer Infrastruktureinrichtungen die Wiener Stadtwerke gegründet. Glücklicherweise noch immer im Eigentum der Stadt, blickt das Unternehmen heute auf eine wahre Erfolgsgeschichte zurück und stellt sich mit konkreten Zukunftsstrategien auf spannende Zeiten ein. Die Geschichte der Wiener Stadtwerke reicht zurück bis ca. 1900, als die Elektrizitätswerke, die Gas- und Stromversorgung sowie die Verkehrsbetriebe kommunalisiert wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg gesellten sich sukzessive die Fernwärme und so unterschiedliche Geschäftsfelder wie Bestat-

tung und Friedhöfe oder Garagen zum Portfolio. Vor 40 Jahren nahm die erste Wiener U-Bahn-Linie den Betrieb auf. Ab den 1960er Jahren entstanden große KWK-Kraftwerke und Landmarks wie die Hundertwasser-Müllverbrennungsanlage Spittelau. 50 Jahre nach ihrer Gründung werden die Wiener Stadtwerke 1999 aus der Gemeindeverwaltung ausgegliedert und zur Aktiengesellschaft, seit 2017 sind die Wiener Stadtwerke eine GmbH und damit noch besser vor Privatisierung geschützt. Lassen wir kurz Zahlen sprechen. 70 Jahre nach der Gründung gehören die Wiener Stadtwerke mit einem Umsatz von 3,5 Mrd.



Wien: Die vor 70 Jahren gegründeten Wiener Stadtwerke befinden sich noch immer im Eigentum der Stadt.

Bild: Shutterstock

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

Energie gewinnt!

Wir wurden ausgezeichnet von:

Vor 70 Jahren wurde der VKU, unser Verband kommunaler Unternehmen, in Hessen gegründet.

Wir sind stolz, dabei zu sein. Als Mitglied und mit unserer eigenen, fast 90-jährigen Geschichte als Energieversorger aus Wiesbaden.

ESWE Versorgung bietet Dienstleistungen für Hessen und ganz Deutschland.

www.eswe-versorgung.de

Euro und 15 000 MitarbeiterInnen zu den 25 größten Unternehmen Österreichs. 822 000 der knapp zwei Millionen WienerInnen besitzen eine Öffi-Jahreskarte um 365 Euro, die Wiener Linien befördern mit 1100 Fahrzeugen 2,6 Mio. Fahrgäste pro Tag, das sind 38 Prozent Anteil am Modal Split in Wien.

Die Netzgesellschaft Wiener Netze ist für 28 900 Kilometer Netze (Strom, Gas, Fernwärme) verantwortlich und sorgt mit einer Netz-Zuverlässigkeit von 99,99 Prozent für höchste Versorgungssicherheit. Eine Million Haushalte werden von Wien Energie mit Strom und Gas versorgt, 380 000 Wohnungen und Großkunden erhalten Fernwärme. Wipark ist mit 23 000 Stellplätzen Wiens größter Garagenbetreiber. Bestattung und Friedhöfe sorgen für 12 000 Bestattungsleistungen im Jahr, es werden 550 000 Grabstellen auf 46 Friedhöfen betreut.

»»

Die Wiener Stadtwerke erzielen sechs Prozent der direkten Wertschöpfung der Stadt.

Europaweites Vorbild

Beeindruckende Zahlen, die dennoch weniger aussagekräftig sind als so manches internationale Ranking, in dem Wien den Spitzenplatz erobert. Klar ist: Die Wiener Stadtwerke sind das Fundament der vielgepriesenen Lebensqualität in der Stadt. Der Konzern ist Wirtschaftsmotor und Top-Arbeitgeber in der Region, bildet hunderte Lehrlinge zu Arbeitskräften der Zukunft aus und ist für sechs Prozent der direkten Wertschöpfung der Stadt verantwortlich. Das Wiener Modell der Daseinsvorsorge in einer starken kommunalen Hand ist heute europaweites Vorbild. Von Hamburg bis London erfolgten viele Rekommunalisierungen in den Sektoren Energie, Wasser und Abfall, weil die Qualität der privaten Leistungen nicht stimmte, die Preise zu hoch und obendrein die Arbeitsbedingungen schlecht waren. Wien ist da anders.

Eine funktionierende Infrastruktur braucht permanente Investitionen. Die Wiener Stadtwerke nehmen in den kommenden fünf Jahren über vier Milliarden Euro in die Hand, um den Ausbau in den Bereichen Mobilität und Energie voranzubringen. Große Schwerpunkte sind der Ausbau der Öffis (U2xU5) sowie Investitionen in erneuerbare Energieträger. Bis zum Jahr 2030 sollen zusätzliche 600 Megawatt PV-Leistung Sonnenstrom für 250 000 Haushalte gebaut sein. Bleibende Werte für Generationen,

»»

Bis 2030 werden zusätzlich 600 Megawatt Photovoltaik-Leistung gebaut.

die nicht zuletzt den großen Herausforderungen der nächsten Jahre geschuldet sind. Denn globale Megatrends wie Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, Digitalisierung und Klimawandel werden die Wiener Stadtwerke, wie so viele andere Unternehmen, noch viele Jahre auf Trab halten. Wie die Smart City der Zukunft und eine möglichst starke Rolle der Stadtwerke darin aussehen könnte, steht seit geraumer Zeit im Zentrum der Forschungs- und Innovationsbemühungen.

Hand aufs Herz: Es ist nicht immer alles so leicht in Wien, wie es dieser kurze Abriss vermuten lässt. Die Wiener Stadtwerke buhlen in hart umkämpften Märkten um Kunden, Rückstellungen für zukünftige Pensionsleistungen engen den wirtschaftlichen Spielraum ein. Zum 70-jährigen Jubiläum des Verbands kommunaler Unternehmen, dessen Mitglied auch die Wiener Stadtwerke sind, kann man nichtsdestotrotz die selbstbewusste Botschaft übermitteln: Ohne kommunale Unternehmen wäre die Gesellschaft ungleicher, viele Leistungen nicht mehr für alle Bevölkerungsschichten oder in bedeutend schlechterer Qualität verfügbar.

Das sollte man nicht kleinreden. Es ist lohnenswert und schön, in einem Unternehmen in öffentlichem Eigentum die lebenswerte Stadt der Zukunft gestalten zu können. Auf möglichst erfolgreiche kommende Jahrzehnte im Dienste aller!



Martin Krajcsir (l.) ist Generaldirektor, Peter Weinelt ist Generaldirektor-Stellvertreter der Wiener Stadtwerke

1990

22. August: Die DDR-Regierung schließt mit westdeutschen Energiekonzernen die »Stromverträge« zur Übernahme der Energiekombinate ab. Kommunen dürfen nur Minderheitsanteile halten.
9. Nov.: Der VKU beschließt den Bau eines zweiten Verwaltungsgebäudes in Köln.
20. Nov.: Das Bundesverwaltungsgericht kippt kommunalfeindliche Regelungen beim Konzessionsabgaben-Recht.

1991

Der Verband nimmt bei der Mitgliederversammlung die Entsorgung als neue Aufgabe in seine Satzung auf. Die Landesgruppen des VKU in den ostdeutschen Bundesländern entstehen.



1992

27. Okt.: Mündliche Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts über die Kommunalbeschwerde gegen die »Stromverträge« von 1990 in Stendal. Ergebnis ist ein Vergleichsvorschlag: Kommunen sollen örtliche Versorgungsanlagen erhalten und dafür auf Gesellschaftsanteile an Regionalversorgern verzichten. Dies war die Basis für den Aufbau von Stadtwerken in Ostdeutschland.

1993

Zu Jahresbeginn tritt infolge eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts eine versorgerfreundliche Reform der Konzessionsabgaben-Verordnung in Kraft.
Juni: Der VKU gründet die Arbeitsgemeinschaft Entsorgung in kommunalen Unternehmen (»Arge Entsorgung«).

1994



Felix Zimmermann
Hauptgeschäftsführer des VKU 1989-1999



E-Autos, E-Bikes und E-Scooter: Entega engagiert sich für die saubere Mobilität.
Bild: Entega

Foto: Entega

Mit 70 mitten im Wandel

Stabile Grundversorgung Die kommunalen Versorger treiben nicht nur die Energiewende voran. Als Infrastrukturdienstleister beschleunigen sie auch die Verkehrswende

Was haben das Grundgesetz, der Vespa-Roller, die Schauspielerinnen Meryl Streep und der VKU gemeinsam? Sie alle feiern in diesem Jahr ihren 70. Geburtstag! Mindestens dem VKU kann ich dafür an dieser Stelle herzlich gratulieren. Und sicher ist es kein Zufall, dass der Verband exakt dasselbe Geburtsjahr hat wie die Bundesrepublik Deutschland. Ohne eine stabile Grundversorgung wären weder das Wirtschaftswunder denkbar gewesen noch eine nachhaltige politische Entwicklung. Dass Strom, Wasser und Gas als Grundlagen des modernen Lebens von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden und dem Auf und Ab der Märkte nur bedingt ausgeliefert sind, gehört zu den Kennzeichen der sozialen Marktwirtschaft in unserem Land und schafft Sicherheit für die Menschen.

Energiewende hat historische Dimension
Daran hat sich bis heute nichts geändert – auch wenn sich ansonsten fast alles geändert hat. Besonders der nahezu gleichzeitige Ausstieg aus Kernkraft und Kohleverstromung macht die Energiewende zu einem Projekt von historischem Ausmaß, das ohne die kommunalen Versorgungsunternehmen nicht zu stemmen wäre. Sie gewährleisten auch unter erschwerten Bedingungen Versorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger. Sie erzeugen Energie auf konventionellen ebenso wie alternativen Wegen; sie entwickeln innovative Technologien, von der intelligenten Netzsteuerung bis hin zum Ausbau von Netzkapazitäten, und sie leisten beträchtliche Beiträge im Kampf gegen den Klimawandel.



Wir unterstützen die Anschaffung der Ladestationen mit einem Förderbetrag in Höhe von 200 Euro.

Das alles macht die kommunalen Versorger schon heute zum Treiber der Energiewende. Aber es macht sie in wachsendem Umfang auch zum Treiber der dringend notwendigen Verkehrswende. Denn: Allein kann die Energiewirtschaft die Erreichung der Klimaziele nicht sicherstellen. Auch alle anderen Sektoren müssen ihren Beitrag leisten, insbesondere der Verkehrssektor. Aber auch er kann sich auf die kommunalen Versorger verlassen, wie nicht zuletzt das Beispiel der Entega zeigt.

Noch Anfang 2017 gab es in ganz Hessen 642 öffentlich zugängliche Ladepunkte. In nur einem Jahr haben wir gemeinsam mit dem hessischen Wirtschaftsministerium diesen Bestand um 109 Ladepunkte mit 218 Ladepunkten erhöht. Das entspricht einem Zuwachs von 33 Prozent innerhalb eines Jahres. Und: Es ist ein wichtiger Beitrag zur Lösung des viel diskutierten Henne-Ei-Problems: Weil zu wenige Lademöglichkeiten bereitstehen,



Unternehmen, die eine größere Umrüstung planen, bieten wir ein Ladeinfrastruktur-Audit an.

kaufen zu wenige Menschen Elektroautos. Und weil es zu wenige E-Autos gibt, kommt der Ausbau der Ladestationen nicht voran. Noch immer werden deshalb von deutschlandweit rund 60 Mio. Kraftfahrzeugen nur 83 200 elektrisch angetrieben. Auch wenn dies verglichen mit 2017 eine Steigerung von über 50 Prozent bedeutet, ist es noch deutlich zu wenig, um nach der Energiewende auch die Verkehrswende einzuleiten.

Öffentliches und privates Engagement
Der Ausbau der Ladeinfrastruktur muss deshalb weitergehen – und der VKU hat die Rahmenbedingungen dafür klar beschrieben: eine fair ausbalancierte Mischung aus Netzausbau durch die öffentlichen Versorger einerseits sowie ein dynamisches Lade- und Lastmanagement inklusive Pufferspeichern aufseiten des Ladepunktbetreibers andererseits. Öffentliches und privates Engagement müssen auf diese Weise Hand in Hand gehen, wenn die Verkehrswende vorankommen soll.

Aber: Auch das private Engagement wird von den kommunalen Unternehmen unterstützt. Bei Entega zum Beispiel können Privatkunden verschiedene Ladestationen für Zuhause erwerben. Wir unterstützen die Anschaffung der Ladestationen mit einem Förderbetrag in Höhe von 200 Euro. Außerdem bieten wir unseren Kunden eine Entega-Ladekarte. Damit können sie Ökostrom für nur 40 Euro im Monat an 7500 Ladepunkten in ganz Europa tanken – so oft sie möchten. Allein in Deutschland stehen dazu bereits 2770 Ladepunkte zur Verfügung.

Und auch gewerbliche Kunden haben verschiedene Ladestationen für Autos und E-Bikes zur Auswahl. Das Besondere dort: Neben dem Kauf bieten wir auch ein Contracting an, das heißt, sie können eine Ladestation in einem Rundum-sorglos-Paket mieten. Dann übernehmen wir neben der Installation auch den Betrieb, die Wartung und die Abrechnung. Außerdem sorgen wir dafür,

dass die Ladesäule in verschiedenen Portalen auffindbar ist. Unternehmen, die eine größere Umrüstung planen, bieten wir zudem ein Ladeinfrastruktur-Audit an.

Wir bei Entega sind sicher: Neben Energie- und Wasserversorgung sind wir auch Infrastrukturdienstleister der Zukunft. Wir stehen für moderne Daseinsvorsorge in allen für das Leben wichtigen Bereichen.



Marie-Luise Wolff
Vorstandsvorsitzende der Entega AG

Wir begeistern mit Energie.

70 Jahre

und kein bisschen leise:

Wir gratulieren dem VKU zum Jubiläum und wünschen für die Zukunft viel Energie.

www.mvv.de

Immer in Bewegung...

Historische Bilder Vieles hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert bei der Versorgung der Bürger mit Strom, Gas, Wärme oder Wasser

Stromabsatz fördern:
Als an AStW und Energiesparen noch nicht zu denken war, betrieben die Versorger Absatzförderung: Wie bitte? Sie haben immer noch keinen Kühlschrank? Dann wird es jetzt aber Zeit, wirbt die damalige GEW aus Köln in den 50-er Jahren mit ihrem Infomobil. Bild: ZfK-Archiv



Im Notfall schnell vor Ort:
Die Männer von der Rohrnetzwerke der Frankfurter Gasgesellschaft rückten aus, wenn es irgendwo nach Gas roch – hier auf einem Bild aus dem Jahr 1924. Bild: Mainova

Als Rechner noch keine Elektronen im Hirn hatten:
Dieses Bild seriöser Herren aus dem Jahr 1910 zeigt die Buchhaltung der Stadtwerke Düsseldorf. Bild: Stadtwerke Düsseldorf



Man will's ja schön warm haben:
Stadtgas war in den 50er Jahren ein mühsames Kleingeschäft. Viele verwendeten es nur zum Kochen – geheizt wurde mit Kohle oder Koks. Im Bild freuen sich die Technischen Werke Stuttgart über ihre 1000. Heizgaskundin. Bild: ZfK-Archiv

WEMAG

Menschen. Machen. Energie.

www.wemag.com



Herzlichen Glückwunsch!

Wir wünschen dem VKU alles Gute zum 70. Jubiläum.

... im Dienst an den Kunden



Erleuchtung mit der Isetta: Ein Mitarbeiter der Main-Gaswerke aus Frankfurt repariert eine Gasleuchte der öffentlichen Straßenbeleuchtung.
Bild: Mainova



Besuch vom Kanzler: 1978 weiht der VKU in Köln seine neu gebaute Zentrale in der Brohler Straße ein – im Beisein von Bundeskanzler Helmut Schmidt.
Bild: VKU-Archiv



Dem Sturm sei Dank: Sie kommt, sie kommt nicht, sie kommt... Eigentlich hätte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2017 in den USA sein müssen – doch ein Schneesturm verhindert die Landung. So hat die Kanzlerin Zeit, den VKU bei seiner Verbandstagung 2017 zu besuchen.
Bild: VKU



Kanal mit Ei-Profil: Ganz schön eng ging es manchmal in der Kanalisation der 50er Jahre zu – hier ein Bild aus Würzburg.
Bild: Stadtwerke Würzburg

Wolfgang Treis
Oberbürgermeister der Stadt Mayen

**„Die STEAG-Lösung für uns lag recht nahe:
In einer Papierfabrik rund 2 Kilometer von hier.“**

STEAG New Energies ist einer der größten Entwickler und Betreiber von Wärmenetzen in Deutschland. Im rheinland-pfälzischen Mayen betreiben wir mit Partnern ein Wärmenetz, das die anfallende Abwärme aus der örtlichen Papier- und Kartonproduktion effizient nutzt. Kommunen schätzen uns als wertvollen Partner, wenn es darum geht, technologieoffene, effiziente und klimafreundliche Energie- und Wärme-Konzepte zu erarbeiten. Sprechen Sie uns an, gemeinsam finden wir die beste Lösung für Ihre Kommune.

www.steag-newenergies.com

steag
NEW ENERGIES



1995

Juli: Der VKU gründet die »Arbeitsgemeinschaft Telekommunikation«, nachdem der Verband kurz zuvor die Telekommunikation in seinen Katalog der satzungsmäßigen Aufgaben aufgenommen hatte.

1996

7. Oktober: Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz entzieht den Kommunen mit den Bau- und Gewerbeabfällen sowie den haushälterischen Gewerbeabfällen wichtige Zuständigkeiten.

1997



»Gelbe Säcke«

1998

29. April: Der deutsche Strommarkt wird ohne Übergangsfrist dem Wettbewerb geöffnet.



Gerhard Widder
Oberbürgermeister von Mannheim, VKU-Präsident 1996–2007

1999

Der Verband startet seine erste Dachmarken-Kampagne unter dem Motto »Stadtwerke – wir sind da«.

Das Bremer Modell für die Stadtreinigung

Rekommunalisierung 20 Jahre lang waren die Abfalllogistik und die Straßenreinigung in privater Hand. 2018 hat sich der Stadtstaat für die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts mit zwei Public-Private-Partnership-Gesellschaften entschlossen

Die Freie Hansestadt Bremen hat sich nach 20 Jahren privatisierter Abfalllogistik und Straßenreinigung für eine Rekommunalisierung entschieden. Das Kommunalunternehmen »Die Bremer Stadtreinigung AöR« ist seit 1. Januar 2018 für Abfallentsorgung und Stadtsauberkeit in Bremen verantwortlich. Seit 1. Juli 2018 sind ferner zwei Public-Private-Partnership-Gesellschaften für das operative Geschäft der Abfalllogistik und Straßenreinigung/Winterdienst in Bremen zuständig.

Anderthalb Jahre ist es her, dass zum 1. Januar 2018 Die Bremer Stadtreinigung, Anstalt des öffentlichen Rechts, gegründet wurde. Es ist eines der größten Rekommunalisierungsprojekte der deutschen Entsorgungswirtschaft. Mit über 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist das kommunale Unternehmen verantwortlich für die Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit in Bremen. Die Gründung des neuen Betriebs stellt die Weichen zu mehr kommunalem Einfluss bei der Aufgabenwahrnehmung in Bremen.

Kommunal-private Partnerschaft
Ende 2018 wurden im Bremer Rathaus die Leistungsverträge für den operativen Start im Juli 2019 unterzeichnet. Daniela Enslein, Vorstand Die Bremer Stadtreinigung AöR und Geschäftsführerin von Abfalllogistik Bremen (ALB) und Straßenreinigung Bremen (SRB), Dirk Peter und Hans-Dieter Wilcken, beide Geschäftsführer der Nehlsen GmbH & Co. KG, sowie Volker Ernst, Geschäftsführer von ALB und SBR, besiegelten mit ihren Unterschriften für die Abfalllogistik und



Vertragsunterzeichnung im Bremer Rathaus: (v. l.) Dirk Peter, Geschäftsführer Nehlsen, Volker Ernst, Geschäftsführer ALB und SRB, Daniela Enslein, Vorstand Die Bremer Stadtreinigung und Geschäftsführerin von ALB und SRB, und Hans-Dieter Wilcken, Geschäftsführer Nehlsen.

Fotos: Tristan Vankann, Bremer Stadtreinigung



Recycling: 16 Bremer Stationen sind jetzt in kommunaler Hand.

Das **WIR** schafft **Energie**

#ischso

badenova
Energie. Tag für Tag

Straßenreinigung/Winterdienst und die damit verbundenen Veräußerungen der Mehrheitsanteile an den gemeinsamen PPP-Gesellschaften Abfalllogistik Bremen GmbH und Straßenreinigung Bremen GmbH den Weg in das Bremische Entsorgungsmodell. Die Geschäftsführung der beiden neuen Gesellschaften haben Daniela Enslein von kommunaler und Volker Ernst von privater Seite übernommen.

Investitionen in den Fuhrpark
Von der wendigen Kehrmaschine bis zum leistungsstarken Müllwagen: Insgesamt wurden 15,2 Millionen Euro in neue Fahrzeuge investiert. Elf Millionen davon flossen in den Fuhrpark für die Abfalllogistik der Müllabfuhr, 4,2 Millionen in den Fuhrpark der Straßenreinigung und des Winterdienstes. Damit wurden die Bedingungen von Die Bremer Stadtreinigung aus den Leistungsverträgen erfüllt. Die Bremer Stadtreinigung hat mit vier E-Pkw, einem E-Kastenwagen und zwei E-Bikes ebenfalls in die Zukunft investiert. Das Unternehmen setzt auf eine moderne, umweltfreundliche Technik, die die Arbeit für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleichtert sowie die Sicherheit erhöht.

Vielfältige Aufgaben
Die Bremer Stadtreinigung organisiert die Logistik und Entsorgung von 390.000 Restmüll-, Bio- und Papiertonnen. Über 40.000 Spermüllabfuhrungen werden jedes Jahr terminiert und durchgeführt. Fast 300 Containerplätze werden bereitgestellt und gepflegt. Zur Sauberhaltung unserer schönen Hansestadt reinigt Die Bremer Stadtreinigung 2420 Kilometer öffentliche Straßen und Radwege, leert 3600 öffentliche Abfallkörbe, sammelt Schrotträder und unzulässige Ablagerungen ein. Zu ihren Aufgaben gehören weiterhin die öffentlichen Toiletten, ein Kontroll- und Beratungs- sowie der Winterdienst. Hinzu kommen insgesamt 16 Recycling-Stationen in Bremen, die von Die Bremer Stadtreinigung betrieben werden.

Für die wertvollsten Multiplikatoren, die Kinder und Jugendlichen, sucht Die Bremer Stadtreinigung immer wieder neue pädagogische Wege, um ihnen die Themen Abfall-

vermeidung, Mülltrennung und Recycling nahezubringen: Für Schulen hat Die Bremer Stadtreinigung außerschulische Lernorte entwickelt. Diese beinhalten eine Fahrt zu diversen Entsorgungsanlagen bei der »Tour de Müll« oder den Besuch einer interaktiven Ausstellung zum Thema Ressourcen und Nachhaltigkeit bei der »Tour Global«. Für die Zielgruppe Kindergarten und Grundschule gibt es einen Verleih-Lernkoffer voller Spiele, Bücher und Filme, anhand derer die Themen Müll, Trennung, Vermeidung spielerisch erarbeitet werden können. Auch ein Repair Café wird in verschiedenen Stadtteilen auf den Recycling-Stationen angeboten.

Digitalisierung des Unternehmens
Mit all unseren Leistungen bieten wir den Bremerinnen und Bremern einen optimalen Service und sind der kompetente Ansprechpartner, wenn es um Abfallentsorgung und Stadtsauberkeit geht. An den zukünftigen Herausforderungen wie der digitalen Ausrichtung des Unternehmens sowie der Optimierung der Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit in Bremen arbeiten wir kontinuierlich und engagiert. Hierbei ist der VKU für uns ein hilfreicher Partner und Impulsgeber.

Wir danken dem VKU anlässlich seines 70-jährigen Bestehens für seine Unterstützung und wünschen uns weiterhin eine gute Partnerschaft in der Zukunft.



Insa Nanninga
Vorstand Die Bremer Stadtreinigung



Daniela Enslein
Vorstand Die Bremer Stadtreinigung, Geschäftsführerin Abfalllogistik Bremen und Stadtreinigung Bremen

2000

Das »Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) tritt in Kraft.



2001



Handelsraum der Energiebörse EEX

2002

Der VKU gründet in Brüssel ein eigenes Europa-Büro.
Der Strom-Terminmarkt startet in Frankfurt, in Leipzig steht er in den Startlöchern.
Die Leipzig Power Exchange (LPX) und die European Energy Exchange (EEX) aus Frankfurt fusionieren zur EEX mit Sitz in Leipzig.

2003

Der 1912 gegründete Verband kommunaler Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (VKS) wird mit dem VKU verschmolzen und nennt sich »VKS im VKU«.

2004



Michael Schöneich
Hauptgeschäftsführer des VKU
2000–2007

Die Bedeutung der lokalen Ebene nimmt zu

Systemdienstleistungen Der Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz rüstet seine Infrastruktur für die erneuerbaren Energien aus, zum Beispiel mit der Thüringer Strombrücke



Südwest-Kuppelleitung: Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff bei der Freischaltung der Thüringer Strombrücke.
Bild: Jörg Carstensen/dpa

Herzlichen Glückwunsch zum 70. Geburtstag! Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) feiert in diesem Jahr ein rundes Jubiläum – hierzu möchte ich als Vertreter eines Übertragungsnetzbetreibers recht herzlich gratulieren. Im Vergleich zum VKU stecken wir bei 50Hertz noch in den Kinderschuhen, denn unter diesem Namen firmieren wir erst seit 2010. Der VKU ist ein wichtiger Verband in unserer Branche, vertritt er doch unter anderem die Interessen der Stadtwerke und auch der Verteilnetzbetreiber (VNB).
In unserer Regelzone mit den Städten Hamburg und Berlin sowie den ostdeutschen Flächenländern läuft die Zusam-

menarbeit mit dem VKU sehr konstruktiv und vertraulich. So wurde 2014 in einem »10-Punkte-Programm« eine Kooperation bei den sogenannten Systemdienstleistungen beschlossen. Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Erzeugung erneuerbarer Energien und der damit verbundenen Einspeisung volatiler Energieflüsse bildet das Programm eine notwendige Arbeitsgrundlage, damit wir gemeinsam den Herausforderungen der Energiewende gerecht werden können. Dies spiegelt sich auch in unserer Regelzone wider, dort beträgt der Anteil regenerativ erzeugter Energie am Gesamtverbrauch im Jahr 2018 bereits 56,5 Prozent.

Die VNB stehen durch die Energiewende vor ebenso großen Aufgaben wie wir. Mehr als 90 Prozent der rund 1,7 Mio. Erneuer-



Wir müssen über alle Netzebenen zusammenarbeiten.

bare-Energien-Anlagen sind am Verteilnetz angeschlossen – und mit dem Thema Sektorkopplung und speziell der E-Mobilität wird

klar, dass die Bedeutung der Verteilnetze beziehungsweise der lokalen und regionalen Ebene zugenommen hat und weiter zunehmen wird.

Ebenso wie das Verteilnetz muss das Übertragungsnetz ausgebaut und verstärkt werden. Hier gibt es auch bei 50Hertz das eine oder andere Projekt, dessen Umsetzung schneller verlaufen könnte. Aber im Großen und Ganzen kommt der Netzausbau bei uns recht gut voran, die »Thüringer Strombrücke« sei hier erwähnt. Manchen Unkenrufen zum Trotz »performen« wir also gar nicht so schlecht.

Insgesamt bin ich überzeugt, dass wir zum Bewältigen der Herausforderungen einer dekarbonisierten Welt über alle Netzebenen

konstruktiv zusammenarbeiten müssen. Dann können wir auch in Zukunft das Gesamtsystem sicher betreiben und unseren Beitrag zu einer gesicherten und zuverlässigen Stromversorgung für unsere Gesellschaft leisten.



Frank Golletz
Vorsitzender der Geschäftsführung von 50Hertz

Jubiläum des VKU

Fortsetzung von Seite 1 Die Geschichte des VKU ist so spannend wie die Geschichte der Bundesrepublik



Kölnener VKU-Zentrale 1978: Zur Einweihung kam der damalige Bundeskanzler Schmidt. Bild: VKU-Archiv

Liberalisierung der Energiemärkte

Ende der 1990er Jahre änderten sich die europäischen Binnenmarktregeln für Strom und Gas. Die Märkte wurden liberalisiert. In vielen Städten wuchs die Sorge, unter diesen Bedingungen ihre Stadtwerke nicht mehr zukunftsicher betreiben zu können. Es kam zu zahlreichen Verkäufen der Werke oder zu starken Beteiligungen inländischer und ausländischer privater Versorgungsunternehmen. Der VKU versuchte, sich dagegen zu stemmen, oftmals vergeblich. Viele Städte bereuten später diese Schritte.

Inzwischen sind die VKU-Mitgliedsunternehmen in einem neuen Zeitalter angekommen, dem Zeitalter der Digitalisierung der technischen und wirtschaftlichen Vorgänge. Wieder müssen sich der Verband und seine Organe und Arbeitsgremien mit einem grundlegenden Problem seiner Existenz befassen. Die Mitarbeiter der Hauptgeschäftsstelle und der Landesgruppen werden auch diese Aufgabe erfolgreich lösen, wie die Männer und Frauen vor ihnen. Über diese Personen soll auch noch etwas gesagt werden. Der ganze VKU-Apparat hätte über die vergangenen 70 Jahre nicht funktioniert, hätte es nicht engagierte und kluge Menschen gegeben, die diese Arbeiten verrichteten.

Es war vielleicht eine Besonderheit dieses Verbandes, dass er seinen Mitarbeitern auch Spielräume für eine persönliche fachliche Entfaltung ließ. Manche von ihnen gaben

Rechtskommentare zu ihrem Fachgebiet heraus, andere betätigten sich auf ihrem Gebiet in wissenschaftlichen Gremien oder gaben ihr Wissen in Universitäten und Hochschulen weiter. Viele promovierten in dieser Zeit oder schlossen ihre Dissertationen ab.

Umzug in die Hauptstadt

Die finanzielle und damit personelle Ausstattung der VKU-Geschäftsstelle war anfangs recht bescheiden. Das entsprach der Situation in den Mitgliedsunternehmen. Auch die räumliche Situation war der damaligen Lage angemessen ärmlich. Erst 1978 bezog man ein eigenes Gebäude in Köln-Marienburg, immer in Nähe zum Städtetag und zur Bundesregierung in Bonn. Zur Einweihung des Gebäudes kam der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt höchstpersönlich mit dem Hubschrauber eingeflogen, ein Zeichen für die bis heute sehr guten Verbindungen des Verbands zur Politik des Bundes und der Bundesländer. Eine große Ehre erwies Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Rede auf der VKU-Jahrestagung 2017 in Berlin. Mit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin zog auch der VKU nach Berlin, zunächst in Mietobjekte am Hausvogteiplatz und Alexanderplatz, 2008 dann in ein eigenes Gebäude in der Invalidenstraße. Nicht alle Mitarbeiter konnten oder wollten den Umzug nach Berlin mitmachen.



Viele Städte bereuten später den Verkauf ihrer Stadtwerke.

Seit Beginn des VKU wurde Wert auf eine gute Veröffentlichungspraxis gelegt. In den früheren Jahren waren die sogenannten Gelbhefte wichtig für die fachliche Weitergabe grundlegenden Wissens an die Mitgliedsunternehmen und die Öffentlichkeit. Später kam auch noch eine wissenschaftliche Schriftenreihe des VKU (»Kommunalwissenschaftliche Forschung und Praxis«) dazu. Legendar ist die glückliche Verbindung des VKU zur Zeitung für kommunale Wirtschaft ZfK seit 1954. Aber das wäre schon wieder eine eigene Geschichte.
Wolf Gottschalk

KOOPERATIONSPARTNER FÜR STADTWERKE
 Beratung | Prozessabwicklung | IT

70 Jahre VKU

Wir gratulieren

„Citizen Value statt Shareholder Value: Die Familie der kommunalen Unternehmen ist das Kontrastprogramm zur Globalisierung – und der VKU macht diese Familie seit 70 Jahren stark. Zum runden Geburtstag gratulieren wir – auf VKU-angemessene Art: Vielfältig – bunt – von Mensch zu Mensch.“

rhenag
EnergieBündel. Seit 1872.

Stadtwerk mit eigenem Software-Unternehmen

IT-Dienstleistungen Die Stadtwerke Schwäbisch Hall haben dank ihrer IT-Schmiede eine einzigartige Konstellation. Ein Rückblick anlässlich des 20-jährigen Bestehens

Das die Dienstleistungssparte Sherpa-X der Stadtwerke Schwäbisch Hall 2019 ihr 20-jähriges Bestehen feiert, geriet auf der diesjährigen E-World im Trubel um die Einführung des neuen Produkts Heizkostenabrechnung ein wenig in den Hintergrund. Dabei ist es ein besonderes Jubiläum: 1999, nur ein Jahr nach dem Startschuss der Energiemarktliberalisierung, waren die Haller bereits als operativer Abwickler von Vertriebsprozessen für neue Energielieferanten tätig, die Endkunden in fremden Netzen versorgen wollten. Mit Greenpeace Energy als erstem Kunden fing alles an. Heute unterstützt der kommunale Versorger neben dem Kerngeschäft bundesweit rund 70 Strom- und Gasversorger mit über 400 000 Endkunden im After-Sales-Bereich.

Zwei Treiber der Digitalisierung

Ohne die Verdienste anderer Beteiligten zu schmälern, darf man zwei Personen hervorheben, die den Aufbau der Dienstleistungssparte maßgeblich vorantrieben und sie erfolgreich gemacht haben: Der visionäre Energiemanager *Johannes van Bergen*, von 1990 bis Anfang 2015 Geschäftsführer der Stadtwerke Schwäbisch Hall, baute in seiner Amtszeit das Unternehmen zum Vorreiter beim Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbaren Energien um und war Geburtshelfer zahlreicher kommunaler Neugründungen mit Schwäbisch Haller Beteiligung. Darüber hinaus hatte er den richtigen Riecher und den Mut, die Stadtwerke als Serviceprovider mit eigenständiger IT-Abteilung in Position zu bringen und damit ein ganz neues Geschäftsfeld zu entwickeln.

Von Beginn an involviert und Motor der Dienstleistungssparte war *Ronald Pfitzer*, seit 2012 neben *Gebhard Gentner* sowie bis 2015 neben van Bergen, Geschäftsführer der Stadtwerke Schwäbisch Hall und zuständig für Finanzen, Personal, Informationstechnologie, Energiehandel, Vertrieb und Marketing. 1992 war Pfitzer als IT-Freelancer zu den Stadtwerken gestoßen. Der Spezialist für Software-Entwicklung, zunächst verantwortlich für die IT-Ausrüstung der Mitarbeiter sowie den Ausbau der IT im Unternehmen, machte sich



Outsourcing: Von den IT-Dienstleistungen der Stadtwerke Schwäbisch Hall profitieren insbesondere Newcomer im Energiemarkt. Bild: SW Schwäbisch-Hall

schnell unentbehrlich. Mit seiner Festeinstellung 1995 wurde ihm zugleich die Leitung der Abteilung Planung/Projektierung und IT übertragen. Zu diesem Zeitpunkt hatte Pfitzer sein Entwicklertalent schon unter Beweis gestellt, indem er eine spartenübergreifende Abrechnungslösung für Sondervertragskunden erschuf, die lange Jahre operativ im Einsatz war.

Auftrag von Greenpeace

Mit dem Beginn der Liberalisierung 1998 und der gewonnenen Ausschreibung von Greenpeace Energy war Pfitzer als Entwickler erneut gefordert. »Wir hatten uns am Markt nach einer Software umgeschaut, die in der Lage wäre, die speziellen Anforderungen der neuen Prozesse im Stromvertrieb schlank abzubilden«, erinnert er sich. »Ein solches Tool war aber nicht verfügbar. Also habe ich begonnen, die Soft-

ware sukzessive selbst zu entwickeln. Zunächst konnte sie die Kunden nur bei den bisherigen Lieferanten und Netzbetreibern kündigen beziehungsweise anmelden. Weitere Module wie Abrechnung und Fahrplanmanagement folgten just in time mit dem Auftauchen entsprechender Anforderungen.«

Parallel begannen Pfitzer und seine wachsende Mannschaft, die neuen Dienstleistungsaktivitäten für Strom- und Gaslieferanten auszubauen und zu professionalisieren. Die Haller hatten einen Nerv getroffen, denn insbesondere Newcomer im Energiemarkt profitierten davon, keine eigene System- und Prozesslandschaft aufbauen und betreiben zu müssen. Heute denken auch viele etablierte Energieversorger über Outsourcing nach, weil Kostenvorteile winken und keine Ressourcen zulasten des Kerngeschäfts ge-

bunden werden. Die heute unter der Dachmarke Sherpa-X angebotenen Dienstleistungen florieren – und sie werden zielstrebig ausgebaut.

Mehrheitsbeteiligung an Somentec

Ein Resultat dieser Ausbaustrategie war die mehrheitliche Beteiligung an der Somentec Software GmbH 2013. »Wir hatten vermehrt Anfragen von Stadtwerken und Netzbetreibern erhalten, die unsere Dienste auch in nichtregulierten Sparten wie Wärme- und Wasserversorgung oder Contracting in Anspruch nehmen wollten«, erläutert Pfitzer. »Eine entsprechende Software für die immer komplexer werdenden Geschäftsprozesse nochmals selbst zu entwickeln, wäre mit den verfügbaren Ressourcen unmöglich gewesen. So sind wir auf die Firma Somentec gesto-

ßen, die über die benötigten Tools verfügte. Da Somentec aufgrund veränderter Marktbedingungen einen Partner suchte, sind wir schnell übereingekommen, dass eine mehrheitliche Beteiligung für beide Seiten der beste Weg wäre, den künftigen Herausforderungen des Energiemarktes erfolgreich begegnen zu können.«

Die Tandem-Strategie hat sich bewährt. Somentec fungiert intern nicht nur als Lieferant der Software für das neue White-Label-Produkt Heizkostenabrechnung. Mittlerweile ist XAP im gesamten Stadtwerke-Schwäbisch Hall-Konzern die operative Lösung für ERP und Abrechnung. Für den Bereich Sherpa Klassik sorgt daneben eine rund zehnköpfige Mannschaft für die Weiterentwicklung der bewährten hauseigenen Software. Als »im deutschen Energiemarkt einzigartige Konstellation« bezeichnet Pfitzer die Zusammenarbeit mit Somentec. »Wir sind ein Stadtwerk mit einem eigenen Software-Unternehmen, das unsere Geschäftsprozesse mit eigener Software unterstützt. Und diese Software setzt uns, was das Thema Abrechnung angeht, keine Grenzen.«

Ladesoftware bald startklar

In der Elektromobilität sehen die Stadtwerke Schwäbisch Hall ein weiteres neues Feld der Prozessunterstützung für andere Stadtwerke. »Wir sind mit 49,9 Prozent an der Firma HKS Systeme GmbH in Paderborn beteiligt, die Ladesäulen für Elektromobile entwickelt und herstellt«, berichtet Pfitzer. »Die Finalisierung der Ladesoftware steht kurz bevor, dann sind wir startklar.« Fazit anno 2019: Das Erbe von Johannes van Bergen liegt bei den heutigen Protagonisten der Stadtwerke Schwäbisch Hall in guten Händen.



Ronald Pfitzer
Geschäftsführer der
Stadtwerke Schwäbisch Hall
für Energie, IT und Finanzen

Kleine Geschichte der IT in der Energiewirtschaft

Firmenhistorie Die Entwicklung von Somentec Software, Tochtergesellschaft der Stadtwerke Schwäbisch Hall, ist ein Spiegel des Energiemarkts. Drei Protagonisten des Unternehmens im Gespräch

Herr Ladehoff, 1994 haben Sie mit Christian Hartlieb und Olaf Polak sowie drei weiteren Mitarbeitern Somentec Software gegründet. Wie verlief der Start?

Ladehoff: Ich hatte schon vorher eine eigene kleine Softwarefirma, die hauptsächlich für ein auf Hardware spezialisiertes IT-Haus in Südhessen arbeitete. Diese IT-Firma erhielt Anfang der 90er-Jahre den Auftrag, eine Abrechnungssoftware für einen Fernwärmeversorger in Ostdeutschland zu entwickeln. Dieses Wärmeabrechnungsprogramm, kurz WAP, basierte auf einem in meiner Firma entwickelten Warenwirtschaftssystem, das mit rund 100 Installationen im Rhein-Main-Gebiet sehr erfolgreich war. WAP fand in den neuen Bundesländern rasch eine Reihe von namhaften Anwendern.

In den frühen 90er-Jahren begannen die Fernwärmeversorger in Ostdeutschland, sich um die Konzessionen für die Strom-, Gas- und Wasserversorgung zu bewerben und sich zu integrierten Stadtwerken zu entwickeln. Also mussten auch diese Sparten abgerechnet werden. Christian Hartlieb und ich, beide von Haus aus Softwareentwickler, sahen großes Potenzial für eine neue EVU-Standardsoftware. Was fehlte, war ein eigener Vertrieb, der sich auf diese Zielgruppe fokussieren konnte. Mit Olaf Polak fanden wir den geeigneten Spezialisten und gründeten am 1. Juli 1994 die Somentec Software GmbH.

Hartlieb: Geburtshelfer war übrigens ein außergewöhnlicher und heute undenkbarer Vorgang: Schon im Februar 1994 hatte ein namhafter ostdeutscher Versorger eine neu zu entwickelnde Multi-Utility-Software bei

uns bestellt. Bei Entwicklern, die sich bis dahin überwiegend mit anderen Themen beschäftigt hatten, von einem Unternehmen, das noch nicht gegründet war und zunächst nur ein halbes Dutzend Mitarbeiter beschäftigte würde! Das neue System haben wir XAP genannt, um auszudrücken, dass damit x-beliebige Medien abgerechnet werden können. Am 1. Juni 1995, nach gut einem Jahr Entwicklungszeit, wurde XAP beim Pilotkunden in den Produktivbetrieb gesetzt.

Wie haben Sie die ersten Jahre überstanden?

Polak: In der Anfangsphase generierte die Betreuung unserer Software-Lösungen für Warenwirtschaft, Steuerberater und Hotels noch genügend Arbeit und Umsatz. Das Interesse an der neuen querverbundtauglichen EVU-Software war aber so stabil, dass wir 1996 beschlossen, unsere Aktivitäten ganz auf die Energiewirtschaft zu konzentrieren.

Somentec war zwischenzeitlich eine AG.

Ladehoff: 2001 haben wir einen privaten Finanzinvestor an Bord geholt und uns in diesem Zuge zur Aktiengesellschaft umgegründet. Mit den größeren Kapitalressourcen und der damals technologisch modernsten Software im Versorgermarkt konnten wir das Wachstum zunächst beschleunigen, wurden dann aber durch die Gesetzgebung gebremst. Die Verbändevereinbarung entfaltete in der Branche nicht den erwarteten Veränderungsdruck. Die Versorger hielten sich mit Investitionen zurück. Erst mit Inkrafttreten der zweiten EnWG-Novelle 2005 setzte sich das Wachstum wieder fort. 2010 haben wir, die Altgesellschafter, im Einvernehmen mit dem Finanzinvestor den

Rückkauf der Anteile begonnen. Im Rahmen der Übernahme durch die Stadtwerke Schwäbisch Hall kehrten wir zur GmbH zurück.

Die mehrheitliche Übernahme folgte 2013. Herr Pfitzer, was war hier Ihre Motivation?

Pfitzer: Das hängt vor allem mit unseren energiewirtschaftlichen Dienstleistungen zusammen, die wir unter dem Namen Sherpa seit vielen Jahren für externe Marktpartner erbringen. Diese Leistungen für den After-Sales-Bereich fokussierten damals ausschließlich den Strom- und Gasvertrieb. Wir wollten das Geschäft auf den Netzbetrieb sowie die Wärme- und Wasserversorgung ausdehnen, weil auch in diesen Märkten der Outsourcing-Bedarf zunahm. Ein zweites Sherpa selbst zu entwickeln, kam für uns nicht infrage. Also haben wir nach einer geeigneten Software für die neuen Aufgaben gesucht und in Somentec den Partner gefunden, der uns genau dieses Werkzeug zur Verfügung stellen konnte. Und da es sich für uns um ein strategisch wichtiges Produkt handelte, erschien es uns sinnvoll, kein einfaches Kunden-Lieferanten-Verhältnis einzugehen, sondern eine enge Kooperation zu suchen.

Wie verteilen sich die Anteile heute?

Pfitzer: Die Stadtwerke Schwäbisch Hall halten 84 Prozent an Somentec, Olaf Polak und Christian Hartlieb jeweils acht Prozent.

Wie fällt Ihr Fazit nach nunmehr sechs Jahren Partnerschaft aus?

Pfitzer: Unsere Erwartungen an die Kooperation haben sich schon heute erfüllt. Somentec liefert beispielsweise mit XAP/Heizkosten einen wesentlichen Baustein für die Realisie-

rung unserer neuen Sherpa-Dienstleistung Heizkostenabrechnung. Bis Mitte 2019 wird die Umstellung der Stadtwerke Schwäbisch Hall und aller unserer Beteiligungsunternehmen auf XAP abgeschlossen sein. Unabhängig von internen Aufgaben soll Somentec weiterhin als eigenständiger IT-Dienstleister am Markt agieren und wachsen.

IT-Dienstleister stehen durch die regelmäßigen Prozessänderungen der Bundesnetzagentur unter enormem Lieferdruck. Nimmt die Dynamik weiter zu?

Hartlieb: Den sechsmonatigen Versionszyklus hatten wir in unserem Softwareproduktmanagement mit einer geänderten Organisation, Verstärkung des Tests und einer neuen Versionsplanungsrichtlinie schnell in den Griff bekommen. Für unsere Kunden und unseren Vertrieb ist es allerdings immer noch gewöhnungsbedürftig, dass wir die neuen Versionen nach Termin und nicht nach Inhalt planen müssen. Die Umsetzung ständiger Format- und Prozessänderungen bindet Ressourcen und bewirkt, dass wir echte Innovationen in der Software langsamer umsetzen können, als wir uns das wünschen. Bei den Formatänderungen, Interimsmodellen und Interimsmodellen des Interimsmodells müssen wir uns notgedrungen mit den Vorgaben oft genug sinnlos im Kreis drehen. Zu erwarten ist, dass uns mit der MaKo 2020, dem Zielmodell und der Umsetzung des Messstellenbetriebesgesetzes noch längere Zeit eine große Dynamik bevorsteht.

Wie geht es Somentec heute? Wie bewerten Sie die Perspektiven?

Polak: Wir sind finanziell kerngesund. Im Ju-

biliumsjahr werden wir unseren Umsatz im Vergleich zum Gründungsjahr voraussichtlich verzwanzigfachen, von rund 700 000 D-Mark damals auf deutlich über sieben Millionen Euro heute. Wir blicken auf eine Entwicklung zurück, die von kontinuierlichem Wachstum geprägt ist. Allein von 2015 bis 2018 konnten wir den Umsatz um 30 Prozent steigern. Seit 1994 hat es nur zwei Jahre gegeben, in denen die Erlöse nicht zugenommen haben. Durch unsere Partnerschaft mit den Stadtwerken Schwäbisch Hall hat sich unsere Marktpräsenz deutlich verbessert. Wir wachsen im internen wie externen Geschäft. Für die nächsten zwei bis vier Jahre ist mir nicht bange.

Das Interview führte Gerhard Großjohann



(v.l.) **Olaf Polak** und **Christian Hartlieb**
Geschäftsführer von Somentec sowie

Ronald Pfitzer
Sprecher der Geschäftsführung von Somentec und Geschäftsführer der Stadtwerke Schwäbisch Hall



Uwe Ladehoff
Mitgründer und bis 2013
Geschäftsführer von
Somentec, heute Privatier

»Wir brauchen mehr denn je ein Miteinander«

Anwendergemeinschaft Die Digitalisierung der Energiewende kann nur gemeinsam gelingen

Der Befund ist besorgniserregend: Deutschland bewegt sich bei der Digitalisierung in vielen Bereichen auf der Stand- statt auf der Überholspur. Ein aktuelles Beispiel ist die Digitalisierung im Messwesen. Die Einführung intelligenter Stromzähler wird von Spöttern inzwischen in Anspielung an den rasenden Stillstand am geplanten Großflughafen Berlin-Brandenburg als »BER der Energiebranche« bezeichnet.

Der Vergleich mag übertrieben sein, hinkt jedoch nicht. Erinnern wir uns: Mit dem im August 2016 verabschiedeten Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wollten Bund und Länder die Weichen für eine intelligente Energieversorgung in Deutschland stellen. Gelingen sollte diese mit der Einführung intelligenter Messsysteme, den sogenannten Smart Metern. Verkauft wurden diese als Alleskönner, die dank ihrer Fähigkeit zu kommunizieren die Energieversorgung auf eine völlig neue Stufe heben sollten. Diese Ankündigung schürte bei Messstellenbetreibern, Netzbetreibern, Versorgern und Verbrauchern eine hohe Erwartungshaltung.

Drei Jahre später, 2019, ist von dieser Euphorie nur noch wenig zu spüren. Bis heute lässt ein flächendeckender Smart Meter Rollout auf sich warten. Ein wesentlicher Grund ist der Hang zur Überregulierung. Die gesetzlichen und technischen Anforderungen an das neue Messgerät sind derart komplex, dass bislang nur ein Hersteller statt der mindestens geforderten drei ein intelligentes Messsystem liefern kann.

Im laufenden Jahr könnte es nach Experteneinschätzungen soweit sein, dass zwei weitere Hersteller nachziehen werden und es damit endlich losgehen könnte. Doch mischt



Zusammenarbeit mit Experten: Die Anwendergemeinschaft Mitnetz Strom profitiert von der Zusammenarbeit mit regionalen Universitäten. Beispiele dafür sind die Hochschulen Anhalt (Köthen), Merseburg und Mittweida, mit denen ein Qualitätsmanagementsystem für intelligente Messsysteme entwickelt wurde.

Fotos: Markus Pfeifer; Thomas Goethe

sich schon jetzt Wasser in den Wein. Denn die erste Generation der intelligenten Messsysteme bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Viele wesentliche Funktionen werden durch sie nicht erfüllt. Fachleute sprechen deshalb zu Recht von einem »Smart Meter light«. Als Reaktion haben sich bereits erste Unternehmen enttäuscht vom Markt zurückgezogen, da sie hier kein lukratives Geschäftsmodell mehr sehen.

Bei der Digitalisierung im Messwesen den Rückwärts- statt den Vorwärtsgang einzulegen, ist aus Sicht der Mitnetz Strom der falsche Weg. Denn dies wäre ein verheerendes Signal für die Digitalisierung der Energie-

wende, die zwingend notwendig ist, wollen wir unsere ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen. Die Frage muss deshalb lauten, wie wir die Digitalisierung im Messwesen allen bisherigen Widrigkeiten zum Trotz zu einem Erfolgsmodell machen können.

Think Tank für den Smart Meter Rollout

Zur Beantwortung dieser Frage hat Mitnetz Strom einen Think Tank für den Smart Meter Rollout in Ostdeutschland gegründet. Seit dem Startschuss im November 2015 hat die sogenannte Anwendergemeinschaft für intelligente Messsysteme eine enorme Sogwirkung entfaltet. Gehörten ihr zu Beginn

35 Mitglieder an, sind es aktuell 63 Netzbetreiber, darunter mehrheitlich Stadtwerke. Die Unternehmen sind für rund 3,3 Mio. Stromzähler zuständig. Das sind über 30 Prozent der Stromzähler in Ostdeutschland.

Die Anwendergemeinschaft folgt der Einsicht, dass wir für die Energiewende mehr denn je ein Miteinander statt ein Gegeneinander und Nebeneinander der Energieunternehmen benötigen. Dies gilt umso mehr mit Blick auf die Digitalisierung der Energiever-



Die Smart-Meter-Einführung nennen Spötter den ‚BER der Energiebranche‘.

sorgung, mit der es – Stichwort Sektorkopplung – gelingen soll, neben der Stromwende auch eine Wärme- und Verkehrswende zu schaffen.

In der Anwendergemeinschaft werden alle aktuellen Frage- und Problemstellungen des Smart Meter Rollouts behandelt. Der Bogen spannt sich von der Technik über die Prozesse und Systeme bis hin zu den gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen sowie zur Abrechnung. Kennzeichnend für den Austausch ist ein lösungsorientierter Ansatz. Alle Mitglieder sind gleichberechtigt und haben eine Stimme. Am Ende entscheidet die Mehrheit, wie vorgegangen werden soll.

Um einen Tunnelblick zu vermeiden, lässt sich die Anwendergemeinschaft von externen Experten beraten und sucht gezielt die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Start-ups. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. So ist im Schulterchluss mit den Hochschulen Anhalt (Köthen), Merseburg und Mittweida ein Qualitätsmanagementsystem für intelligente Messsysteme auf den Weg gebracht worden. An der Hochschule Merseburg ist ein Prüflabor für intelligente Messsysteme eingerichtet worden. Gemeinsam mit dem Start-up exceeding solutions, einer Ausgründung der Hochschule Merseburg, sind zudem Prüfungssysteme für Netzbetreiber, Prüfstellen und Hersteller entwickelt worden.

Auch das Thema Mehrspartenmetering steht für die Anwendergemeinschaft auf der Tagesordnung. Der Gesetzgeber wird bekanntlich ab 2021 den Markt der Wohnungswirtschaft für den Wettbewerb öffnen. Derzeit werden die dafür notwendigen Technologien und Prozesse erforscht und erprobt.

Netzbetreiber aus Ostdeutschland, die sich an der Anwendergemeinschaft beteiligen möchten, sind herzlich eingeladen, hinein-zuschluppenn. Die Verantwortlichen für das Zählerwesen der Mitnetz Strom stehen für Auskünfte gern zur Verfügung.



Adolf Schweer
Technischer Geschäftsführer
von Mitnetz Strom

Der Puls unserer Stadt

Die SWM gratulieren dem VKU herzlich zum 70-jährigen Jubiläum und wünschen weiterhin viel Erfolg.

SW/M MVG M.net muenchen.de

2005

Die »Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post« (RegTP), gegründet im Jahr 1998, erhält 2005 als weitere Aufgabe auch die Regulierung der Strom- und Gasnetze. Sie wird in »Bundesnetzagentur« umbenannt. Zum Jahresbeginn 2006 kommen noch die Eisenbahnnetze hinzu.

2006

Juni: Der VKU beschließt, seinen Hauptsitz von Köln nach Berlin zu verlegen.

2007



Hans-Joachim Reck
Hauptgeschäftsführer des VKU 2007–2015

Der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) und der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) fusionieren zum Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Der VKU sieht sich weiterhin als Interessenvertreter kommunaler Unternehmen.

2008

Mit einer Mehrheit von 87 Prozent lehnen die Leipziger Bürger einen Teilverkauf ihrer Stadtwerke ab. Gaz de France wollte für ein 49,9-Prozent-Paket 520 Mio. Euro zahlen.

Das Oberlandesgericht Frankfurt gibt hessischer Kartellbehörde freie Hand beim Vergleich von Wasserpreisen – die Beweislast liegt beim Versorger.

2009

Die Anreizregulierung löst zu Jahresbeginn die bislang kostenbasierte Regulierung der Strom- und Gasnetze ab. Neben gesamtwirtschaftlicher und branchenbasierter Effizienzsteigerung müssen die Unternehmen auch noch unternehmensindividuelle Effizienzvorgaben erfüllen.

Die Thüga, in der Eon seine Stadtwerke-Beteiligungen gebündelt hat, soll rekommunalisiert werden.

Herr Klöpfer, was sind Smart Cities?

Smart Cities sind Städte, die die vorhandene Infrastruktur mit modernen Mitteln optimal nutzen und so ihren Einwohnern die Leistungen bieten, die sie in der Zukunft brauchen.

Welche Leistungen meinen Sie? Und was wird in der Zukunft so anders als heute?

Unsere Kommunen, und insbesondere die Städte, müssen sich in Zukunft neuen Herausforderungen stellen. Zum Beispiel nimmt der Straßenverkehr zu, wir brauchen altersgerechte Angebote für Senioren, und die Energiewende verlangt nach neuen Lösungen für eine sichere und bezahlbare Versorgung. An dieser kurzen Aufzählung wird schon deutlich, wie vielseitig die Themen sind, die auf uns zukommen. Gleichzeitig ist klar, dass die finanziellen Spielräume der Ballungsgebiete nicht größer werden. Smart Cities können also dabei helfen, die Lücke zwischen Aufgaben und Finanzen mit moderner Technik zu schließen.

Eine Smart City darf also nichts kosten?

Sie darf auf jeden Fall die Stadtkasse nicht über Gebühr belasten. Und da sind wir genau beim Punkt: Wo neue oder größere Infra-

Smart Cities sind Teamwork

Komplexe Technologien Die Aufgaben, die mit dem Wandel hin zu einer intelligenten Stadt zusammenhängen, sind sehr vielfältig und erfordern großes Know-how



Ziel der Smart City: Dort soll die vorhandene Infrastruktur mithilfe der Digitalisierung optimal genutzt werden. Das bietet neue Geschäftsmodelle für lokale und kommunale Versorger.

Bild: Adobe Stock



Zur Feier des Tages haben wir uns schick gemacht.

Die enviaM-Gruppe und ihre kommunalen Anteilseigner gratulieren dem Verband kommunaler Unternehmen e.V. zu 70 Jahren erfolgreicher Arbeit.

Die enviaM-Gruppe ist ein starker Partner der Kommunen. Rund 650 Kommunen aus Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind, neben innogy, an der enviaM-Gruppe beteiligt. Weitere Informationen finden Sie unter enviaM-Gruppe.de.

struktur unübersehbare Kosten mit sich bringen würde, setzt das Konzept der Smart Cities auf die intelligente Nutzung vorhandener Infrastruktur, um deren Potenziale optimal nutzen zu können.

Wie kann das aussehen?

Zum Beispiel können wir alle Ladepunkte für Elektromobilität in einer Stadt intelligent miteinander verbinden und die Fahrzeuge so laden, dass sie erst zu einem vorgegebenen Zeitpunkt voll aufgeladen sind. Das gibt uns die Flexibilität, nacheinander zu laden und damit mehr Ladepunkte in ein vorhandenes Netz zu integrieren. Ein anderes Beispiel: Wir haben in Mannheim Ladezonen ausgewiesen, die direkt an die Innenstadt angrenzen. Mithilfe von kleinen Transpondern in der Straßendecke können wir nachvollziehen, wie oft und wie lange diese Ladezonen genutzt werden und ob sie richtig dimensioniert sind. Der Zahl der möglichen Lösungen sind dabei keine Grenzen gesetzt – sie ist genauso groß wie die Zahl der Herausforderungen!

Das kostet aber doch auch Geld.

Ja, natürlich sind Investitionen notwendig. Mithilfe digitaler Technologien, der Vernetzung über Funkstandards oder Cloud Computing können diese Ausgaben aber deutlich geringer ausfallen als beim Aufbau neuer Infrastruktur. Letzten Endes ist die Frage nicht, ob Städte Geld für Smart Cities ausgeben – keine Stadt kann es sich leisten, dafür kein Geld einzusetzen.

Jetzt sind Smart Cities mit der Technologie, die dafür gebraucht wird, keine klassische Domäne von Stadtwerken oder lokalen Versorgern. Wieso engagiert sich MVV in diesem Geschäftsfeld?

Es gibt wichtige Parallelen zwischen der Transformation des Energiesystems, in der wir ein Vorreiter sind, und der Einführung der Smart Cities. Beides findet vor allem auf dezentraler Ebene statt, insbesondere sind Konzepte für Stadtteile und Quartiere gefragt. Informations- beziehungsweise kommunikationstechnologische Lösungen können dabei helfen, die Herausforderungen in beiden Bereichen zu bewältigen. Wir bringen Know-how für Planung, Umsetzung und Betrieb essenzieller und sehr zuverlässiger Netze mit, sind mit den lokalen Gegebenheiten vertraut und nutzen bereits zahlreiche innovative Technologien für Kommunikation, Effizienz und Steuerung. Damit haben wir die wichtigsten Voraussetzungen dafür, als zentraler Umsetzer zusammen mit Partnern, die das technologische Know-how mitbringen, Smart Cities umzusetzen.

Das heißt, Smart Cities sind immer Teamwork?

Ja, und zwar deswegen, weil die Aufgaben, die mit dem Wandel hin zu einer »Smart City« zusammenhängen, sehr vielfältig sind. So muss

der Einsatz innovativer Technologien auch vor dem Hintergrund des damit verbundenen Risikos betrachtet werden – schließlich hängen unter Umständen Haftungsrisiken an Anwendungen etwa für Verkehrssteuerung oder Brandschutz. Es braucht also eine hohe technische Kompetenz, um komplexe Systeme zu entwickeln, umzusetzen und zu betreiben. Hinzu kommt der Aspekt des gesellschaftlichen Wandels: auf dem Weg zu einer Smart City müssen unterschiedliche Interessen berücksichtigt, Mehrheiten organisiert und Minderheiten geschützt werden. Damit tritt das gesellschaftliche Change Management als Kompetenz neben die technische Umsetzung. Dritte Kernkompetenz ist schließlich das Programm-Management, um den hochkomplexen Wandel effizient und kostenbewusst zu steuern, zu finanzieren und voranzutreiben. Diese Kompetenzen sind auch Maßstab dafür, wer diese Programme aufsetzen und zum Erfolg führen kann. Natürlich sind Stadtverwaltungen immer integraler Teil solcher Vorhaben, weil sie die primäre Verantwortung für die Stadtentwicklung haben und Schnittstelle zu den politischen Entscheidungsträgern sind. Als zentrales Element eines Gesamtvorhabens können kommunale Versorger aber eine gestaltende Rolle spielen. Daher verstehen wir uns auch immer als Partner der Stadtwerke vor Ort, deren lokale Kompetenz unverzichtbar ist.



Es gibt wichtige Parallelen zwischen der Transformation des Energiesystems und der Einführung der Smart City.

ren und voranzutreiben. Diese Kompetenzen sind auch Maßstab dafür, wer diese Programme aufsetzen und zum Erfolg führen kann. Natürlich sind Stadtverwaltungen immer integraler Teil solcher Vorhaben, weil sie die primäre Verantwortung für die Stadtentwicklung haben und Schnittstelle zu den politischen Entscheidungsträgern sind. Als zentrales Element eines Gesamtvorhabens können kommunale Versorger aber eine gestaltende Rolle spielen. Daher verstehen wir uns auch immer als Partner der Stadtwerke vor Ort, deren lokale Kompetenz unverzichtbar ist.

Wenn Sie dieses neue Geschäftsfeld ins Leben rufen, haben Sie doch sicher auch wirtschaftliche Erwartungen. Mit welchen Plänen gehen Sie ins Rennen?

Wie immer bei neuen Geschäftsfeldern gilt: Wir gehen davon aus, dass wir nach einer Anlaufphase Geld verdienen können – sonst würden wir die Finger davon lassen.



Ralf Klöpfer
Vorstand der
MVV Energie AG

2010

28. Okt.: Der Bundestag beschließt eine Novelle des Atomgesetzes. Kernkraftwerke, die vor 1980 gebaut wurden, sollen acht Jahre länger als bislang geplant laufen, neuere erhalten 14 zusätzliche Jahre.



Stephan Weil
Oberbürgermeister von Hannover, VKU-Präsident 2007–2012

2011

11. März: Die Erde in Japan bebzt, ein Tsunami zerstört unter anderem Atomreaktor-Blöcke in Fukushima. Am 30. Juni beschließt der Bundestag den Atomausstieg: Der letzte Reaktor soll 2022 vom Netz gehen. Insolvenz des Discounters Teldafax.

2012

Streit um die geplante EU-Richtlinie zu Dienstleistungen: Viele fürchten eine Liberalisierung und Privatisierung der Wasserwirtschaft durch die Hintertür.



Ivo Gönner
Oberbürgermeister von Ulm, VKU-Präsident 2012–2016

2013

Gaskraftwerke fallen aus der Wirtschaftlichkeit. Die Betreiber des erst 2010 in Betrieb gegangenen Blocks 5 des Kraftwerks Irsching, Eon, N-Ergie, Mainova und HSE, wollen die Anlage stilllegen, weil sie im Vorjahr nur 1600 Stunden lang lief. Insolvenz des Energiediscounters Flexstrom.

2014

Mit einer neuen Dachmarken-Kampagne will der VKU das positive Image von Kommunalunternehmen stärken. Der Bundesgerichtshof sät mit dem »Wuppertal-Urteil« am Haftungsprivileg: Netzbetreiber müssen für Schäden, die durch Überspannung entstehen, haften.

Megatrends und Lebensqualität

Daseinsvorsorge Digitalisierung bedeutet im Kern, Lebensqualität zu schaffen und ist damit eine logische Fortschreibung der Partnerschaft zwischen Stadtwerken und Kommunen



Smart City: Vernetzte, mobile, sichere und nachhaltige Gemeinden und Städte sind ein Megatrend unserer Zeit.



Bilder: Home&Smart

Zukunftsforscher sprechen gerne von Megatrends. Sie haben für unsere moderne westliche Welt sechs solcher Megatrends ausgemacht: den demografischen Wandel, die zunehmende Urbanisierung, mehr Nachhaltigkeit in unserem Leben, die Digitalisierung, die künstliche Intelligenz und die Sharing Economy, also die Bereitschaft, Produkte und Güter zu teilen. Nimmt man diese Megatrends als ein kommunales Unternehmen unter die Lupe, das so wie badenova in einer Symbiose mit seinen kommunalen Gesellschaftern die Lebenswirklichkeit der Menschen gestaltet und deren Lebensqualität gewährleistet, dann schälen sich gleich mehrere große Handlungsfelder heraus.

Ein Beispiel ist das Thema »Wohnen der Zukunft«: Prognosen sehen bei den intelligenten Haushaltsgeräten einen Anstieg von circa 1,2 Mrd. Euro Umsatz im Jahr 2017 auf 3,9 Mrd. im Jahr 2021. Jeder Haushalt wird demnach im Jahr 2021 im statistischen Mittel rund 300 Euro für intelligente Produkte aus den Bereichen Steuerung, Kommunikation, Sicherheit und Komfort ausgeben. Wir bei badenova sind oft gefragt worden, warum wir uns mit der bundesweiten Online-Plattform home&smart so stark in diesem Bereich engagieren. Wir sehen das nicht nur als großes Potenzial für neue Geschäftsfelder, sondern auch als die Erfüllung unseres Versprechens »Wir sorgen für eine lebenswerte Zukunft«.

Kurz zur Erläuterung der Plattform home&smart: Das Web-Portal hat sich innerhalb von nur zwei Jahren zu der führenden Adresse für Endkunden in diesen Themenbereichen entwickelt und damit eine Marktlücke gefüllt. Aufgebaut wurde das Start-up unter Federführung des Innovationsmotors InnoEnergy in Zusammenarbeit mit badenova und Thüga. Inzwischen haben badenova und Thüga das erfolgreiche Start-up zu gleichen Anteilen übernommen.

Das Thema Smart Home ist so populär wie nie: Alexa zieht in immer mehr Haushalte ein, Saugroboter übernehmen die Hausarbeit, und Thermostate regeln die Heizung von selbst. Das belegen auch die stetig steigenden Nutzerzahlen, die das Internetportal homeandsmart.de aufweisen kann. Smart Home und Internet of Things sind wichtige Bereiche in der künftigen digitalen Energiewelt. Und Stadtwerke und Energieversorger müssen sich diesen neuen Entwicklungen stellen, so ist unsere Überzeugung. Schon heute ist die Plattform das führende Portal für die Themen Smart Home und Sprachassistenten in Deutschland mit durchschnittlich über 1,2 Mio. Seitenaufrufen im Monat.

Das multimediale Informationsangebot besteht aus Produkttests und Vergleichen inklusive Einschätzungen und Analysen, die dem Endkunden Orientierung und Beratung in diesem Marktsegment bieten. Zukünftig wird sich home&smart noch stärker als Informationsplattform im Internet für das moderne vernetzte Wohnen und Leben positionieren. Das Online-Portal mit seinem

Content sowie weitere Online-Services werden darüber hinaus als White-Label-Produkte für Stadtwerke angeboten, die diese in ihren eigenen Online-Auftritt integrieren können. Auch der umgekehrte Weg ist möglich – so können Stadtwerke ihre innovativen Angebote direkt auf dem homeandsmart-Portal platzieren und damit einer breiten Kundengruppe präsentieren.

Ein weiteres Beispiel für Lebensqualität der Zukunft: die Mobilität! Alternative Mobilitätskonzepte und nachhaltige, möglichst klimaschonende Technologien sollen in naher Zukunft Lösungen liefern, wie Personen effizienter, emissionsärmer und komfortabler transportiert werden können. Wir engagieren uns in diesem Bereich mit einer ganz spezifischen Herangehensweise. Wir sehen die Mobilitätszukunft nicht in Insellösungen, sondern im Verbund mit zahlreichen weiteren Partnern. Deshalb bieten wir den Kommunen in unserem Marktgebiet interkommunale Konzepte an, bei denen das Mobilitätsverhalten der Menschen nicht missioniert werden soll, sondern den Rahmen für die Lösungen bildet. So schaffen wir Dienstleistungen und Angebote, bei denen zum Beispiel Eigentümer von Elektrofahrzeugen entweder zu Hause in der eigenen Garage oder bei ihrem Arbeitgeber auf dem Firmengelände ihr Fahrzeug aufladen können, anstatt mit langer Wartezeit von einer öffentlichen Ladesäule abhängig zu sein.



Das Thema Smart Home ist so populär wie nie.

Ein wichtiger Aspekt in der Zusammenarbeit von Kommunen und ihrem Stadtwerk ist die lokale Infrastruktur. Wer hier auf nationale oder gar internationale Konzerne setzt und bereit ist, Kontrolle und Wertschöpfung aus der Hand zu geben, der verabschiedet sich von der Mitgestaltung der Zukunft. Bei einer stark diversifizierten und zunehmend dezentralen Erzeugung spielen die Verteilnetze beziehungsweise deren Leistungsfähigkeit eine immer wichtigere Rolle. Dies gilt auch für die Kommunikationsinfrastruktur.

Die zunehmende Vernetzung und die Bereitstellung von Daten etwa für Mobilitätskonzepte und für die Ausgestaltung von Quartierslösungen, ist bei Stadtwerken in besten Händen. Stadtwerke wie badenova haben das Know-how, die genaue Marktkennntnis vor Ort und einen über Jahrzehnte erarbeiteten Vertrauensbonus ihrer Kunden, die sie als verlässlichen Partner kennen.

Kommunale Datenplattformen für Smart City

Der Megatrend unserer Zeit, in den letztlich alles mündet, lautet »Smart City«. Das ist eine informierte, vernetzte, mobile, sichere und nachhaltige Gemeinde oder Stadt, egal ob mit zehn-, zwanzig- oder hunderttausend Einwohnern. Der Schlüssel zu einer intelligenten Gemeinde- oder Stadtentwicklung ist die Digitalisierung, verknüpft mit kommunalen Datenplattformen. Wir als badenova wollen entschlossen und kompetent die Chance nutzen, die darin steckt, dass all unsere Angebote und Produkte als Energie- und Umweltdienst-

leister, all unsere digitalen Zugänge zu den Kunden und Partnern und unsere gesamte technische und logistische Infrastruktur elementare Bestandteile dieser Smart City der Zukunft sein werden.

Die Energie- und die Digitalisierungsinfrastrukturen wachsen zusammen. Das eine ist

ohne das andere nicht möglich. Zwangsläufig werden über diese Infrastrukturen Daten gesammelt und kombiniert, es werden Algorithmen ausgelesen und genutzt. Hier braucht es verlässliche und bewährte Partner, zum Beispiel Stadt- und Regionalwerke wie badenova, Partner, denen die Kommunen und ihre Bürger vertrauen. Noch besser: Partner, an denen die Kommunen als Gesellschafter beteiligt sind. Denn all diese Daten stehen der Allgemeinheit ebenso zur Verfügung wie spezialisierten Nutzern und Anbietern. Nur wenn die Kommune die Hoheit über ihre Infrastruktur und die dort auflaufenden Daten behält, wenn sie Datenmonopole durch internationale Konzerne verhindert, kann sie diese Daten auch diskriminierungsfrei zur Verfügung stellen.

Digitalisierung heißt im Kern also: Lebensqualität schaffen, Gemeinwohl erzeugen. Lebensqualität – auch auf Feldern wie Ge-

sundheit, Mobilität, Kultur, Bildung, Freizeit – entsteht aus dem verantwortungsvollen Zusammenspiel der Infrastrukturen, der Bereitstellung von Daten und Energie und allen daraus ermöglichten digitalen Anwendungen. Es ist die digitalisierte Fortschreibung der Daseinsvorsorge, die Gemeinwohl schafft. Und weil es Daseinsvorsorge ist, ist es auch die logische Fortschreibung der Partnerschaft zwischen Stadtwerken und Kommune.



Mathias Nikolay
Vorstand von badenova
und zuständig für Technik



Leidenschaft für Ihre Energie.

Seit fast 150 Jahren sind wir aktiv für die Menschen und Betriebe im Rheinland. Ihre Energie ist unser Anliegen. Jetzt und in Zukunft.

rheinenergie.com

Wenn aus Geschichte Zukunft wird

Neue Geschäftsfelder Nicht erst seit der Energiewende unterliegen Versorger dem Wandel der Zeit. Nachdem in Augsburg Stadtgas aus der Mode gekommen war, versank das alte Gaswerk in einen Dornröschenschlaf. Nun wird es von den Stadtwerken als Kreativ- und Gewerbequartier wiedererweckt

Fast 20 Jahre stand die Zeit am Industriestandort im Augsburger Westen still. Bereits in den 70er-Jahren wurden in den Öfen des Gaswerks die letzten Steinkohlen zu Stadtgas verkocht, denn die Stadtwerke Augsburg (swa) rüsteten auf Erdgas um. Nachdem auch die Teleskopbehälter als Speicher im Jahr 2001 ausgedient hatten, kehrte endgültig Stille auf dem Areal ein.

Die ersten Mieter

Doch langsam regt sich wieder etwas auf den 70 000 Quadratmetern im Stadtteil Oberhausen. Die Stadtwerke bauen das Industriekennzeichen seit 2017 zum Kultur- und Kreativquartier um. Und die ersten Mieter sind bereits eingezogen. Allen voran das Staatstheater – pünktlich zu Jahresbeginn siedelte das Ensemble aus Schauspielern und Tänzern in sein vorübergehendes Zuhause um. Solange das Stammhaus saniert wird, finden Werkstätten, Bühnen und sogar ein eigener Ballettsaal auf 5500 Quadratmetern ihren Platz im Gaswerk.

Anstoß von der Stadt

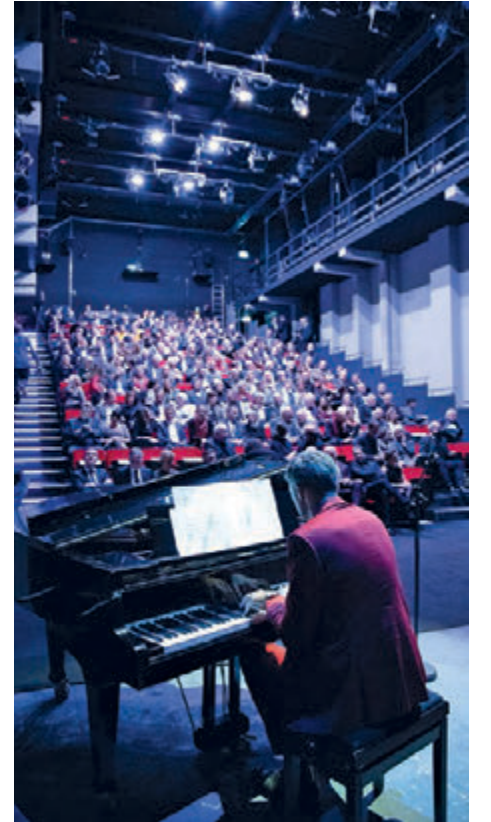
Das Staatstheater war nicht nur als Erstes vor Ort, sondern gab überhaupt erst den Anstoß für die Umnutzung. Bereits 2015 machte sich die Stadt auf die Suche nach einer Interimsspielstätte für die geplanten Instandsetzungsarbeiten des Haupthauses. Nachdem die Stadtwerke ohnehin seit Langem über die Zukunft ihres stillgelegten Areals nachgedacht hatten, ging es schnell nicht mehr nur um eine Übergangslösung für die Theater-schaffenden, sondern es kam die Idee eines Kultur- und Kreativzentrums als Möglichkeit der Stadtentwicklung auf den Tisch.

Wirtschaftsfaktor Kreativität

Die Kreativ- und Kulturwirtschaft macht in der Schwabengroßstadt immerhin zehn Prozent der Wirtschaftskraft aus. *Nihat Anac*, Projektleiter des Gaswerk-Umbaus, ist sich sicher, dass der Wirtschaftsstandort Augsburg durch



Außen hui, innen viel geboten: So soll das ehemalige Gaswerk nach den Umbaumaßnahmen der Stadtwerke Augsburg aussehen (1). Auch wenn die Umnutzung noch in vollem Gange ist, finden bereits erste Konzerte und Theateraufführungen auf dem Areal statt.



Bilder: swa

die Umnutzung zusätzliche Wachstumsimpulse bekommt. Dementsprechend soll in den nächsten Jahren ein Gründerhaus errichtet werden, auf dem sich Start-ups genauso wie etablierte Firmen auf circa 15 000 bis 18 000 Quadratmetern entwickeln und vernetzen können. »Wir stellen uns ein Netzwerk vor, wo Gründer von erfahrenen Geschäftsleuten profitieren können und umgekehrt«, fasst Anac zusammen. Auch der Erfahrungsaustausch und die Kooperationen von verschiedenen Branchen würden durch ein Zentrum für die Kreativwirtschaft erleichtert, so Anac weiter. »Letztendlich soll ein Ort geschaffen

werden, an dem sich professionelle Kreative und freie Kultur sowie Unternehmen gegenseitig bereichern und kreativ entfalten, aber auch Anwohner und Besucher Freiräume mit hoher Aufenthaltsqualität erleben können«, ergänzt *Alfred Müllner*, Geschäftsführer der Stadtwerke Augsburg.

Work-Life-Balance inklusive

Damit diese Vision auch tatsächlich eine Chance auf Verwirklichung hat, wollen die swa ihren künftigen Mietern Dienstleistungspakete anbieten. »Wir wollen die Work-Life-Balance der Jungunternehmer so einfach wie

möglich machen«, betont Anac. Vor oder nach der Arbeit noch schnell zum Sport oder in der Mittagspause ein leckerer Lunch direkt vor Ort, das soll kein Problem im Quartier sein. Ein eigener Gastro-Bereich gehört genauso zum Gelände der Stadtwerke wie Sportangebote und die Etablierung von Reinigungs- und Lieferservices.

Da die Arbeit sprichwörtlich nur das halbe Leben ist, hat sich der Versorger auch etwas für die Freizeitgestaltung der Augsburger überlegt. Die Grünanlagen des Gaswerks bieten genug Platz für Festivals und Open-Air-Veranstaltungen. Die Probe aufs Exempel wagte das swa-Team mit dem Modular-Festival im Juni. Erstmals fanden die Konzerte, die bis zu 30 000 Besucher anlocken, in Oberhausen statt. Wer bei all den Möglichkeiten dennoch nicht die passenden Kontakte knüpfen kann, bekommt Starthilfe von den Stadtwerken. Über sogenannte Netzwerktreffen und Willkommens-Feiern soll sich die frischgebackene Nachbarschaft kennenlernen.

Nah am Mieter

Bis zum Jahr 2029 wollen die Stadtwerke das Gaswerk so weit fertig umgebaut haben, dass gut 2500 Kultur- und Kreativschaffende ihr neues Zuhause beziehen können. Das Besondere dabei: Die Stadtwerke richten sich bei der Detailplanung komplett nach ihren potenziellen Mietern. »Wir wollen nicht für uns bauen, sondern nach den Wünschen der Nutzer«, verdeutlicht Anac den Anspruch seines Teams.

Dafür hält die 100-prozentige Tochter der Stadt immer wieder das Ohr direkt an die Branche. In Workshops und gemeinsamen Treffen mit Start-ups wollen die swa herausfinden, was junge Kreative sich von ihrem Arbeitsplatz wünschen. Waren vor zwei Jahren noch große Co-Working-Spaces gesetzt, wollen die Stadtwerke nach Rücksprache mit Gründern und Unternehmern nun auch kleinere, private Büroräume ausgestalten. Wer mit Start-ups zusammenarbeitet, muss sich auch auf Wachstum einstellen: Die Büroflächen seien dementsprechend auf Multifunktionalität ausgelegt, und auch das Theater könne ohne großen Aufwand und Kosten jederzeit rückgebaut werden, wenn das Ensemble wieder in sein Stammquartier zurückzieht, betont der Projektleiter.

Refinanzierungsmodell

Zu bieten hat das Gaswerk-Areal jede Menge – für die Stadtwerke geht es als dessen Eigentümer allerdings auch darum, was sie zurückbekommen. Insgesamt sind für die Umnutzung zwischen 125 und 135 Mio. Euro einkalkuliert. Viel Geld, das jedoch durch Mieteinnahmen und die Versorgung des Geländes mit Strom und Fernwärme wieder hereinkommen soll. Ganz im Gegensatz zu den 15 Jahren, in denen das Areal nicht bewirtschaftet war. Allein die Instandhaltung kostete die swa einen höheren Millionenbetrag, der nicht wieder auf direktem Weg in die Kassen gespült wurde.

Vorreiterrolle im Visier

Ein weiterer Aspekt, sich an die Entwicklung eines Kultur- und Kreativzentrums zu wagen, geht in die Richtung eines zweiten Standbeins. Seit der Liberalisierung im Strom- und Gasmarkt werden die Geschäftsfelder härter, daher lotet der Versorger für sich neue Geschäftsfelder aus. Und die Konversionsfläche in Oberhausen kam dabei gerade recht, um sich langfristig breiter aufzustellen. Dennoch sehen die swa das Projekt nicht nur als neue Geschäftsidee, sondern auch als Teil ihrer Verantwortung für die Menschen in der Stadt. Als 100-prozentige Tochter der Stadt wolle man aktiv einen Mehrwert für deren Bürger schaffen. Schließlich wird das Gelände nicht nur eine Bereicherung für den Stadtteil Oberhausen mit seiner vielfältigen Bevölkerungsstruktur, als Zentrum der Kultur- und Kreativwirtschaft wirkt es in die gesamte Stadt und soll mit dem innovativen Konzept weit über deren Grenzen hinausstrahlen.

Ateliers bereits geöffnet

Die Resonanz der Künstler und Kreativen bestätigt den Versorger in seiner Auffassung, denn bislang sind alle für die Freizeitkünstler fertiggestellten Räumlichkeiten komplett



Die swa sind auf der Suche nach neuen Geschäftsmodellen.

vermietet. 60 Kunstschaffende, von Malern über Fotografen, Bands bis hin zu Handwerkskünstlern, haben ihre Ateliers im Neubau Ofenhaus, in den östlichen Werkstätten und im Sozialgebäude im März bezogen.

Bis noch mal annähernd genauso viele Kollegen einziehen können, werden rund 18 Monate vergehen. Bis dahin soll nämlich das Reinigergebäude mit weiteren 2500 Quadratmetern an das Kulturreferat als Hauptmieter übergeben werden.

Ressourcen aufgestockt

Dass sich all die Ambitionen des Versorgers umsetzen lassen, dafür sorgt unter anderem die jahrelange Erfahrung des Teams mit dem Neu- und Umbau von Werkwohnungen, Verwaltungsgebäuden und Betriebshöfen. Da die Gaswerk-Pläne in ihrem Umfang allerdings nicht zu unterschätzen sind, wurde die fachliche Expertise bei den swa um zwei Architekten sowie einen Bautechniker erweitert, die gemeinsam mit dem Team um Anac weiterhin Gas geben, um dem Industriestandort ein zweites Leben einzuhauchen.

Lisa Schwabl



Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der Kreditwirtschaft.

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB
Lennestraße 11
10785 Berlin
www.voeb.de

Pionierrolle an der Ostsee

Nach der Wende In der DDR gab es keine Stadtwerke, sondern Energiekombinate.

Gleich nach 1990 ergriff Rostock beherzt die Chance, ein eigenes Stadtwerk zu gründen, das sich zur Erfolgsgeschichte entwickelt hat

Mit dem Fall der Mauer im November 1989 und der acht Monate darauf folgenden Einführung der D-Mark waren auch in der untergehenden DDR die Weichen für eine Reprivatisierung der Wirtschaft gestellt. Für kommunale Stadtwerke hatte es in der zentralistischen Planwirtschaft keinen Platz gegeben, dort setzte man stattdessen auf Energiekombinate – nach einigen organisatorischen Zwischenschritten waren diese entsprechend den jeweiligen insgesamt 15 Verwaltungsbezirken gegliedert. Hätte es nach der Wende nicht politischen Druck aus einzelnen Kommunen gegeben, wären die Folgen durch einen frühzeitigen Verkauf von Netzen und Erzeugungsanlagen an die großen Energieunternehmen noch gravierender gewesen.

In der Hansestadt Rostock gab es nach dem Weltkrieg für gut zwei Jahre eine kommunale Stadtwerks-Aktiengesellschaft – die Verstaatlichung erfolgte lediglich aufgrund einer Energiewirtschafts-Verordnung. Daran erinnerte sich die Bürgerschaft im Frühjahr 1990 offenbar sehr genau, als sie den Beschluss fasste, die Aktiengesellschaft erneut auflieben zu lassen. »Der politische Wille war bereits im Mai auf einer der ersten Tagungen der neu gewählten Bürgerschaft gefasst worden: Die Stadtwerke sollten wieder entstehen!«, erinnert sich *Hans-Jörg Scheliga*, der dann zum ersten Vorstand des Unternehmens ernannt wurde.

Das Problem war zunächst jedoch, dass das Energiekombinat Rostock zu dieser Zeit ebenfalls in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt wurde und die DDR-Regierung mit dem



Hans-Jörg Scheliga, Gründer und ehemaliger Vorstand der Stadtwerke Rostock.



Oliver Brünnich, Vorstand der SWRAG, will den Anteil des Ökostroms rasch steigern.

»Stromvertrag« die Stromnetze mit der Hanseatische Energieversorgung AG (HEVAG) an die damalige Preussen Elektra verkaufte. »Die Energiekonzerne hätten damals die kommunalen Brocken gern mit geschluckt«, sagt Scheliga, was dann dazu führte, dass auch in Rostock über etwa zehn Jahre juristisch gefochten werden musste – neben dem Alltagsgeschäft. Hilfreich war zu jener Zeit für die Ostseestadt die Beratung durch die Partnerstadt Bremen, so der längst im Ruhestand weilende Scheliga.

Kartellrechtlich erzwungen, mussten immerhin die Gasnetze abgegeben werden, auch von der Fernwärme trennte sich

PreussenElektra schon bald. Damit war eine wirtschaftliche Grundlage für die Stadtwerke gegeben, allerdings mit einer schweren Hypothek: Das alte Heizkraftwerk Marienehe musste dringend ersetzt werden – für hohe Millionenbeträge. In den ersten Jahren des Wandels war zudem nicht sicher, wie sich der Absatz von Fernwärme – nicht zuletzt wegen der Abwanderung – entwickeln würde.

Die Rostocker waren mit die Ersten, die noch im Juli 1990 die Stadtwerke gesellschaftsrechtlich aus der Taufe gehoben hatten. Die Versorgung der großen Plattenbausiedlungen (rund zwei Drittel des Wohnungsbestands), zum Teil auch der Zentrums-

areale, mit Fernwärme und die Lieferung von Gas standen zu Beginn im Fokus. Aber selbst beim Gas musste erst einmal kostenintensiv umgerüstet werden, weil das bis dahin produzierte Stadtgas auf Erdgas umgestellt werden musste. Zugleich begann 1994 der Bau eines modernen GuD-Kraftwerks. Dessen drei Turbinensätze haben eine elektrische Leistung von 108 Megawatt (MW). Zudem beträgt die thermische Anschlussleistung 412 MW, zu denen noch rund zwei Dutzend dezentrale Blockheizkraftwerke kommen. Inzwischen hat das GuD-Kraftwerk bereits neue, deutlich flexiblere Turbinen erhalten. Mit der 2017 abgeschlossenen Modernisierung für rund 40 Mio. Euro wurde auch der CO₂-Ausstoß um rund 50 000 Jahrestonnen gesenkt.

Glitzernde Photovoltaikanlagen

Den Wandel, den die Stadtwerke Rostock AG (SWRAG) in knapp 30 Jahren gestalteten, kann kaum größere Kontraste haben als auf dem Gelände des alten Gaswerkes, der eigentlichen Keimzelle der heutigen Stadtwerke. Es wurde bereits 1968 stillgelegt. Heute zieht sich dort das glitzernde Blau einer Photovoltaikanlage über die Fläche von rund 8000 Quadratmetern. »Rund die Hälfte des von uns als ‚Ostseestrom‘ vermarkteten Produkts kommt bereits aus erneuerbaren Quellen, die andere Hälfte aus der Kraft-Wärme-Kopplung«, sagt SWRAG-Vorstand *Oliver Brünnich*. Und der Anteil der regenerativen Quellen soll weiter steigen. Das allerdings ist angesichts regulatorischer Bestimmungen mitunter schwieriger als gedacht. Schon seit Längerem wird geprüft, unter welchen Bedingungen ein neuer, etwa

60 Meter hoher Wärmespeicher auf dem Gelände des Altkraftwerks wirtschaftlich ist. Inzwischen ist die Planung so weit abgeschlossen, dass eine europaweite Ausschreibung läuft. »Im vierten Quartal können wir hoffentlich mit dem Bau beginnen und die Anlage, die Strom- und Wärmeproduktion entkoppeln hilft, in Betrieb nehmen«, sagt Brünnich.

Der Strom aus der GuD-Anlage kann schon seit 2001 in das eigene Netz eingespeist werden, die Ertragsgrundlage ist damit deutlich breiter geworden. 2017 – die neueren Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor – wurden knapp 2600 Gigawattstunden (GWh) Fernwärme, fast 950 GWh Gas und 566 GWh Strom verkauft, jeweils deutlich mehr als in den Jahren zuvor. Der Jahresüberschuss betrug 27,8 Mio. Euro. Brünnich sieht die Entwicklung durchaus positiv: »Vor zwölf Jahren hatten wir rund 60 000 Kunden, heute liegen wir bereits bei 131 000, das ist für uns ein schöner Erfolg und zeigt, dass wir am Markt nachhaltigen Erfolg haben.«

Über die Konzernholding RVV werden die Gewinne der Stadtwerke zur Finanzierung des ÖPNV und zum Teil auch des Verkehrsflughafens Rostock-Laage genutzt, wobei zum Querverbund weitere Beteiligungen der Stadtwerke, wie der Rostocker Fracht- und Fischereihafen oder die Nordwasser GmbH, gehören. Dabei stehen die Zeichen auf Wachstum, nicht zuletzt weil auch Rostock schon seit Jahren an Einwohnern gewinnt. Bis zum Jahr 2035, so kündigte Oberbürgermeister *Roland Methling* im April an, sollen in Rostock 26 000 neue Wohnungen gebaut werden, davon 9600 bis 2023. *Manfred Schulze*

Moin!

Wir stehen für Abfallentsorgung und Stadtsauberkeit in Bremen. Jetzt und in Zukunft.

Die Bremer Stadtreinigung

Infos auf www.die-bremer-stadtreinigung.de
Telefon 0421 361-3611 • info@dbs.bremen.de

2015

Die Bundesregierung legt das Weißbuch »Ein Strommarkt für die Energiewende« vor. Das IT-Sicherheitsgesetz (ITSiG) legt neue Vorschriften für IT-Systeme von Betreibern kritischer Infrastrukturen fest.



Katherina Reiche
Hauptgeschäftsführerin des VKU seit 2015

2016

Freude und Ärger über die Anreizregulierung: Zwar wird der Zeitverzug abgeschafft. Gleichzeitig wird aber die Eigenkapitalrendite für die kommenden Regulierungsperioden drastisch gekürzt.



Michael Ebling
VKU-Präsident seit 2016, Oberbürgermeister von Mainz

2017

März: Auf der VKU-Verbandstagung spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel. Eigentlich hätte sie in den USA sein müssen, doch ein Schneesturm verhinderte den Flug – und ermöglichte den Besuch bei der kommunalen Wirtschaft.

2018

Ein Milliardendeal kündigt das Ende der Rivalität zwischen Eon und RWE an: Eon kümmert sich künftig um die Netze und den Vertrieb, RWE konzentriert sich ganz auf die Erzeugung.

2019

Die Branche bereitet sich auf das Auslaufen der EEG-Einspeisevergütung für alte Wind- und Solaranlagen vor. Das Ende der Förderung bietet für Stadtwerke vielfältige Ansätze für neue Angebote rund um erneuerbare Energien. Politik und Energiebranche streiten um den Sinn einer Kohlendioxid-Steuer.

Von den Sparkassen gelernt

Öffentlichkeitsarbeit In den ersten Jahrzehnten wirkte der VKU vor allem nach innen: Politik und Fachöffentlichkeit standen im Fokus. Mittlerweile hat sich die PR-Arbeit längst professionalisiert

Weiße S auf rotem Hintergrund, ein Punkt obendrauf – klar, Sparkasse. Das kennen die Leute in Flensburg wie in Oberammergau. Und wenn ein Sparkassen-Kunde in einer anderen Stadt seine Finanzen regeln will, muss er nicht lange überlegen, wo er hingehen soll. Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit – das mussten die Stadtwerke anerkennen – waren die Sparkassen trotz ähnlicher kommunaler Strukturen sehr erfolgreich unterwegs. Mit den Dachmarken-Kampagnen von 2008 und 2014 wollte der VKU aufschließen.

In den ersten zwanzig Jahren nach der Gründung des VKU 1949 fand eine im Verband selbst institutionalisierte Öffentlichkeitsarbeit praktisch nicht statt. Es gab einerseits den VKU-Nachrichtendienst sowie verschiedene Schriften, die sich aber nur an die eigenen Verbandsmitglieder wendeten. Andererseits war da natürlich die ZfK, die sich aber ebenfalls eher an ein fachlich vorgebildetes Publikum sowie die Entscheider der Politik richtete – die außerdem redaktionell unabhängig vom Verband war und darauf auch sehr viel Wert legte.

Erst seit einer Mitte der 60er-Jahre gefühlten »kommunalfeindlichen Stimmung« gab es im Verband institutionalisierte Versuche, die Öffentlichkeit stärker zu erreichen. 1970 gründete der Verband einen Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit. Was dabei herauskam, waren vor allem Broschüren und Handreichungen, vereinzelt auch Seminare für



Zweite Dachmarken-Kampagne: Das Motto der 2008 gestarteten PR-Aktivitäten lautete »Meine Stadtwerke – gemeinsam stark«.

Bild: ow

Unternehmensleiter. Die Versuche, direkt auf die öffentliche Meinung einzuwirken, blieben begrenzt.

Ab 1990 endlich wendete sich der Verband mit viel mehr Kraft auch direkt an die Kunden – mit stärkerer Pressearbeit, bundesweiten

Anzeigenmotiven und später mit einem Internet-Auftritt. 1999, 2008 und 2014 schließlich starteten die Dachmarken-Kampagnen

als professionelle Public Relations – mit einheitlichem Auftreten, festen Claims und eingängigen Logos. Jürgen Walk

MINDS OF ENGINEERS.
PIONEERS AT HEART.

Aus Wintershall und DEA wird Wintershall Dea.
Wir suchen und fördern Gas und Öl – weltweit.
Verantwortungsvoll und effizient. Denn wir sind
Ingenieure und Pioniere – von ganzem Herzen.
Und das zusammen seit 245 Jahren.

wintershalldea.com



mit uns
für unsere Stadt und
die Region

Kommunale Stadtwerke – das sind erfolgreiche Energieversorger,
Dienstleister, Arbeitgeber, unverzichtbare Sponsoren.

Es geht heute längst nicht mehr nur um Preispolitik und Wirtschaftlichkeit, sondern viel mehr auch um ökologische Nachhaltigkeit und gesellschaftliches Engagement. Wir tragen zur Stadtentwicklung, zur Wirtschaftsförderung, zur Umwelt- und Ressourcenschonung bei und nehmen die Energiewende aktiv in die Hand. Wir halten unsere Stadt am Laufen!

**70 Jahre Verbandsarbeit für kommunale Unternehmen
tragen zu diesem Erfolg bei.
Herzlichen Glückwunsch dem VKU!**

www.stadtwerke-hamm.de

 STADTWERKE
HAMM GmbH



2014

Die Sparkassen waren Vorbild bei der aktuellen Dachmarken-Kampagne des VKU, die 2014 startete. »Wir halten Deutschland am Laufen«, lautet der Claim. Optisch in den Mittelpunkt rückt das »K« der kom-

munalen Unternehmen – nicht zuletzt deswegen, weil einige größere Player mittlerweile starke Marken aufgebaut hatten, die ohne den Begriff »Stadtwerke« auskommen. Entsprechend ist dort auch die Nachfrage größer als bei den bisherigen Dachmarken-Kampagnen. Der damalige Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck stellt die Markenkampagne vor.



1979

In den 70er-Jahren war Öffentlichkeitsarbeit noch ein zartes Pflänzchen. Immerhin hat-

ten die Versorger mittlerweile den Kunden entdeckt, den es zu gewinnen galt – auch deswegen, weil Umfragen ergeben hatten, dass es eine weitverbreitete Unwissenheit über Kommunalunternehmen gab.

Einige drängen jetzt in den Vordergrund



Prüfen Sie, was dahinter steckt

Nicht nur besser wissen, sondern auch besser machen. Darauf kommt es an. Wir investieren in moderne und innovative Technik, um die Qualität der Versorgung täglich neu auf hohem Niveau zu bringen. Das angehen wir auch gerne. Zum Beispiel Schulkindern. Denn uns liegt viel daran, dass alle die Zusammenhänge verstehen. Klären Sie doch auch mal vorbei. www.vku.de

Stadtwerke. Wir sind da.

1999

Die erste Dachmarken-Kampagne des VKU rückt den Begriff »Stadtwerke« in den

Mittelpunkt. Mit diesem Begriff – so hatte es eine Umfrage ergeben – verbinden die Menschen Nähe, Vertrauen und Kompetenz. Nicht nur der Verband selbst, sondern auch einzelne Stadtwerke konnten sie nutzen.



ENTEKA gratuliert der VKU zum 70-jährigen Jubiläum.

EINFACH KLIMAFREUNDLICH FÜR ALLE



Was war denn das...?

Aus dem Vokabular der Stadtwerke verschwinden Begriffe, die die Arbeit vergangener Generationen teils über Jahre bestimmt und geprägt haben. Die ZfK hat einige davon wieder ans Licht geholt.



... DIE BESTABRECHNUNG?

In der Grundversorgung mit Strom und Gas hatten Energieunternehmen ihren Kunden immer mindestens zwei unterschiedliche Preismodelle anzubieten: Einen Tarif mit geringerer Grundgebühr und höherem Arbeitspreis, der eher auf Kleinverbraucher zugeschnitten war, und einen mit höherer Grundgebühr, aber niedrigeren Kosten für die Kilowattstunde – besser für Familien und Haushalte mit höherem Verbrauch. Bis in die frühen 70er-Jahre mussten sich die Verbraucher im Vorhinein für einen Tarif entscheiden. Als später die elektronische Datenverarbeitung Einzug in die Unternehmen hielt, war es leichter möglich, den jeweils günstigeren Tarif auch nachträglich zu berechnen. Doch nicht jedes Unternehmen war sofort bereit, auf Erlöse zu verzichten. Es dauerte mehrere Jahre, bis sich die automatische Bestabrechnung auf breiter Front durchsetzte. Bild: ZfK-Archiv/Adobe

... Koks?

„Letzte Koksfuhr“ verkündet das Fahrzeug der Stadtwerke in Heidenheim. Koks entsteht durch Verbrennung von Kohle unter Sauerstoffabschluss und hat gegenüber dem Ursprungsprodukt einige Vorteile: Es rußt und raucht weniger und beim Heizen entsteht weniger Schwefel. Doch mit dem Aufkommen von Öl- und Gasheizungen und dem Ende des Kohleofens kam auch der „Mann mit dem Koks“ immer seltener.



... EIN GYROBUS?

Wer hat's erfunden? Die Schweizer, natürlich. Elektrobusse mit Oberleitung gab es schon seit den 30er-Jahren. Doch die Maschinenfabrik Oerlikon ließ den Elektrobus von der Leine. Sie entwickelte und baute in den frühen 50er-Jahren den Gyrobuss. Alle vier bis sechs Kilometer fuhr das Fahrzeug an einen Stromabnehmer und zapfte Drehstrom, der ein schweres Schwungrad antrieb. Die Energie reichte problemlos für die folgende Etappe – ohne Abgase, ohne Oberleitung und mit nur wenig Lärm. Und die

Nachteile? Heftig war natürlich das Gewicht des Fahrzeugs. Das schwere Schwungrad musste aus Sicherheits- und Effizienzgründen noch gekapselt werden, damit war der Gyrobuss mindestens drei Tonnen schwerer als ein vergleichbarer Dieselbus. Auch das Fahrverhalten soll mit den Schwungradspeichern etwas gewöhnungsbedürftig gewesen sein – bewegte Massen halten halt gern ihre Richtung ein. Aber die Gewichtsfrage relativiert sich beim Blick auf den Elektrobus von MAN 20 Jahre später: Die Batterie, die das Fahrzeug im Anhänger mit sich schleppt und die für 50 Kilometer reicht, wiegt mehr als vier Tonnen. Bild: MFO, MAN

... STADTGAS?

Die alten Gaswerke waren oft eindrucksvolle stadtbildprägende Gebäude. Kommunen, deren Gasometer nicht der Abrissbirne der 60er-Jahre zum Opfer gefallen waren, nutzen sie heute häufig noch als Kultureinrichtung, Museum oder Veranstaltungsort. Für Nostalgie allerdings besteht kein Grund. In den Gaswerken wurde Stadtgas hergestellt – aus der Vergasung von Kohle. Es enthielt einen extrem hohen Anteil

Kohlenmonoxid – Vergiftungen und Selbsttötungen waren an der Tagesordnung. Die Qualität des Stadtgases war sehr unterschiedlich; es bestand etwa zur Hälfte aus Wasserstoff, zu einem Viertel aus Methan, der Rest war Stickstoff, Kohlenmonoxid sowie verschiedene weitere Gase. Mit der Entdeckung von Erdgasvorkommen in der Nordsee sowie dem Bau von Pipelines beispielsweise aus Russland verlor das Stadtgas in den späten 60er-Jahren an Bedeutung. Damit starb nicht nur das Gaswerk – auch die komplette Netzinfrastruktur bis hin zur Hausinstallation und zum Gasherd war ein Fall fürs Altmetall.

